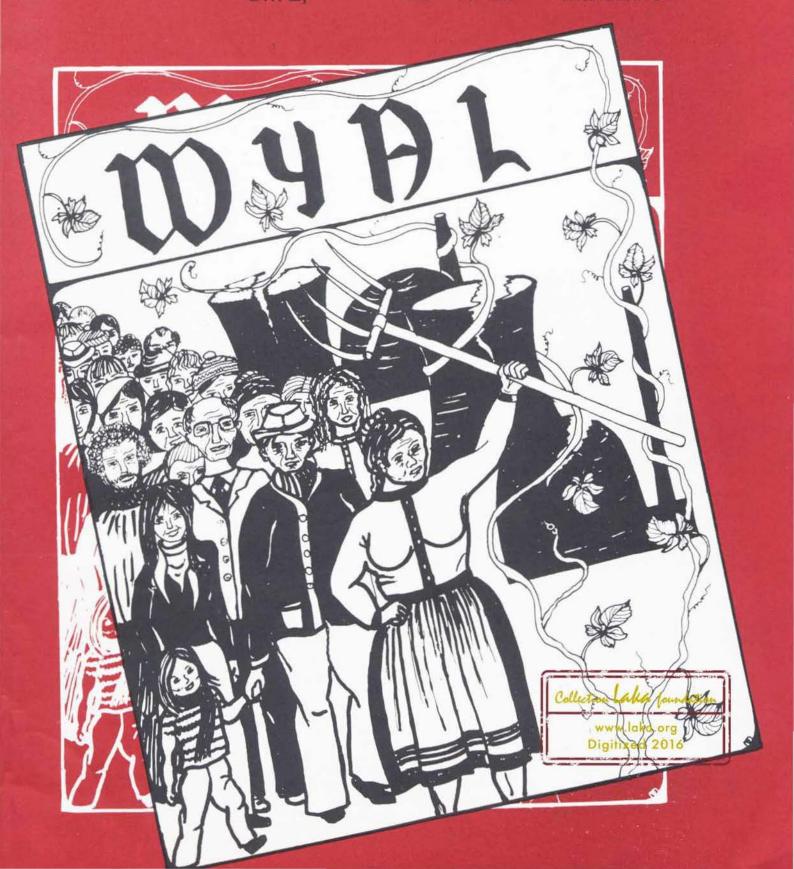
S 1934 F

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Atom

Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie

EXPESS DM 2,— Nr. 29 Mai/Juni 82

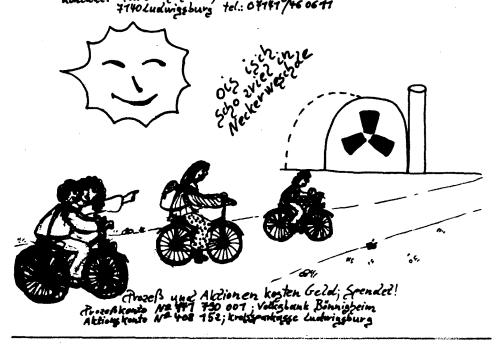


Aufrut zur Fahrrad - Sternfahrt gegen ein 2. AKW in Medaruestheim (GKNII) an Pfingsten (29.-31 Mai)

Im Rahmen der. Baudinie 80" sold uns in Neckar westheim (30 km lytt linie, nordlich von Stutgart) ein 2. A kw. beschert werden. Schon Bescher ung "Seit 1976 arbeitet, unter brohen von mehreren Unfällen und Rannen der Block I in Neckarwest beim. Mit der 1. Teilerrichtungsgehehmigung für Block II ist im Bommer 82 zu verhnen. Vorsorglich Laben die Betreiber schon mat für einige Millionen Mark einen Sicher beitszaun "(neusta, hodell) um den Bauplatte gebaut. Im bisher Ungsten Frörterungstermin in der BRD konnien ale Iinwendlungen der 27 000 Finwender innor (darunter 250 Iinzelein wendungen) von der Betreiben seite nicht entkräftet werden. Wir wollen andfingsten, dunh unsere Tahreite nicht entkräftet werden. Wir wollen andfingsten, dunh unsere Tahreite nicht entkräftet werden. Wir wollen andfingsten, dunh unsere Tahreite nicht entkräftet werden. Wir wollen andfingsten, dunh unsere Tahreite nicht entkräftet werden. Wir wollen andfingsten, dunh unsere Tahreite nicht entkräftet werden. Wir wollen unseren weiteren Widerstand valsternfahrt und bezietende Aktionen unseren weiteren Widerstand geben ach allomaren. Wahnsinn be kräftigen.

Kantakt: Martin Schuler; Nettelbeckstr. 21

1140 Ludwigsburg tel.: 04141/46 0611



"Sicherheitstechnische Nachrüstungen" in Würgassen und Brunsbüttel

Mit den Uralt-Siedewasserreaktoren Würgassen und Brunsbüttel geht es langsam zu Ende. Beide AKW's werden für "längere Zeit" stiligelegt - die Betreiber schätzen, für voraissichtlich vier Jahre!!!

Grund sind in beiden Fällen "sicherheitstechnische Nachrüstungen", um die zwei Schrottreaktoren auf "den allerneuesten Sicherheitsstandard" zu hieven. Das ist seibst im Sinne der Betreiber überfällig, denn in beiden AKW's ereigneten sich die bisher schwersten Unfälle in der Geschichte der westdeutschen Atomindustrie. in Würgassen kam man 1972 haarscharf an

einem GAU ("Größter Anzunehmender Un-

fall") vorbei und auch in der Folgezeit fiel der Reaktor durch häufige Pannen aus und

In Brunsbüttel strömten 1977 nach dem Abreißen eines Stutzens 145t radioaktiver Dampf ins Freie. Schon damais wurde das AKW für mehr als zwei Jahre abgeschaltet. Die Umbaukosten sollen sich, so hört man, auf ca. 400 Millionen Mark belaufen.

P.S. In Würgassen werden z.Zt. Castor-Transportbehälter probegelagert, Hierzu folgt im nächsten Atom Express ein ausführlicher Artikel.

die Zeitschrift, die eine Lücke schließt

Ökologie und Pädagogik verbindend ist öko päd die Zeitschrift für den Fachmann, der vermitteln möchte.

bereitet auf:

- Startbahn West
- Fahrrad
- Atomare Bedrohung
- Gift im Essen

öko pad informiert. über den Gesundheitstag über Energielabors über die Möglichkeit eines Öko-**Praktikums**

öko pad diskutiert. einen praktischen Ansatz ökologischer Pädagogik das Auseinanderfallen von Natur und Alltäglichkeit über eine ökologische Pädagogik

ÖKO kommentiert. Sachverständigengutachten die Meinung der Bischöfe Die Lernprozesse um die Startbahn West

öko pad verschafft Überblick über das Auftauchen der Thematik im Zeitschriftenmarkt über Bücher, Neuerscheinungen zum Thema Ökologie über Materialien, Broschüren, Comics, Filme zum Thema

öko päd ist

die Zeitschrift des Vereins zur Förderung der Ökologie im Bildungsbereich.

Der Verein ist ein Zusammenschluß ökologisch orientierter Bildungsarbeiter.

Neben dem Zeitschriften-Projekt macht der Verein Fachtagungen, Nächstes workshops, Seminare. Mal:

Einen bundesweiten Kongreß zu Ökologie und Pädagogik:

Gibt es ein ökologisches Lernen? der Fachmann und Pädagoge treffen aufeinander.

Bildungsarbeiter sind zum Erfahrungsaustausch eingeladen.

Materialbörse

öko päd kostet im Abonnement DM 20,- für vier Hefte im Jahr. Bestellen Sie ein Abo oder ein Probeheft (DM 6,-) bei öko päd, Postfach 352, 6140 Bensheim

Liebe Energiebroschürler,

Kurz noch einmal der derzeitige Stand: Zur Zeit werden zwei Textentwürfe zur Energiebroschüre erarbeitet. Einer von der erweiterten Stadtteilgruppe Bremen-Gete und einer von der erweiterten alten Redaktionsgruppe. Dies war nötig geworden, weil beide Gruppen von unterschiedlichen Herangehensweisen ausgingen.

Wir, die alte Redaktionsgruppe, haben uns folgendes Vorgehen überlegt: Das nächste Treffen findet nach Absprache mit der Stadtteilgruppe Gete und zusammen mit den Getern am 8./9.5 in Bremen statt. Mindestens eine Woche vorher sollte auch der Entwurf der Geter vorliegen. Ohne einen konkreten Entwurf ist es nach Meinung der alten Redaktionsgruppe nicht sinnvoll, sich zusammenzusetzen.

An dem Wochenende sollten die beiden Entwürfe diskutiert werden. Ziel sollte unserer Meinung nach die Zusammenstellung des mehr oder weniger endgültigen Textes sein.

Gleichzeitig soll an diesem Wochenende die Zusammenarbeit mit den Grafikern begonnen werden. Eine Gruppe Bremer Grafiker will die grafische Gestaltung der Broschüre organisieren und ausführen. Gut wäre es unserer Meinung nach, wenn bis kurz vor den Sommerferien ein Lay Out-Entwurf vorläge, der als Grundlage für ein bundesweites Arbeitstreffen "Energiebroschüre" dienen könnte.

Dieses Arbeitstreffen (ca. Mitte Juni) sollte die Verteilungsphase einläuten. Dort sollte –Text und Grafik der Broschüre vorgestellt werden;

-überlegt werden, wie die Verteilung organisiert wird (z.B. eigenes Büro etc.)
-die Finanzierung sichergestellt werden.

Die Grafiker hätten nach diesem Arbeitstreffen in der Sommerpause Zeit, die grafischen Arbeiten zu machen.

Erstdruck und Verteilung könnten dann im Herbst sein.

Wir haben das Gefühl, daß diese zeitlichen Vorstellungen das erste Mal in unserer Planung recht realistisch sind und wollen uns anstrengen, daß sie es bleiben.

Die bisherige Resonanz (ca. 150 Zuschriften und ca. 36.000 DM Spenden für den Vordruck, von dem zudem 7.000 Exemplare verkauft wurden) bestätigt uns in unserer Auffassung, daß wir uns anstrengen müssen, die Broschüre in nächster Zeit fertig zu stellen.

Wir fänden es gut, wenn alle Leute, die durch ihre Mitarbeit einmal Interesse an diesem Projekt gezeigt haben, in dieser entscheidenden Phase wieder einsteigen würden!

die alte Redaktionsgruppe

ENERGIEBROSCHÜRE nachgedruckt!

Auf vielfachen Wunsch haben wir den Vordruck der bundesweiten Energiebroschüre noch einmal nachgedruckt. Er kann zum Preis von 3.- (ab 5 Stck.2.-) bei den bekannten Adressen bestellt werden(Göötingen/Bremen)

INHALT

Rechtswidriges in Obrigheim
Wyhl5Aktuelle Entwicklung5Zwölf gute Gründe gegen Wyhl63. Erklärung der Bürgerinitiativen7Interview mit Walter Moßmann8
US-Atomindustrie am Ende?
Brokdorf '82: Wie weit ist der Bau vorangeschritten?
Kriminalisierung Diskussion über den Atom-Express Kommentar
Energie- und Umweltzentrum Springe
WAA-Pläne Frühling in der Oberpfalz
Buchbesprechung: Stromlügen und warum sie uns erzählt werden34
Anti-NATO-Demonstration am 10.6.82 BAF-Arbeitstreffen in Osnabrück
Schacht Konrad Ausflug in die Steinzeit
Asse II - Nur zehn Jahre sicher?
Der Schnelle Brüter in Kalkar
Rund um Gorleben

Impressum

Der Atom Express erscheint zweimonatlich und wird herausgegeben vom 'Verein für eine umweltgerechte Energlepolitik'.

Marienstraße 10 34 GÖTTINGEN

Anschrift der Redaktion:

Atom Express

Postfach 45 34 Göttingen Tel. 0551/7700158

Der Atom Express kostet 2.- DM.

Ein **Abonnement** kostet 15,-für sechs Ausgaben incl. Porto, für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren je 1,30.

ACHTUNG: NEUES KONTO!!!

Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik Marienstr.10 - 34 Göttingen PSchA Hannover 148 99 - 308

Druck: Steidl, Düstere Straße, 34 Göttingen

Mitarbeit an dieser Ausgabe:

Bernd, Enno, Jan, Jens, Kirsten, Reimar, Erich(na, ja), Kristin (meinetwegen), Uli (Abo/Abrechnung), Dank den Freunden aus der Technik

V.i.S.d.P.

Jan Bonorden, Enno Brand, Kirsten Hellwig, Reimar Paul, Bernd Weidmann

Brokdorf-Prozess: Fackelzug in Itzehoe am Tage der Urteilverkündigung. Am darauffolgenden Wochenende Demo in Neu-Münster Kontaktadresse: Öko-Laden 040/432364 ab 17 Uhr

Rechtswidriges in

Obrigheim

Laut §7 des Atomgesetzes muß bei einer wesentlichen Änderung einer Atomanlage der Bürger Einsicht in die Planungsunterlagen bekommen.

Das AKW Obrigheim baut ein sog. Notstandssystem mit einem externen (außerhalb des Reaktors befindlichen) Lagerbecken, daß den Namen "Notauslagerungs-Lager" bekam; man fand es jedoch nicht nötig, dem Bürger Einsicht in die Planungsunterlagen zu gewähren. Die Genehmigungsbehörde, nämlich das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr von Bad.-Württ., behauptet, daß eine Auslegung der Unterlagen nicht notwendig sei, weil "Belange Dritter" nicht berührt würden, es sei ausschließlich eine sicherheitstechnische Verbesserung. Basta! Wir denken da ganz anders drüber und wollen diese Planungsunterlagen einsehen. Die Bürgerinitiative Umweltschutz hat sich entschlossen, durch eines ihrer Mitglieder beim Verwaltungsgericht Karlsruhe gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung Klage zu erheben. Die Klageschrift fordert vor allem die Auslegung der Planungsunterlagen.

(Nicht zu vergessen, das AKW Obrigheim wurde auch dadurch bekannt, daß unabhängige Wissenschaftler eine weit über die Grenzwerte hinausgehende Radioaktivitätsabgabe feststellten.)

So stellt selbst die Reaktorsicherheitskommission fest (RSK – oberstes Beratungsgremium des Bundesinnenministeriums, welches letztlich über den Bau und Betrieb von Atomanlagen entscheidet):

 Gegen schwere Einwirkungen von außen ist die Anlage nicht ausgelegt. Durch den Bau eines Notstandssystems mit zusätzlicher Notwarte können einige Verbesserungen erzielt werden.

2.Gegen schwere anlageninterne Störfälle ist die Anlage nicht ausgelegt. Es können zwar hierfür punktuelle Verbesserungen erzielt werden, wie z.B. Ertüchtigung der Notkühlung durch Einbau von Notspeichern, aber die auftretenden Strahl- und Reaktionskräfte können nicht abgetragen werden ... Beim Frischdampfleitungsbruch kann bei ungünstiger Bruchlage eine Beschädigung des Sicherheitsbehälters nicht ausgeschlossen werden ... (veröffentlicht im Stern am 23.8.79)

mehr) stehen z.B. zwei Baukräne ganz dicht an der Frischdampf und Speisewasserleitung, Wenn einer der Kräne stürzt, kann ein schwerer Unfall passieren, gegen den die Anlage ohne das Notstandssystem auf jeden Fall nicht ausgelegt ist.

Was mag nun hinter dem Bau des Notstandssystems mit Notauslagerungs-Lagerbecken stehen,

1.Der Betreiber will sich die Möglichkeit schaffen, die Anlage trotz der von der RSK genannten Mängel noch möglichst lange zu betreiben.

2. Mit dem Bau des "Notauslagerungs-Lagerbeckens" sollen externe Lagerkapazitäten geschaffen werden. In einer Empfehlung der RSK vom 22.6.77 heißt es: "In das Notstandsgebäude wird ein Brennelementlagerbecken zur Zwischenlagerung von abgebrannten Brennelementen eingebaut. Das Brennelementlagerbecken mit Kühl- und Reinigungssystem bildet einen baulich vom übrigen Notstandssystem getrennten Bereich (Kontroll-Bereich). In dem Lagerbecken werden in einer Ebene ca 400 gebrauchte Brennelemente eingelagert. Die Einrichtungen und Gestelle werden für eine Überstapelung ausgelegt. Außerdem wird berücksichtig, ggf. für drei Wochen nach Abschaltung einen frischen Kern einzulagern."

Bei voller Auslegung wären das 10-20 Jahresladungen. Man kann sich nun vorstellen: Die Verträge zur Entsorgung des Atommülls mit La Hague laufen 1985 aus und dann wird eben am Ort zwischengelagert.

3.In Obrigheim soll ein Präzedenzfall geschaffen werden, wonach es in Zukunft leicht ist, schwerwiegende Änderungen ohne Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen.

Schon lange wird davon geredet, das Atomrecht zu straffen. Hier bei Obrigheim wird in unverschämter Weise versucht, die Interessen der Mächtigen gegen die Bürgerinteressen durchzusetzen.

Und hier hoffen sie, es durchsetzen zu können. Der Widerstand im Raum Neckar-Odenwald ist sehr schwach. Das KWO hat keine



Und wir haben berechtigte Sorgen und Gründe, dies zu fordern, denn:

in Obrigheim steht, wie sich der Betreiber selbst rühmt, eines der ältesten kommerziellen AKW's: ein Demonstrationskraftwerk. Demonstriert wird hier seit einiger Zeit, wie man eine alte, technisch überholte Mühle mit Tricks und unter Umgehung des Atomgesetzes umbaut, alles mit dem vorgegebenen Ziel, man wolle die "Anlage dem Stand von Wissenschaft und Technik angleichen". Ergebnis ist in Wirklichkeit ein sicherheitstechnisches Gemurkse.

Das AKW Obrigheim (KWO I - Kernkraftwerk Obrigheim, I heißt, daß die Betreiber noch einen zweiten Block planen) ist eine der ältesten Anlagen: Inbetriebnahme 1969, Leistung 345 Megawatt - elektrisch (im Vergleich Biblis A hat 1300 MW-e).

Seit 1969 hat sich nun einiges geändert in der technischen Ausführung von AKW's, sei es, weil die Profitinteressen der E-Wirtschaft zum Bau von größeren Anlagen zwingen, oder sei es, weil der Widerstand gegen Atomanlagen auch viele sicherheitstechnische Auflagen erzwungen hat, oder auch, weil "man aus Harrisburg lernte".



Hier wird deutlich, daß ein Grund für das Notstandssystem in erheblichen technischen Mängel des AKW selbst zu suchen ist.

Neue Anlagen erhalten gleich ein solches System, allerdings ohne Notauslagerungs-Lager. KWO verbaut ca 100 Millionen DM, das ist ein Jahresumsatz erzeugter elektrischer Energie. Die Investition lohnt sich nach Aussagen von KWO nur, wenn sie die Anlage bis ca 1995 betreiben. Die Genehmigung hierfür bekommen sie aber nur, wenn sie die RSK-Auflagen erfüllen.

Vor ca einem Jahr wurde mit dem Bau begonnen. Wesentliche sicherheitstechnische Auflagen der Baugenehmigung werden grob mißachtet. Während der Reaktor "normal" läuft (ganz normal läuft er schon lange nicht

Kosten gescheut, die Bevölkerung "zu kaufen" - es ist ihr weitgehend gelungen.

Wir, eine kleine Gruppe, werden gestützt von BI-Leuten aus dem Hinterland, aber wir brauchen auch dringend eure Unterstützung. Der Prozess wird uns einiges kosten.

Spenden werden erbeten auf das Sonderkonto der Bl Umweltschutz: 3035573 Sparkasse Mosbach (BLZ 674 500 48)

Kontakt: Initiative Umweltschutz für sanfte Energie Schwarzach c/o Suse U. Alain Clatot Höhenweg 34

6955 Aglasterhausen



Sichter sagen ja – 50 000 sagen nein –

Die ersten Reaktionen der betroffenen Bevölkerung auf das Urteil des Verwaltungsgerichtes Mannheim zeigten sich schon am Tag seines Bekanntwerdens:

Am Abend des 31.März zogen ca 100 Traktoren aus verschiedenen Weinanbaugemeinden zu einer spontanen Protestkundgebung am Kaiserstuhl. Schon einen Tag später fand in Freiburg eine Demo mit 10 000 Teilnehmem statt.

Zur Großdemonstration an der Nato-Rampe, also vor Ort, kamen dann am Sonntag, dem 4.4. etwa 50 000 Menschen. Wer gemeint hatte, in Wyhl würde sich nicht mehr viel regen, sah sich getäuscht.

Auf den folgenden Seiten bringen wir ein sehr interessantes Interview mit W.Moßmann, daß der Arbeiterkampf einen Tag nach der Großdemo mit ihm führte. Dann folgen "12 gute Gründe gegen Wyhl" und die schnell berühmt gewordene "3.Erklärung der Bad.-Elsäs.-Bürgerinitiativen, die eine deutliche Kampfansage an die Landesregierung beinhaltet. Zum Schluß nach Kontaktadressen der örtl. Initiativen. Viel Spaß beim Lesen!

Zwölf gute Gründe

Normalbetrieb: Ständige Abgabe strahlender Der im Atomgesetz geforderte Schutz der Bevöl-Stoffe an die Umwelt ist unvermeidbar.

In einem AKW der Größenordnung von Wyhl entstehen jedes Jahr soviel Spaltprodukte wie bei der Explosion von 1000 Hiroshima-Atomhomben.

Selbst die geringen nach außen dringenden Mengen stellen nach Anreicherung in der Natur eine Gefahr dar, die lange unterschätzt wurde. Die natürliche Strahlenbelastung wird dadurch wesentlich verstärkt. Die entsprechenden Gutachten der Befürworter von 1975 sind inzwischen völlig überholt, wie auch zugegeben

Das Mannheimer Gericht:

Maßgeblich ist der Erkenntnisstand von 1975. Schwerer Reaktorunfall:

Es gibt im technischen Bereich nichts ähnlich Verheerendes.

Ein Versagen der Kühlsysteme z. B. hätte extreme Überhitzung und Schmelzen des Reaktorkernes zur Folge. Riesige Mengen Radioaktivität würden freigesetzt, für die betroffene Region wäre eine unvorstellbare Katastrophe die Folge (in Harrisburg kam man um Haaresbreite daran vorbei). Ähnliche Folgen hätte das Bersten des Reaktordruckbehälters, der nicht ohne Risse herstellbar ist. Das Freiburger Gericht hielt deshalb 1977 einen Berstschutz für notwendig, auch als Schutz vor äußeren Gefahren (Erdbeben, Krieg, Sabotage, Flugzeugabsturz).

Das Mannheimer Gericht:

Berstschutz ist wegen der zu geringen Unfall-Wahrscheinlichkeit nicht erforderlich.

Wiederaufbereitung:

Ungeheure zusätzliche Gefahren.

Die abgebrannten, hochradioaktiven Brennelemente sollen in einer Wiederaufbereitungsanlage chemisch aufgetrennt werden. Bei diesem äußerst schwierigen und gefährlichen Verfahren gelangen zwangsläufig große Mengen Radioaktivität an die Umwelt. Bislang arbeitet weltweit nur eine derartige Anlage (la Hague, Normandie), jedoch höchst unzuverlässig und massiv umweltbelastend. In Deutschland besteht bisher noch nicht einmal Klarheit über einen möglichen Standort, noch weniger über den Zeitpunkt einer Inbetriebnahme. In Wyhl müßten die abgebrannten Brennelemente zunächst auf unabsehbare Zeit gelagert werden eine zusätzliche Gefahr...

Im Mannheimer Prozeß wurden diese Fragen ausgeklammert.

Atommüll: Bedrohung auf Jahrtausende.

Der in der Atomindustrie anfallende hochradioaktive Abfall muß für geologische Zeiträume absolut sicher von allem Leben ferngehalten werden. Das kann mit keinem der bisher geplanten oder diskutierten Verfahren garantiert werden. Es ist unmoralisch dem Generationen nach uns eine solche Hypothek zu hinterlassen.

Das Mannheimer Gericht fühlt sich für diesen Bereich nicht zuständig. Schutz der Bevölkerung:

kerung ist praktisch unmöglich.

Hunderttausende von Menschen können nicht in einer - vielleicht zur Verfügung stehenden - Stunde evakuiert werden, schon gar nicht, ohne zu wissen wohin. Die vorhandenen Schutzräume sind in jeder Hinsicht völlig unzureichend.

Der Schutz der Bevölkerung war nicht Gegenstand der 1. Teilerrichtungsgenehmigung und daher nicht von Bedeutung.

Die Erzeugung von Atomstrom ist eine unwirtschaftliche Form der Energiegewinnung.

Das Kraftwerk läuft viele Jahre, nur um die Energie wieder zu erzeugen, die zu seiner Errichtung benötigt wurde. Das wirtschaftlich gewinnbare Uran wird bei weiterem Ausbau der Atomindustrie im Preis steigen und in wenigen Jahrzehnten verbraucht sein. Noch vorher sind die knappen und für die Kerntechnik unumgänglich erforderliche Rohstoffe (Chrom, Molybdän, Zirkon) wegen der Verstrahlung unwiederbringlich verloren und erschöpft. Deshalb sind schon heute neue Kernenergietechnologien zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Atomstrom kann nur billig sein, weil wesentliche Folgekosten heute noch unberücksichtigt sind oder auf den Steuerzahler abgewälzt wer-

Für das Mannheimer Gericht war dies nicht Gegenstand der Verhandlung. Atomstaat: Abbau demokratischer Rechte.

Der mögliche Mißbrauch geringer Mengen hochradioaktiver Substanzen erfordert eine weitreichende Überwachung der Bürger, die nach derzeit geltenden Gesetzen unzulässig ist und zu einer Einschränkung der persönlichen Freiheit führen muß. Im Fall Dr. Traube sah Bundesinnenminister Dr. Maihofer die Gefahr einer »nationalen Katastrophe« und setzte sich mit dessen Überwachung über das Grundgesetz Art. 2 hinweg. Dies fand danach die Billigung aller Parteien.

Für das Mannheimer Gericht war dies nicht Anlaß rechtlicher Überlegungen. Arbeitsplätze:

Atomkraftwerke lösen die Misere nicht.

Mit dem für AKW's erforderlichen Kapital sind in anderen Bereichen erheblich mehr Arbeitsplätze bereitzustellen. Der derzeitig rückläufige Umsatz in der Industrie ist nicht auf Energiemangel zurückzuführen. Erhöhtes Energieangebot führt nicht zu mehr Arbeitsplätzen. Die Landesregierung sagt in der 1. Teilerrichtungsgenehmigung vielmehr: »Rationalisierung in der Industrie (Ersatz von Arbeitskräften durch verstärkten Energieeinsatz)«.

Das Mannheimer Gericht bestätigt damit den Trend Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Kühltürme:

Schädlich für Weinbau und Sonderkulturen.

Die Erfahrungen mit dem Schweizer AKW Gösgen und neuere wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, daß Abwärme und Dampfschwaden sich meteorologisch sehr negativ auswirken. Feuchtigkeit, Nebeldichte und Nebelhäufigkeit werden verstärkt, vor allem in den Herbstmonaten. Für den Weinbau am Kaiserstuhl können sich entscheidende Qualitätseinbußen ergeben.

Das Mannheimer Gericht bestand auf den Erkenntnissen von 1975 und lehnte es ab, zur Meteorologie Gutachten mit neuen Ergebnissen zu hören.

Landschaft und Ökologie: Schwerer Eingriff in intakte Natur.

Die Auewälder am Kaiserstuhl (einschl. Taubergießen) stellen am gesamten Rheinlauf von Basel bis Rotterdam den letzten großflächig noch halbwegs intakten Rest der ursprünglichen Landschaft dar (artenreiche Tier- und Pflanzenwelt, zahlreiche Altwässer, gesunde Grundwasserverhältnisse). Das geplante AKW-Gelände zuvor als Naturschutzgebiet vorgesehen, liegt inmitten dieses Gebietes.

Das in der Offenburger Vereinbarung zugesagte gesamtökologische Gutachten liegt noch nicht vor. Das Gericht hat sich mit diesen Fragen nicht beschäftigt.

Strombedarf:

Die Lichter gehen nicht aus und werden ohne Wyhl nicht ausgehen.

Die Prognose des zunehmenden Strombedarfs von 7% pro Jahr zur Begründung des AKW Wyhl, sowie eines Deckungsdefizits von ca. 700 Megawatt im Jahr 1979 war schon 1975 unrealistisch und ist es erst recht heute. »Das vom Jahre 1979 an nicht mehr zu vermeidende hochkritische Versorgungsdefizit ... « - ist nicht eingetreten, die Strombedarfsprognosen werden vielmehr ständig nach unten korrigiert. Auch bei Spitzenbedarf werden heute kaum 2/3 der vorhandenen Kapazitäten in Anspruch genommen. Die Landesregierung will bestehende Krastwerke stillegen, um künstlich Bedarf zu erzeugen, - ihr Prestige steht auf dem Spiel. Kernkraftwerke sind bei allem Risiko auch noch überflüssig!

Für das Mannheimer Geeicht waren dies keinrechtlich zu würdigenden Argumente. Energiewirtschaft:

Elektrischer Strom kann Öl nur sehr begrenz ersetzen.

Würde das Kapital in Maßnahmen zur besseren Energienutzung (Isolierung, Blockheizwerke, Fernwärme etc.) investiert, könnte ein höherer Effekt als bei Kernkraftwerken erzielt werden, mehr qualifizierte Arbeitsplätze würden bereitgestellt und es diente der Einsparung von Öl und Energiekosten, sowie der Förderung der Wirtschaft auf breiter Ebene. Stat-»harter«, gefährlicher und anfälliger Großtechnologie also dezentrale, umweltfreundliche Energieerzeugung mit, hohem Wirkungsgrad.

Das Mannheimer Gericht hatte nicht über wirtschaftliche Alternativen zu entscheiden.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

gegen Wyhl

Atomenergie schafft Arbeitsplätze



Dritte Erklärung der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen

"Wir haben einen langen Atem"

Die badisch-elsissischen Bürgerinkintiven haben auf einer öffentlichen Delegiertenversammlung am Freitag am Kaiserstuhl eine Erklärung an die Bürger der Region verahschiedet. In der 8-jährigen Geschichte der Bis, die sich sonst im Kommunique-Krieg der Parteien und Gruppen eher zurückhalten, ist dies die dritte Erklärung dieser Art. Sie wurde auf der regionnien Großtundgebung am Sonntag in Wyhl erstmals verlesen und am gleichen Abend in einer Sondersendung von Radio Dreieckland ausgestrahlt.

In Wyhl hat die Bevölkerung Ge-hte gemacht; in Wyhl entscheidet sich schichte gemacht unsere Zukunft.

2. Vor 12 Jahren haben eine Handvoll Leute ohne Macht und Mandat die An-schläge der Atomindustrie auf unsere Re-gion am Oberrhein aufgedeckt. Vor 10 Jahren hatte der spontane Zusam-menschluß von Winzern, Wissenschaft-lern und Studenten schon soviel Kraft, daß die Resierung sezwungen war, auf ein

die Regierung gezwungen war, auf ein Atomkraftwerk in Breisach zu verzichten. Vor 8 Jahren haben wir uns notgedrungen selbst organisiert, und zwar quer zu allen Parteien und Weitanschauungen in der Föderation der 'Badisch-elsässischen Bür-Föderation der Badisch-elsissischen Bür-gerinitiativen. Im August 1974 haben wir mit guten Gründen beschlossen, der Ge-walt, die uns mit diesem Unternehmen angetan wird, solange unseren passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Re-gierung zur Vernunft kommt' (Erklärung der 21 Bürgerinitiativen). In den folgenden acht Jahren haben wir, die betroffene Be-wilkenne der Bening heutstesen den wir völkerung der Region, bewiesen, daß wir uns selber schützen können, wenn wir Vervortungsgefühl bewahren und demo-isches Selbstbewußtsein, Phantasie

kratisches Selostrewmissein, Friantasie und langen Atem. Von Wyhl ging eine demokratische Hoff-nung aus und die Erkenntnis, daß die Men-schen nicht zwangsläufig ihre Lebens-grundlagen zerstören müssen. grundlagen æisseri. Das ist unsere Geschichte.

3. In all den Jahren haben wir Opfer ebracht, die nicht menbar sino. Zent, sein iel Arbeitszeit, Lebenszeit; Kraft, Nerven, Gesundheit; Unsummen von schwer erarb.:itetem Geld; wir haben um der Sache willen, auf vieles verzichtet; wir haben staatliche Arroganz erlebt, Beleidigungen und Demütigungen; wir kennen Haus-durchsuchungen, Verhöre, Androhung des beruflichen Ruins und auch nackte Polizeigewalt. Wer so lange gekämpft hat und soviel eingesetzt hat, läßt seine Sache nicht im Stich, wenn der Wind rauher wird.

4. Nicht wir haben die Rechts Nicht wir haben die Rechtsstaatlich-heit in Frage gestellt, sondern die Richter in Mannheim. Dieser Prozeß hat nicht der Wahrheitsfindung gedient, sondern den Interessen der Altomindustrie. Wir haben versucht, auch vor Gericht unser Grundrecht auf Leben und Gesundheit einzuklagen; in Mannheim hat man unsere Klage vom Tisch gewischt.

Nicht wir haben die Amtsautorität

7. Nicht wir haben die Amtsautorität der Regierung in Frage gestellt, sondern die Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württernberg.
Der erste hat sich dem Gelächter preisgegeben, als er für 1980 die große Dunkelheit prophezeite; er hat noch manches prophezeit, so z.B. auch, daß Atomstrom Arbeitsplätze sichere, obwohl er seiber wußte, daß die Industrie mit Hilfe des Atomstroms Arbeitsplätze wegrationalisieren will.

Der zweite hat heute noch, nach Harris-burg, die Stirn, den Bau eines Atomkraft-werkes zu vergleichen mit dem Bau eines schusblischen Einfamilian bestehnt schwäbischen Einfamilienhauses, etzt droht er uns, in Südbaden als Eroberer einzumarschieren, bloß um zu beweisen, daß er stärker und erfolgreicher ist als sein Kollege und Konkurrent Ernst Albrecht in Niedersachsen.

Soviel zu den Landesvätern.

 Die Regierung in Stuttgart behauptet, Südhaden sei noch unbelastet von Atomkraftwerken. Sie ist also offenkundig blind. Denn unser Lebensraum hört nicht an den Landesgrenzen auf. Wir leben seit fünf Jahren im Schatten von Fessenheim. Kaiseraugst bedroht uns genauso wie Wyhl. Deutsche, schweizerische und französische Betreiber machen überall in un-serer Region nationalistische Propagan-da, um dann ein AKW hinter das andere

an den Oberrhein zu setzen. Eine Regie-rung, die ungere regionalen Interessen für rung, die unsere regionalen Interesen für dieses nationalistische Wettrennen opfert, ist nicht mehr kompetent für unsere südba-dische Heimat.

Wir beharren auf die Forderung, daß der Gefahrenherd in Fessenheim stillgelegt wird. Und wir, also Badener und Elsässer gemeinsam, würden selbstverständlich ein Atomkraftwerk in Marckolsheim verhin dem, auch wenn uns dann die Stuttgarter Regierung wieder im Stich läßt wie am 20. September 1974, als wir den Bauplatz für das Bleiwerk besetzen mußten.

7. Sollte die Regierung den Bau des Atomkraftwerks in Wyhl mit Gewalt er-zwingen wollen, sollte sie also den Land-frieden am Kaiserstuhl brechen, betrachen wir die einmarschierenden Trupp

Besatzungsarmee. Wir werden uns dennoch auf keine Schlacht um Wyhl einlassen: von uns ist noch niemals Gewalt ausgegangen. Aber wir werden uns in der gesamten Region mit den Mitteln des gewaltfreien Widerstündes zur Wehr setzen; eine Bevölkerung, die zum Äußersten getrieben wird, verweigert den Gehorsam, hört auf, als Stimmvieh zu den Gehorsam, hört auf, als Stimmvieh zu funktionieren; wir sind zahlreich genug, um die Grenzübergänge von beiden Seiten zu verstopfen... Wenn Börner und Stolten-berg in Stuttgart Schule machen, wird Süd-baden unregierbar, und zwar so lange, bis die Regierung ihre Truppen aus Wyhl ab-

8. Noch ist es nicht zu spät. Noch kön-Politiker auf kommunaler, Landes-Bundesebene verhindern, daß Wyhl zu einem Prestigeobjekt gewissenlo Machtpolitiker wird.

Aber wir erklären, daß wir kein Recht haben, den Widerstand aufzugeben; wir tragen auch die Verantwortung für unsere Kinder. Und wir wollen uns später einmal nicht auf einen Befehlsnotstand herausreden. Niemand kann uns hier vertreiben, denn hier sind wir zu Hause, und wir haben einen langen Atem.

9. In Wyhl haben wir Geschichte gemacht; in Wyhl fällt die Entscheidung über unsere Zukunft.

Beschlossen von der Delegiertenkonferenz der badisch-elsissischen Bürgerinitistiven in Forchheim am 2. April 1982

- BADISCH ELSÄSSISCHE Brgerinitiativen Hauptstr.53 7831 Weisweil c/o Tel. 07661/3474
- Arbeitskreis WYHL EMMENDINGEN Treffpunkt: Gasthaus Blume Emmendingen Donnerstags 20⁰⁰ c/o Tel. 07641/47342
- Bürgerinitiative UMKIRCH Treffpunkt: Jugendzentrum 1.Mittwoch/Monat oder dem Ortsblatt entnehmen Tel.07665/7596
- Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz (AGUS) MARKGRÄFLERLAND c/o M.Richter Am Eichwald 40 7840 MÜLLHEIM Tel.07631/5779 Treffpunkt Montags 2000 (Ort der BZ entnehm.)
- AGUS LÖRRACH c/o J.Kaltenbach Kirchstr.5 Treffpunkt: Donnerstag 2000 Kommunikationszentrum Röntgenstr. 3 Lörrach
- AGUS KANDERTAL c/o P. Allgeier Rosenhügel 3 7851 Wittlingen
- WYHL- Forum LAHR donnerstags 19.30 Treffpunkt: Büro der Grünen Kaiserstr. Lahr
- Bürgerinitiative Umweltschutz OFFENBURG c/o Schlößlebünd 10 76 Offenburg Tel.0781/ 71886 Treffpunkt: VHS Offenburg W.Bauer-Straße 12 2.+4. Montag im Monat
- VOLKSHOCHSCHULE WYHLER WALD c/o U.Bonczek Guntramstr.10 78 Freiburg Tel. 0761/280311
- Bürgerinitiative gegen Kernenergieanlagen (BI) FREIBURG Treffpunkt: Grünhof Belfortstr. mittwochs 2000 c/o Tel. 0761/35172
- Arbeitskreis FESSENHEIM Habsburgerstr. 9 FREIBURG im Informationsbüro für Umweltschutz Treff: Mittwoch 2000 Der AK Fessenheim arbeitet auch zu Wyhl
- BUND Bund für Umwelt und Naturschutz Deut. Erbprinzenstr. 10 FREIBURG Tel. 35254 Arbeitskreis AKW Montag 1900 alle 2 Wochen nächster Treff - 19.April Reim BUND gibt es auch noch andere Arbeits-
- ◆Arbeitskreis Leben GEWERKSCHAFTER gegen Atomstrom c/o EBW Sulzburgerstr.18 **78 FREIBURG**
- **Gewaltfreie Aktion FREIBURG (GAF)** Plenum: GAF Büro Habsburgerstr.9 Mi 2000 Bei der GAF gibt es mehrere Arbeitsgruppen
- Christen gegen AKW FREIBURG Treffpunkt: ESG Turnseestr. 16 Tel.74144 jeden Donnerstag 2000
- Frauen gegen FESSENHEIM c/o Karin Reinhart Schwarzwaldstr. 34a 7801 Reute Tel. 07641/48428
- ◆ Die 'ĠRÜNEN' FREIBURG Katharinenstr.7 78 Freiburg Tel.0761/28422 Arbeitskreis 'WYHL' : Freitag 1900 Arbeitskreis 'Umwelt': Mittwoch 1900
- Die GRÜNEN BREISGAU-HOCHSCHWARZ-WALD c/o Tel. 07665/8208 Arbeitskreis Wvhl
- Arbeitsgruppe WYHL im Autonomen Zentrum (AZ) Glacisweg Treff: Mittwoch 2000
- Bunte Liste FREIBURG Fischerau 6 Arbeitskreis UMWELT; Mittwoch 2000
- Stadtteilgruppen in FREIBURG: Zähringen: Gasthaus Ochsten Montag 2000 Wiehre: Wiehrebahnhof Mittwoch 2000 Stühlinger: Jugendbegegnungsstätte Klarastr. Donnerstag 2000

Herdern: Fabrik Habsburgerstr. 9 Montag 1700 Littenweiler: c/o Wolfgang tel.67585

Interview mit Walter Mossmann "In Wyhl beißt Späth in Löß"

AK: Walter, die letzten Tage waren ja recht turbulent. Gib doch mal einen Stimmungsbericht, auch vom Kaiserstuhl draußen.

Walter: Über drei Jahre haben wir jetzt gewußt, was aus Mannheim auf uns zukommt. Mit dem Kopf haben wir uns auch alle drauf eingestellt. Aber als dann am Dienstag die Nachricht vom Urteil kam, da haben wir doch erst mal ganz weiche Knie ge-kriegt. Seit 1977, seit dem Baustopp-Urteil, hatten wir hier ja Ruhe, die großen Auseinandersetzungen an anderen Standorten fanden im Fernsehen statt. Was mich dann am meisten aufgestellt hat, war der Abend nach dem Urteil. Da gab's in Königsschaffhausen eine Demonstration, eher eine Bauernversammlung. Obwohl da nur telefonisch mobilisiert worden war, kamen 120 Trecker, alle aus dem Kaiserstuhl. Ein Redner sagte, daß hinter jedem Trecker "ä ganze Büre-familie" steht. Überhaupt, bei der Sache wurden die besten Reden gehalten, bei einer Kundgebung ist sowas nie so möglich. Da kam soviel raus von Schmetz, vom Gefühl der Demütigung, Zorn, auch Ängste – und auf diesem Hintergrund eine fantastische Entschlossenheit, das war echt begei-

Am nächsten Tag gabs dann gleich in Freiburg die Demonstration mit rund 10 000 Teilnehmern. Die ganze Region hat gesummt wie ein Bienenkorb, in Mühlheim, in Lahr, überall sind die Leute zusammengekommen.

Dann wurde innerhalb von 3, 4 Tagen die Großdemo in Wyhl organisiert, zu der dann 50 000 kamen, und das ist keine großkotzige Übertreibung.

Wir sind uns auch ganz sicher, daß die Demonstranten alle direkt aus der Region kamen. Die sind morgen noch da und übermorgen, die fahren nicht 500 km weiter und wenden sich dann wieder anderen Dingen zu, die bleiben hier am Ball.

Ganz wichtig war auch, daß sehr viele Junge aus den Kaiserstuhldörfern da waren. Früher war das nämlich immer so, da kamen die Alten aus den Dörfern und die Jungen aus der Stadt. Diesmal waren die Freiburger überhaupt nicht die Mehrheit, sondern die kam echt aus dem Hinterland, den Dörfern und Kleinstädten

Bei der Kundgebung selber hat sich das auch ausgedrückt: Viele Redner waren von der "2. Generation" der BIs. Außerdem haben wir es zum ersten Mal geschafft, so eine Riesensache ohne einen auswärtigen "Starredner" durchzuführen. Oft wird ja gerade in Zeiten, wo eine regionale Bewegung sich schwach fühlt,

so ein telegener Star von irgendeinem Bundesverband eingeladen. Der hält dann die Hauptrede, das Fernsehen stürzt sich drauf, und dahinter verschwindet dann die regionale Stärke von so einer Bewegung. Diesmal war's halt wirklich autonom regional, und kein Anhängsel vom BBU oder irgendeiner Partei.

AK: Vorher gab es ja in den Bürgerinitiativen eine Kontroverse darüber,
ob man den FDP-Landtagsabgeordneten Schött sprechen lassen sollte. Das
wurde dann mehrheitlich befürwortet. Also doch nicht autonom von
Partei- und Starrednern? Bei Schött
gab es speziell auch Bedenken, weil
ger vor dem Urteil auf Versammlungen sehr stark auf den "rechtsstaatlichen Weg" orientiert hatte.

Walter: Zuerst mal bin ich ja auch für den "rechtsstaatlichen Weg". Nur findet man den offenbar vor bundesdeutschen Gerichten nicht. Wir argumentieren, daß die Rechtsstaatlichkeit nicht von uns, sondern von so einem Gericht wie in Mannheim ka-putt gemacht wird. Außerdem ist der Hans Schött ein Mitbegründer dieser ganzen Bewegung, Bürgerinitiativler. Die ganzen Jahre hat er nicht mehr für die BIs gesprochen, weil er Repräsentant der FDP war; vor kurzem hat er aber sehr klar in einer öffentlichen Versammlung erklärt, daß er künftig nicht mehr für die FDP kandidieren wird, weil er seine entschiedene Ablehnung der Atomenergie überhaupt nicht in dieser Partei wiederfindet.

Außerdem hat er wortwörtlich gemeint, daß man sich charakterlich zum Nachteil verändert, wenn man so einen Job macht. Und aus dem Grund hat ihn die Endinger Bürgerinitiative als ihren Redner vorgeschlagen.

Außerdem sollten — in Reaktion auf das Urteil — auch drei der Kläger sprechen. Das waren dann halt Balthasar Ehret, Siegfried Göppert und Hans Schött, alles Leute der ersten Stunde. Und in dem Zusammenhang finde ich das auch richtig. Im Nachhinein kann man auch sagen, daß der Schött in seiner Rede nichts gesagt hat, was den Widerstandswillen der Leute irgendwie ablenken könnte.

AK: Dieser Sonntag war sicherlich ein guter Auftakt für uns. Die Atomlobby wird sich aber davon erstmal wenig beeindrucken lassen. Was kommt da in den nächsten Wochen und Monaten auf uns zu?

Walter: Das spielt sich auf vielen Ebenen ab. Eine ist die propagandistische. Späth will das alte Spielchen spielen und zuerst mit den beiden großen landwirtschaftlichen Verbänden verhandeln und so versuchen, mit denen irgendwelche Abkommen zu schließen. Die sollen dann als Abkommen mit "der" Bevölkerung, vor allem der ländlichen Bevölkerung, verkauft werden.

Vor dem Urteil gab es nämlich zum ersten Mal in der Geschichte unseres Kampfes so viel Druck von der Basis dieser Verbände, daß die jeweiligen Verbandsspitzen – für ihre Verhältnisse ungeheuer klar – erklärt haben, Wyhl soll nicht gebaut werden, sonst wird es hier noch schlimmer als in Brokdorf.

Die andere Ebene ist die der staatlichen Gewalt. Das kann so aussehen, daß sie zuerst mit kleinen Nadelstichen arbeiten, z.B. wie zufällig ein paar Bauarbeiter anrücken und im Wyhler Wald eine Straße asphaltieren. Da wird dann sofort eine Reaktion kommen. Da brauchst Du keine 100 000, da genügen 30 Leute aus den umliegenden Dörfern, die der Sache ein Ende machen. Und dann wird es sich eskalieren. Und irgendwann kommt Lothar Späth nicht drum herum, den größten Polizeieinsatz zu machen, den es in der Bundesrepublik je gab. Und dann ist das seine Festung, der Wyhler Wald.

AK: Wenn das wirkich so eingeschätzt wird, so ist mir schleierhaft, wieso die BIs den Gedanken an eine präventive Platzbesetzung so weit von sich schieben! Im neuen "Manifest" der BIs ist davon ja auch nicht die Rede.

Walter: Man muß da halt ganz kühl überlegen: Es ist ja gut möglich, daß die Sache erst im Herbst losgeht. Wenn wir jetzt beispielsweise am Sonntag den Platz besetzt hätten, wären wir nach und nach verhungert und verkommen. So eine Platzbesetzung ohne äußeren Druck würde unter den Leuten innerhalb von kurzer Zeit zu Streitigkeiten und Prügeleien führen, das zeigen auch die Erfahrungen. Wenn die Regierung dann noch ein paar Provokateure einschleust, kann sie nachher sogar als Befreier auftreten, um die "Räuberhöhle" auszuheben.

AK: Die Erfahrungen vom Hüttendorf bei der Startbahn West waren aber ziemlich positiv. Das war ein Kristallisationspunkt des Widerstands und die Räumung ein politischer Prestigeverlust für die Landesregierung.

Walter: Aber nimm doch mal die Bohrlochbesetzung von 1004 in Gorleben. Die Räumungsparanoia, die es da schon nach vier Wochen gab. Die Leute haben schließlich selber gesagt: ,Hoffentlich ist bald Schluß'.

AK: Im neuen "Manifest" der BIs wird ja ausdrücklich eine "Schlacht in Wyhler Wald" abgelehnt. Man will



die Auseinandersetzung nicht am Bauplatz suchen, sondern stattdessen "die Region unregierbar" machen. Obwohl ich diese dezentrale Orientierung langfristig für richtig halte, finde ich dieses Ausspielen gegen Großaktionen "vor Ort" falsch. Gerade wenn die Polizei anrückt, ist doch ein massenhafter Widerstand am Kaiserstuhl, am Bauplatz unbedingt wichtig. Nur so wird man soviel Publizität, Empörung und Selbstbewußtsein erreichen, um die Power für Blockaden, Go-Ins, Schülerstreiks und vielleicht sogar Arbeitsniederlegungen in großem Stil zu bekommen. Sonst besteht die Gefahr, daß diese Dezentralisierung nicht zu einer Verbreiterung, sondern zu einer Verzettelung des Widerstandes führt.

Walter: Ich glaube, die Empörung hier in der Region ist so groß, daß wir nicht auch noch ein paar Tote vorweisen müssen. Die Steigerung, die dann die Dämme brechen läßt, ist schon erreicht, wenn die Polizei die Region hier besetzt. Das "dezentral" kling so klein. Es wird neben vielen kleinen Dingen aber auch sehr große Aktionen geben. Ich denke speziell an die Grenzschließung. Das wäre also mindestens von Marckolsheim bis Basel, das sind vier Rheinübergänge, die von zwei Seiten dichtgemacht werden sollen. Für jede Grenze brauchst Du 1.000 Autos, dann ist das zu. Und das werden dann auch keine symbolischen Ak-tionen, sagen wir für zwei Stunden

oder einen Tag, sondern daran wird die Forderung nach dem Abzug der Polizei aus Wyhl geknüpft. Das wär auch der Augenblick, wo man möglichst viele Touristen auffordern sollte, sich der Grenze zu nähern, und wenn sie nicht durchkommen, dann halt da zu bleiben. Das hätte dann Ausmaße, wo zum einen ein ziemlicher wirtschaftlicher Druck erzeugt wird, wie bei einem Streik. Zum anderen gäbe das einen internationalen Konflikt, und natürlich auch ein Riesenspektakel.

AK: Ich halte es aber für eine Illusion, in diesem Fall für ein weniger brutales Vorgehen der Polizei als meinetwegen am Blauplatz selber zu rechnen. Ich gebe Dir recht, die Polizei ist zu allem entschlossen, speziell die "Todesschwadron" der SEK. Nur ist das bei einer Grenzblockade nicht anders. Höchstens, daß uns dann noch auf der französischen Seite die Bürgerkriegstruppe CRS im Nacken sitzt, die wir ja aus Malville noch kennen.

Walter: Das möchte ich nicht so ohne weiteres behaupten, das ist noch nicht probiert worden. Stell' Dir die Polizeistrategie vor, wenn an der Breisacher Grenze 1000, 2000 Autos ineinander verkeilt herumstehen, ständig kommen noch mehr dazu. Die Polizeistrategen werden ihre Schwierigkeiten haben. Ich fühle mich auch im Auto – unter 1000 anderen PKWs – ein wenig geschützter,

als wenn ich diesen Schlägerbanden nur Körper an Körper, höchstens mit einem Helm gegenüberstehe.

AK: Im "Manifest" wird auch auf die Geschichte der Bewegung hier eingegangen, auf die vielen Opfer, die gebracht wurden, auf die Erfolge, auf das immer stärkere regionale Selbstbewußtsein im "Dreyeckland". Eine Sache ist mir da aufgefallen: Es wird immer wieder die Gewaltfreiheit als Prinzip der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen hochgehalten, obwohl die Wyhler Geschichte doch auch militante Elemente beinhaltet. Ich denke da an die Platzbesetzung 1975, oder an den "heißen Empfang" für Filbinger 1976 in Kiechlingsbergen.

Walter: In der Wirklichkeit, da geht ja sowieso keiner mit dem anderen gewaltfrei um, da lügt man sich voll in die Tasche. Deshalb hasse ich auch diese Debatte um die "Gewaltfrage" Mich interessiert viel eher: Was führt wozu? Wenn wir dies und das machen, welche Folgen hat das? Für die Bewegung hier war es auch noch nie ein Problem, wenn zum richtigen Zeitpunkt einige Atomstrommasten, die den Strom von Fessenheim nach Paris transportieren, plötzlich umgefallen sind. Das fiel selbstverständlich in unser Verteidigungskonzept. Wir beharren nur drauf, unsere Aktionen so zu benennen wie sie auch sind, nämlich gewaltfrei. Damit wollen wir öffentlich überall sichtbar machen, woher die Gewalt kommt: von der Atommafia und der Regierung. Ich bin kein Prophet. Ich weiß nicht, wie das weitergehen wird in Wyhl. Ich weiß aber erstens, daß es ungeheuer viele Leute gibt, die sa-gen: "Nur über meine Leiche." Zweitens weiß ich, daß wir nicht ins offene Messer rennen wollen. Drittens weiß ich, daß wir keine Schlachten hier verlieren wollen, weil wir hier nicht wegreisen können zum nächsten Schauplatz und unterwegs den anderen erzählen können: "Da war aber Power, und wir waren echt gut drauf'. Wir sind hier und wir bleiben hier. Deshalb müssen wir immer überlegen: Was führt wozu?

Ich kann nie sagen, wozu der Gewaltapparat des Staates die Menschen hier provozieren kann. Ich weiß auch nicht, wozu er mich provozieren wird. Aber im Augenblick haben wir noch längst nicht alle Aktionen ausgeschöpft, ohne daß jemand einen Molli oder eine Knarre in der Handhat.

AK: Die "Gewaltfrage" stellt sich ja erstmal auf einer anderen Ebene. Wir müssen in Wyhl mit dem Einsatz von CS-Giftgas rechnen, eventuell mit Gummigeschossen. Wie schützen wir uns dagegen? Bei der Startbahn West hat man ja die Kompromißformel der "aktiven Gewaltfreiheit" gefunden, die zum einen Gewalt "gegen Dinge" je nach Lage einschloß, und die vor allem die Demonstranten zum Tragen von Helmen etc. aufforderte, was im Polizeijargon ja schon "passive Bewaffnung" ist.

Walter: Die Schlüsselfrage ist: Wie

verhält man sich in einem besetzten Land? Und das erste muß für uns immer sein: Wir dürfen uns nie in die Minderheit drängen lassen. Wir haben von Anfang an eine regionale Minderheitspolitik gemacht. Wir wollen auch künftig möglichst viele Aktionen machen, wo möglichst viele Leute mitmachen können. Also wir wollen keine Auseinandersetzung, wo eine kleine Gruppe von "Fightern" sich halbwegs ebenbürtig gerüstet auf ein Duell mit der Polizei einläßt. Und wo der Rest entweder ungeheuer eingesackt und vergast wird, oder beim nächsten Mal wegbleibt. Solche Aktionen streben wir keinesfalls an. Andererseits gibt es sicher dies und das, was nächtlich sein wird. Und da brauchst Du keine Gewaltdiskussion zu führen, da muß du halt mal was machen, wenn du den Apparat da und dort fünktionsunfähig machen willst. Und das wird auch auf jeden Faall passieren, dazu muß niemand von auswärts anreisen. Die Leute hier sind Handwerker, sie sind kenntnisreich und verfügen über Material, denen fällt sehr viel ein. Das Spektrum in dieser "Gewaltdiskussion" beginnt bei richtigen "Engeln", die sagen, daß sie keinen Regenwurm und keinen Polizisten treten würden. Auf der anderen Seite hat es jede Menge Leute, gerade in den Dörfern, die sagen: Wenn ich eine 'runtergehauen kriege, geb' ich sofort zwei zurück.' Da gibt's alle möglichen Meinungen.

Die staatliche Propaganda will uns, die wir hier leben und was verteidigen, immer die Fratze des Aggressors aufsetzen: "Das sind die Zerstörer, die machen alles kaputt.' Wir legen ungeheuren Wert darauf, daß wir uns kenntlich machen als Menschen, die hier zuhause sind und etwas schützen, und daß die Stuttgarter Besatzungstruppen die Angreifer und Zerstörer sind. Hier dürfen wir keine Fehler machen, sonst kommen wir in die Minderheit.

AK: In den letzten Wochen und Monaten gab es oft Spannungen zwischen den Kaiserstühlern und den Freiburger Autonomen und Linken.

Walter: Da spielt natürlich neben Differenzen in der Sache besonders die unterschiedliche Sozialisation, die unterschiedliche Kultur eine Rolle.

AK: Verschärft wurde das allerdings dadurch, daß man die Freiburg oft den Eindruck bekommen konnte, die Kaiserstühler wollten ihren eigenen Kuchen backen. Für Freiburger ist der Zugang zur beschlußfassenden Delegiertenkonferenz der badisch-elsässischen BIs sehr erschwert. Umgekehrt nehmen vom Kaiserstuhl nur ein paar Leute am "Dreyecklandtref-fen" teil, wo sich ansonsten alle BIs von Basel bis Lahr zusammenfinden. Was soll diese Eigenbrötelei?

Walter: Da drückt sich ein ganz gro-Bes Problem aus, das der Kontinuität. Bei den Städtern ist es doch oft so, daß wenn in einer Bewegung der große Katzenjammer ausbricht, daß sich dann die Komitees einfach schnell umbenennen. Gestern ging es zu Chile, dann zu Portugal, dann zu AKW, heute sind Frieden, El Salvador, Häuserkampf Trumpf. Immer sind das dieselben Leute. Unsere Bewegung hier hat aber eine ungeheure Kontinuität, die uns sehr viel Kraft gibt. Wenn sich jetzt die Häuser-kampf-...Szene" auf Wyhl stürzt, weil es da das Urteil gibt, dann finde ich das zum einen sehr gut. Auf der anderen Seite macht das viele Leute mißtrauisch. Die haben Angst, als "Marktlücke" verramscht zu werden, so wie auch Chile, Portugal usw. verramscht wurden. Nochmal: Ich finde es prima, wenn sich die Stadt-Szene so für Whyl begeistert, weil die auch sehr viel Phantasie, Mut, Erfindungsgeist und Praxis mitbringen. Aber Reibereien ergeben sich dann, wenn die alten erfahrenen Wyhl-Aktivisten sich arrogant behandelt fühlen. Nur weil jemand alle Schlachtfelder der Bundesrepublik in den letzten Jahren bereist hat, kann er noch lange nicht diese Erfahrungen auf unsere Situation übertragen. Wir haben hier unsere eigenen Erfahrungen gemacht, die sind auch gut und wichtig.

aus "Arbeiter Kampf"

Bad .- Zeitung 5.4.82

Friedlicher, aber entschlossener Protest

Ein Anti-KKW-Volksfest im Wyhler Wald

Von unserem Redakteur Klaus Rütschlin

Freiburg. "Es ist lange her, seit wir alle zusammen waren", schallte es am beimer Gericht, das sich für den Bau Sonntag aus Lautsprechern durch den des Atommeilers im Wyhler Wald auswyhler Wald, dort, wo manche gern ein Atomkraftwerk bauen würden. Es ist lange her, seit die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zum letzten Mal zu einer Großkundgebung aufgesten. Mal zu einer Großkundgebung aufge-rufen haben. Und offenbar ist der Wirufen haben. Und offenbar ist der Widerstand gegen den geplanten Atommeiler in den Rheinauen nicht erlahmt: "So viele wie heute waren wir
noch nie hier", erinnerte sich einer, der
schon beim ersten Sturm auf den Bauplatz dabei war.

Gewaltlos möchte man gerne blei-ben. Die Stimmung am Sonntag war entsprechend. Gegen wen hätte sich die Aggressivität auch richten sollen? Von Uniformen war weit und breit nichts zu sehen. Die Polizei beschränkte sich offenbar auf die Beobachtung te sich offenbar auf die Beobachtung und Regelung des Verkehrs. Und das war auch notwendig. Aus allen Him-melsrichtungen, über Straßen, Feldwe-ge, durch den Wald, über den Rhein-damm, von überall strömten sie herbei, die Radler, Fußgänger, Motorrad- und Autofahrer. Die Familien mit Kindern, Pärchen, Gruppen Punke Rauen und Autoranter, Die Fammen mit Kindern, Pärchen, Gruppen, Punks, Bauern und Alternative mit Selbstgestricktem. Das letzte Stück ging man zu Fuß, geparkt wurde so weit von der Nato-Rampe entfernt, daß das politische Engage-ment mit einem kleinen Spaziergang verbunden werden konnte.

Aus dem Anti-KKW-Volksfest und dem, was daraus wurde, zu schließen, daß das Ganze vielleicht doch mehr Volksfest und nicht so sehr Anti-KKW war, dürfte gefährlich sein. Zu deutlich war die Sprache der Kundgebungsred-ner und zu eindeutig war der Beifall für kämpferische Kritik an Landesre-

Einer der Höhepunkte war sicher-lich die Verlesung der 3. Erklärung der Bürgerinitiativen, die am Freitag ver-abschiedet worden war. Darin macht man auf Seiten der KKW-Gegner unman auf Seiten der KKW-Gegner unter anderem deutlich, daß man bei einem Bruch des "Landfriedens" durch die Stuttgarter Landersegierung "die einmarschierenden Truppen als Besatzungsarmee" betrachten werde. Doch zu einer "Schlacht um Wyhl" wollen sich die Bürgerinitiativen auf keinen Fall provozieren lassen. Man hat andere friedliche Mittel im Sinn. Da gibt es Grenzübergänge zu blockieren oder öffentliche Verkehrsmittel aufzuhalten. Lehrer könnten den Schudienst verweigern, das öffentliche Leben wäre teilweise "stillzulegen". Man könnte Stromrechnungen nur zum Teil bezahlen, und die auswärtige Polizei bräuchte nicht auf die Gastfreundschaft der Bevölkerung in der Teil bezahlen, und die auswärtige Polizei bräuchte nicht auf die Gastfreundschaft der Bevölkerung in der
Region zählen. Gehorsamsverweigerung auf allen Ebenen verkünden die
Bürgerinitiativen als Devise. "Südbaden wird unregierbar, wenn Börner
und Stoltenberg in Stuttgart Schule
machen", findet den Beifall genauso
wie die Durchsage, um die die Polizei
gebeten hatte, daß nämlich nur Beamte aus dem Kreis Emmendingen zum
Einsatz gekommen seien zu diesem
sonnigen Sonntag. Während bei der
Vorankündigung dieser Polizeidurchsage lediglich ein schwacher Hauch
von "Buh" aufkam.
"Als besonnene, bodenständige Bür-

"Als besonnene, bodenständige Bür-

ger wollen wir auftreten", meinte einer der Kundgebungsredner. Und erst als deutlich wurde, daß eben doch nicht das Gesagte verstanden, schaltete eine andere Rednerin von Dialekt auf kaiserstühlerisch geprägtes Hochdeutsch

Man könne vom Mannheimer Urteil kaum überrascht sein, wenn man "diesen Wahrheitsfindungsproze" verfolgt habe, versicherte der Endinger Apotheker, Landtagsabgeordnete und Kläger gegen das KKW Wyhl, HansErich Schött Als "Beleidigung für alle Menschen dieser Region" empfand Schötts Vorredner den Urteilsspruch. Weisweils Bürgermeister Nicola zeigte kein Verständnis für die Landesregierung, die bereits am Tag der Urteilsverkündung (wenn nicht schon vorher) zu schnellen Entschlüssen gekommen sei, bevor die Urteilsbegründung überhaupt vorliege, bevor bekannt sei, von welchen Gedanken das Gericht sich leiten ließ. Und überhaupt: Einerseits Man könne vom Mannheimer Urteil welchen Gedanken das Gericht sich leiten ließ. Und überhaupt: Einerseits zeige sich Späth entschlossen, zu bauen, andererseits sage er Gespräche zu. Worüber und wozu dann noch, wunderte man sich. Auch die eiligen Gespräche mit Weinbau- und Bauernverband wollten nicht so recht schmecken. Will Späth verhindern, daß die Funktionäre von der Begie unter Druck gesetzt wervon der Basis unter Druck gesetzt wer-

Ein Weisweiler erinnert sich: "Unser Ein Weisweiler erinnert sich: "Unser Dorf war zu 90 Prozent zerstört im Krieg." Doch: "Jetzt drohen uns noch größere Gefahren, und davor haben wir schlicht und einfach Angst." Wenn die Kernkraftwerke so sicher seien, wie man immer wieder auf Betreiberseite behaupte, warum werden sie dann in relativ dünn besiedelten Gebieten gebaut? Warum nicht in den

Ballungsgebieten, wo der Strom verbraucht werde? Wiegen 10 000 Bauern-Leben leichter als 100 000 Städter? So ein Kaiserstühler Kundgebungs

Dabei denke man gar nicht nur an sich selbst oder an die Landschaft. Können wir diese Anlage unseren Kindern gegenüber verantworten, heißt es immer wieder. Und: "Wenn die Politi-ker nicht merken, daß es hier um Wer-te geht, die sich nicht in Mark, Schweite geht, die sich nicht im Mark, Schwei-zer Franken oder französische Francs messen lassen und sie das Atomkraft-werk durchsetzen wollen, provozieren sie die Anarchie." Gegen den Willen der Bevölkerung könne am Kaiser-stuhl kein Kernkraftwerk gebaut wer-den. Ein Gemeinderat aus Wyhl zeigte sich sieher. Wann es heute wieder eisich sicher: "Wenn es heute wieder eine Abstimmung über den Bau gäbe, würden die Befürworter sicherlich kei-ne Mehrheit finden."

ne Mehrheit finden."
"Von Wyhl" (und hier demonstriert die "Erklärung" der Bürgerinitiativen Sendungsbewußtsein), "von Wyhl ging eine demokratische Hoffnung aus und die Erkenntnis, daß Menschen ihre 'Umwelt nicht zwangsläufig zerstören müssen." Man klatschte sich selber Beifall. Wie gesagt, der Beifall kam gezielt und nicht unüberlegt. So herrschte nach einem Vergleich der Mannheimer Richter mit Juristen-Schergen des Dritten Reiches fast schon betretenes Dritten Reiches fast schon betretenes

"An ihren Früchten sollt Ihr sie er-kennen", zitierte ein Transparent ein Christus-Wort. Auch die Bauern und remover des Kaiserstuhls wollen daran gemessen werden. Deshalb soll der Wi-derstand friedlich bleiben, so friedlich wie der Protest am Sonntag im Wyhler Wald.



Washington (taz) Drei Jahre nach dem bisher schwersten Unfall in der Geschichte der amerikanischen Atomkraftindustrie in Three Mile Island in Harrisburg erleben die Atomkraftgegner großen Auftrieb. Immer umfangreicher wird die wissenschaftliche und publizistische Kampagne gegen die gefährlichen Atommeiler. Die Atomindustrie selbst und die Elektrizitätskonzerne sind wegen der installierten und bestellten Atomkraftwerke in die schwerste Finanzkrise seit ihrem Bestehen gerutscht. Der Stromverbrauch stagniert auch in den USA und die Kosten der AKW explodieren. Deshalb wurden in den letzten Monaten 35 bestellte AKW ganz gestrichen und 50 weitere erstmal storniert. Im Bau befindliche AKW werden mit Milliardenverlusten wegen Unrentabilität wieder abgerissen.

Black Fox, Oklahoma: Nach neunjährigem, erbitterten Kampf der "Sunbelt Alliance", einer 4.500 Mitglieder starken Anti-AKW-Gruppe, gegen das geplante AKW Black Fox gibt die den Bau betreibende Elektizitätsgesellschaft am 16. Februar dieses Jahres die Aufgabe des Projektes bekannt.

Richland, Bundsstaat Washington: Das "Washington Public Power Supply System", kurz WHOOPS, das vor zehn Jahren begonnene teuerste und umstrittenste Atomstromprojekt der USA, wird drastisch zusammengeschnitten. Von den fünf ursprünglich geplanten und schon im Bau befindlichen Kraftwerken bleiben nur drei übrig. Die kürzlich getroffene Entscheidung kostet die Betreiber rund drei Milliarden Dollar: davon sind zwei und einhalb Milliarden Dollar schon in den Bau der beiden Werke geflossen, der Rest wird für ihren Abbau benötigt. Nashville, Tennessee: Anfang März gibt die "Tennessee Valley Authority" (TVA),

Nashville, Tennessee: Antang Marz gibt die "Tennessee Valley Authority" (TVA), ein Elektrizitätsgigant, der verantwortlich für die Stromversorgung von sieben US-Staaten ist, bekannt, daß weitere drei Reaktoren, deren Bau zu 30 bis 40 Prozent abgeschlossen ist, "eingemottet" werden

sollen. Damit ist ein Baustop für insgesamt acht Werke der "TVA" in den letzten drei Jahren beschlossen worden.

Oak Ridge, Tennessee: Die Vorarbeiten für den Bau des Schnellen Brüters am Clinch River können noch immer nicht begonnen werden. Anfang Februar wurde bekannt, daß für das Gemeinschaftsprojekt der US-Energiebehörde und der "TVA" trotz Drängen der Reagan Administration auf schnellen Baubeginn keine Sondergenehmigung erteilt wird. Die "Nuclear Regulatory Commission" (NRC), die amerikanische Atomaufsichtsbehörde, gab dem Antrag, Vorbereitungen des Bauareals vor der endgültigen Erstellung aller ökologischen Gutachten zu erlauben, nicht statt. (vgl. taz v. 2.4.82) Mitglieder der Energiebehörde selbst befürchten, daß dies der Todesstoß für den Brüter gewesen sei.

Ginna-Unfall mit weitreichenden Folgen

Rochester, Bundesstaat New York: Ein Unfal im Ginna Atomkraftwerk im Februar dieses Jahres, anfangs als unwesentlich abgetan, hat weitreichende Konsequenzen. Am 30. März gibt das "NRC" be-

kannt, daß von US-Amerikas 48 Druckwasserreaktoren 40 von Schäden im Rohrleitungssystem betroffen sind, die dem
"NRC" zufolge praktisch irreparabel seien
und zu ähnlichen Unfällen wie im GinnaWerk führen können. Die meisten der bisher an Atomkraftwerken bekannt gewordenen Unfälle sind auf solche Schäden
zurückzuführen. "Critical Mass", eine der
wichtigsten Atomkraftgegner-Vereinigungen in den Vereinigten Staaten, nannte die
Qualitätsprobleme mit den Leitungssystemen das "größte Scheitern eines industriellen Produkts" in der Geschichte des Landes. Allein im noch intakten Reaktor des
Three Mile Island-Atomkraftwerke müssen insgesamt 4.000 Leitungen ausgewechselt werden wegen Korrosionsproblemen.

Es sieht nicht gut aus für Amerikas Atomkraftindustrie und ihre Gegner haben allen Grund zu jubeln. Technische Probleme, Fehlplanungen und hohe Inflationsraten jagen die Kosten der Kraftwerke in die Höhe. Gleichzeitig sind die Strombedarfsprognosen rapide zurückgegangen. Vor-1973, dem Jahr des arabischen Ölembargos, wuchs der Stromverbrauch im Schnitt um 7,3% pro Jahr. Der verminderte Ölfluß ließ Strompreise gewaltig ansteigen und setzte stabilem Wirtschaftswachstum und verschwenderischem Konsumverhalten ein Ende. Seit 1973 sind die Zuwachsraten auf 2,5% zurückgegangen, der Verbrauch 1981 ist unverändert gegenüber dem von 1980.

Keine Brennstäbe für Plutoniumbomben

Alle Bemühungen des goßen Atomstromfreundes im Weißen Haus haben bisher nicht viel ausrichten können. Zudem hat der amerikanische Senat der Reagan-Administration am vergangenen Dienstag untersagt, abgebrannte Brennstäbe aus kommerziellen Atomkraftwerken wiederaufzubereiten und das dabei anfallende Plutonium 239 zur Herstellung von Atom-sprengköpfen zu benutzen. Das Verbot gilt zunächst für zwei Jahre und erfolgte im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts für das "NRC". Die Senatoren Gary Hart, Alan Simpson und George Mitchell hatten den Zusatz eingebracht, der nun allerdings von einem gemeinsamen Komittee des Senats und des Repräsentantenhauses bestätigt werden muß. Senator Hart hatte einen ähnlichen Zusatz bereits im vergangenen Haushaltsjahr eingebracht, mußte aber, nachdem der Zusatz den Senat passiert hatte, im gemeinsamen Komittee eine Niederlage hinnehmen. Paul Wadells vom Stab des Senators hatte sich vor wenigen Wochen gegenüber der taz zuversichtlich geäußert, daß es diesmal gelingen werde, den Zusatz durchzubringen. Damit wäre für die AKW-Betreiber eine Chance verloren gegangen, den sich anhäufenden radioaktiven Müll aus ihren Hinterhöfer zu entfernen.

Eine andere Anordnung Reagans an das "NRC", den Genehmigungsverlauf über verschiedene Etappen des Kraftwerkbaus zu beschleunigen, so daß die Zeitspanne vom ersten Bauentwurf bis zum Beginn der Strompoduktion von nunmehr 14 auf sechs bis acht Jahre abgekürzt wird, kann nichts fruchten, wenn die Elektrizitätsgesellschaften bis zu 40% fertiggestellte Kraftwerke wegen Geldmangels einmotten müssen, um so Ersparnisse durch Steuerabschreibungen zu erreichen. Im Gegenteil ist die Hochzinspolitik unverändert, die im wesentlichen dafür verantwortlich ist, daß die Kosten der meist mit geborgtem Geld gebauten Kraftwerke so stark ansteigen.

Im Weißen Haus lernt man jedoch langsam: das Budget für 1983 sieht weitere Erhöhungen der Subventionen für Atomenergie vor, während die Gelder für Forschung und Entwicklung aller nicht-nuklearen Energiequellen mit Ausnahme der synthetischen Brennstoffe ganz gestrichen Atomstrompreis verdreifacht

Da hat man an anderer Stelle die Konsequenzen schon länger gezogen. Zum Beispiel in der Geschäftswelt: Marrill Lynch, die größte Anlageberatungsfirma in den Vereinigten Staaten, hat den E-Gesell-schaft vorgeschlagen: 18 von 78 Reaktoren, teils genehmigt, teils bereits im Bau, zu streichen. Oder im "TVA"-Vorstand selbst: Der Direktor dieser gewaltigen Gesellschaft erklärte, daß Strom von den drei vom Baustop betroffenen Reaktoren bei ihrer ursprünglich vorgesehenen Inbetriebnahme im Jahr 1990 13 cents pro Kilowattstunde kosten würde, mehr als das Dreifache des jetzigen Preises. "Erstmals seit langer Zeit kann sich Kohle wieder mit Atomkraft messen. Es sieht nach einem echten Rennen zwischen Kohle und Atomkraft im TVA-Gebiet aus." Dabei hat der einsichtige Herr vom "TVA" die Kosten für Atommüllbeseitigung oder Abbau von ausgedienten Reaktoren bei dieser Rechnung bestimmt nicht berücksichtigt. "TVA" ist besonders hart getroffen: die beiden wichtigsten Stromabnehmer operieren nur mit 40%iger Kapazität. Es sind die in Oak Ridge, Tennessee und Paducah, Kentucky glegenen Urananreicherungs-werke. Ein böser Teufelskreis.

Es sieht fast so aus, als ob das de facto Moratorium für alle neuen Atomkraftwerke, das nach dem Three Mile Island Unfall 1979 erteilt wurde, das endgültige Aus der Atomindustrie signalisiert. Während Regierung und Industrie sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben und die Ursache des Leidens in unkontrollierter Inflation, schlecht entwickelter Technologie, unrealistischen Wachstumsprognosen, "Überregulierung" und aufgeblasener Bürokratie suchen, ignorieren sie bewußt die eigentlich Verantwortlichen – die Anti-AKW-Aktivisten. Wo immer in den letz-

eigentlich Verantwortlichen - die Anti-AKW-Aktivisten. Wo immer in den letzten zehn Jahren ein Kraftwerksunfall zum "Vorfall" beschönigt werden sollte, waren sie da, die Protestler, um die Öffentlichkeit auf die Vertuschung aufmerksam zu machen. Wo Sicherheitsvorkehrungen unter den Tisch fielen, wo die Auswirkung niedrig dosierter radioaktiver Strahlung verhehlt oder die unmöglichsten Standorte für Kraftwerke - in dicht besiedelten Metropolen, unberührte Naturlandschaft, Erdbebenspalten - gewählt wurden, unermüdlich brachten sie, unterstützt von hochspezialisierten Ingenieuren und renommierten Wissenschaftlern, die Dinge

Am schwersten allerdings hat die E-Gesellschaften der massenhafte Protest - nicht nur von Seiten der Atomkraftgegner - gegen Preissteigerungen getroffen. Der US-amerikanische Stromverbraucher, ohnehin von sinkenden Realeinkommen gebeutelt, zeigte sich nicht willens, die E-Gesellschaften in ihrer Expansionslust zu unterstützen. Verbraucherfreundliche Preisregulierungsbehörden, die oft kaum inflationsangepaßte Preiserhöhungen gewährten, zwangen die Stromerzeuger zur Aufgabe zahlreicher Projekte.

Drei Jahre nach Three Mile Island ist die Autoindustrie der USA zum Stillstand gekommen. In dreiJahren sind 35 Kraftwerke ganz gestrichen und der Bau von 50 weiteren für unbestimmte Zeit aufgeschoben worden. Angesichts dieses Szenarios wirken des Präsidenten Loyalitätbekundungen gegenüber der Atomindustrie anachronistisch. Edward J. Markey, Abgeordneter der Demokratischen Partei aus Massachussetts im Kongreß, spricht für alle AKW-Gegner in den USA mit seiner Kritik an Reagans Atomenergiepolitik: "Präsident Reagan wirst einer toten Industrie die Rettungsleine der Regierung zu. Offensichtlich spart er nicht mit Bemühungen oder Beihilfen um einen Industriezweig zu unterstützen, der in sechs Jahren keinen neuen Reaktor bestellt hat." Silvia Sanides-Kilian. Washington



Industriezweig ab. Entscheidend ist dagegen in höherem Maß der ökonomische Zwang, der - und das ist der wesentliche Unterschied - in den USA viel mehr als hier durchschlägt und nicht durch staatliche Subventionen und Marktverzerrungen abgefangen wird.

Ursache hierfür ist wohl neben grundsätzlichen Unterschieden im Ausmaß der Staatsintervention die Tatsache, daß die amerikanische Atomindustrie überwiegend auf den Binnenmarkt ausgerichtet ist und dessen ökonomischen Bedingungen unterliegt., während in der BRD das Atomprogramm in allererster Linie Exportprogramm ist, geradezu Flagschiff des Technologietransports überhaupt sein sollte. So sagte schon 1974 auf der Reaktortagung ein Vertreter der KWU (Kraftwerkeunion, 100% igeSiemenstochter und einiziger BRD AKW-Hersteller), der eigentliche Grund für AKW in der BRD seien "natürlich" weder Energiebedarf, noch Ressourcen noch Preise, sondern in erster Linie die Tatsache, daß sich schlecht verkauft, was man im eigenen Land nicht stark betreibt. Wobei der Sprecher sich über England mokierte, das auf dem Weltmarkt so schön schlecht darstünde, weil es

J. Scheer: Einige Anmerkungen zum "TAZ"-Artikel

Im wesentlichen stimme ich dem Artikel zu; eine ganze Reihe von Tatsachen hatte ich ja unter meinen "vermischten Nachrichten" (siehe letzten Atomexpress) auch gebracht.

Nur einige Ergänzungen: Nach meinen Informationen aus der Tagespresse waren die in Kauf genommen Verluste bei den im Bau befindlichen und nun wieder abzureißenden Atomkraftwerken in Satstop und Hanford noch wesentlich höher. Nämlich 3,25 Millirden Dollar sind schon verbaut, und beim Verramschen der schon bestellten Teile, Konventionalstrafen und ähnlichem werden Verluste von weiteren 8 Milliarden Dollar erwartet.

Und die TVA-Tennessee Valley Authority hat ihr gesamtes AKW-Programm von 14 AKW s eingestellt und davon 4 laufende Bauvorhaben. Dies ist besonders bedeutsam, weil es sich dabei um einen staatlichen Energiekonzem handelt (aus Roosevelts Zeiten der massiven Staatsinterventionen stammend) und damit ein deutliches Signal seitens der Administration gesetzt wurde, das jedenfalls nach Ansicht von Sternglass schwerer wiegt, als Reagans Versuche der Wiederbelebung.

Dann will ich aber zwei naheliegenden Fehlschlüssen entgegenargumentieren, auf die ich in der Praxis schon gestoßen bin: Daß man nämlich ob dieses Erfolges an der amerikanischen Anti-AKW-Bewegung ein Beispiel nehmen könne, und daß eine ähnliche Entwicklung in der BRD automatisch folgen würde.

Die Anti-Atombewegung in den USA hat sich bisher auf wenige gewaltfreie Massenaktionen beschränkt, wie gegen Diablo Canon im Westen und Seabrook im Osten, dazu wurden eine Reihe von Prozessen geführt. In der Umgebung der meisten Atomanlagen gibt es überhaupt keine Bewegung dagegen, selbst um Harrisburg ist sie ja erstaunlich schwach geblieben. Allerdings sind vielmehr Wissenschaftler und Techniker auf der Seite der Gegner und auch manche Prozesse sind positiv ausgegangen. Das liegt nicht zuletzt an dem "Freedom of Information Act", das die Gegenseite zwingt, praktisch alle Unterlagen, die überhaupt existieren, herauszurücken - für Prozesse ein in der Tat paradiesischer Zustand.

Aber mit all dem würgt man keinen derartigen

Fouts. von S. 12

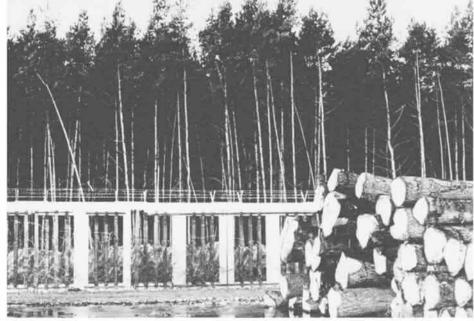
nicht genug und ausreichend moderne AKW s im eigenen Land vorweisen könne.

Selbst bei den ergeizigsten Plänen ist die Produktionskapazität der BRD-Atomindustrie durch den Binnenbedarf nur zu rund 20% ausgelastet, 80 sind für den Export bestimmt. Dies zu fördern - im Interesse der ganzen exportorientierten BRD-Wirtschaft, ist also Triebkarft hinter den Anstrengungen der BRD-Regierung, das Atomprogramm durchzusetzen. In den USA dagegen erheben sich erst jetzt Stimmen, die den AKW-Export als rettenden Ausweg propagieren, der bisher, trotz etwa der Reibereien um das Brasilien-Geschäft bisher nur eine geringe Rolle spielte.

(Hieraus folgt übrigens für die deutsche Bewegung verstärkt die Unterstützung der noch so schwachen Bewegungen in der 3.Welt, gegen den Export deutscher AKW's dahin, was sich allerdings nicht auf zwischenstaatliche Verbote orientieren dürfte, weil das selbst von vielen AKW-Gegnern der 3.Welt als nationale Bevormundung empfunden wird, und damit sogar als Behinderung ihres ohnehin schon besonders schweren Kampfes)

So erfreulich also die amerikanische Entwicklung ist, so gute ökonomische Argumente sie liefert, und so sehr sie langfristig den weltweiten Zusammenbruch der Atomindustrie signalisiert, so falsch wäre es, darob bei uns die Hände in den Schoß zu legen und auf den wirtschaftlichen Automatismus zu warten.





Startbahn West: Frühlingserwachen im Wald !!!

Wer geglaubt hatte, daß nach der deprimierenden Aktion vom 30.1.82 (Bauplatzbesetzung) der Widerstand gegen die Startbahn West zu Ende sei, hat sich getäuscht. Der Vorsatz, wieder da anzuknüpfen, von wo heraus der Widerstand seine Kraft und Effektivität zog, nämlich in der tiefen Verwurzelung bei der unmittelbar betroffenen Bevölkerung und phantasievollen Kleinaktionen, ist voll umgesetzt worden.

Und in der Tat sind der Phantasie bei den allsonntäglich stattfindenden Waldspaziergängen an die Mauer, die das gerodete Gelände umschließt, mit anschließendem "Sport" keine Grenzen gesetzt. Die Mauer ist ja auch lang genug, um die Polizei und ihre Wasserwerfer auf Trab zu halten. Das große Polizeiaufgebot, das ständig zum Schutz der Startbahn anwesend sein muß, konnte es nicht verhindern, daß die eine oder andere Strebe aus der Mauer herausgebrochen wurde. Sogar ganze Mauersegmente wurden schon entfernt. Auch sonst sind genug Betätigungsfelder vorhanden: die Mauer eignet sich vorzüglich dazu, sein Maltalent zu erproben. Außerdem will ein Wassergraben zugeschüttet sein.

Diese Waldspaziergänge mit immer größer werdender Resonanz zeigen der noch amtierenden Landesregierung und der FAG, daß die Bevölkerung noch nicht aufgegeben hat in ihrem Kampf gegen den Bau der Startbahn West. Dies ist auch notwendig, denn zwar sind alle Bäume auf dem Gelände der geplanten Betonpiste schon abgeholzt, jedoch steht als nächstes die notwendige Verlegung einer RWE-Stromtrasse an, bei der noch einmal so viele (?, d.S.) Bäume gefällt werden müssen wie für die eigentliche Startbahn.

Deshalb - vielleicht tut ja dem/der einen oder anderen ein Waldspaziergang mal wieder ganz gut.

Jeden Sonntag um 13.00 Uhr geht's los, so lange der Atem reicht!

Brief der Gruppe Ökologie

Es ist erst drei Jahre her, daß Ministerpräsident Albrecht "Kritische" Wissenschaftler zu seinem berühmten Gorleben-Hearing einlud. Noch vor anderthalb Jahren bestellte das Bonner Forschungsministerium beim Freiburger Öko-Institut ein Gegengutachten zur offiziellen Reaktorsicherheits-Studie.

Ansätze wie diese ließen uns hoffen, der Staat lege endlich Wert auf eine Parallelforschung durch unabhängige, ökologisch ausgerichtete Wissenschafts-Institute wie das unsere. Die Hoffnung trog. Neue Gutachten und Aufträge werden freien Instituten nicht mehr erteilt. Und bestehende Aufträge werden durch Informations-Stops abgewürgt. Selbst die Professoren Altner, Meyer-Abich und Ehrenstein sind davon betroffen. Wegen vorenthaltener Informationen im Rahmen der Arbeit an einer kritischen Studie zur Brüter-Sicherheit haben sie sich vorläufig aus der Arbeit der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik" zurückgezogen.

Staat und Wirtschaft haben umgeschaltet auf die knallharte Durchsetzung ihrer Interessen. Die etablierte Wissenschaft, von Sparmaß-

nahmen bedroht, ist mit Gefälligkeits-Gutachten zu Diensten. Und die freien Institute der Öko-Bewegung dürfen verhungern. Das heißt: die Öko-Bewegung muß sich von nun an selbst um ihre wissenschaftliche Basis kümmern. Und sie braucht eine eigene Wissenschaft, ein Gegengewicht zur einseitigen Argumentation von Staat und Wirtschaft, dringend! Wie sonst soll die härter werdende Auseinandersetzung mit dem Establishment bestehen? Wer sonst soll ihr die nötigen Informationen und Argumente liefern? Und die Lügen von oben entkräften? DieÖko-Bewegung muß die Existenz einer freien, unabhängigen Wissenschaft durch eigene Aufträge sichern. Wir, die "GRUPPE ÖKOLOGIE" in Hannover, arbeiten im gesamten nord- und westdeutschen Raum auf den folgenden Gebieten:

- Atomenergie, insbesondere Entsorgung (Zwischenlagerung, Wiederaufbereitung, Endlagerung)

 Ökologischer Landbau, insbesondere Rückstandsbelastung von Lebensmitteln

 Wirtschaftsentwicklung in strukturschwachen Randgebieten, insbesondere Alternativen zue Großstadtindustrialisierung

 Probleme der Verknappung metallischer Rohstoffe Wir übernehmen Forschungsaufträge, erstellen Gutachten, halten Vorträge und führen Seminare durch. Anfragen und Aufträge jenseits unserer Fachgebiete leiten wir an entsprechende Wissenschafts-Gruppen der Öko-Bewegung weiter.

Über Aufträge hinaus (die ja naturgemäß unregelmäßig eingehen) brauchen wir zur Absicherung unserer Existenz ferner einen noch stärkeren Förderkreis als bisher. Mitglied unseres Förderkreises kann jede Einzelperson, vor allem aber jede Organisation der Öko-Bewegung werden. Zu unseren Fördermitgliedern gehören Bürgerinitiativen, ebenso Naturschutzorganisationen, z.B. Greenpeace. Den Monats- bzw. Jahresbeitrag bestimmt jedes Mitglied selber.

Wir schicken diesen Brief an alle Initiativen und Organisationen, die es angeht. Bitte beratschlagen Sie, wie Sie uns durch Aufträge oder Spenden fördern können.

Wir drücken nicht auf die Tränendrüse, sondern reden von nüchternen Tatsachen: der Staat will uns absägen, weil wir den Widerstand zu stark machen. Jetzt muß der Widerstand uns stark machen.

GRUPPE ÖKOLOGIE



Das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD war angerückt. Die Gerichte stritten über die Rechtmäßigkeit der Demo. Trotzdem kamen am 28.2.81 einhunderttausend in die Wilster Marsch, um gegen das geplante Monster an der Unterelbe und gegen die Wiederaufnahme der Bauarbeiten am 6.2. zu demonstrieren. Das Ergebnis waren viele Verletzte und Gefrustete und eine Kriminalisierungskampagne, gestützt auf die Heldt-Fotos, gegen die ganze Anti-AKW-Bewegung.Seitdem ist es ruhig geworden. Aus der Wilster Marsch kamen nur noch Meldungen von Einzelaktionen. Seit dem 1.10.81 läuft der Prozess gegen Markus und Michael und wenn über Brokdorf berichtet wird, dann fast nur noch über diesen Schauprozess, der eigentlich keiner ist, denn die Urteile stehen schon von Anfang an fest. Fast unbemerkt hat die NWK in dieser Zeit zügig weitergebaut. Vor kurzem waren wir in Brokdorf und haben uns umgeschaut.

Wie schon bei der Weihnachtsdemo, so hatten wir auch diesmal Petrus zur Seite - die Sonne lud zum Sonnenbaden am Deich ein, wenn da nicht diese bedrohliche Baustelle wäre. Das Gelände ist inzwischen zu einem Industriepark geworden. Etliche Baukräne überragen das Gelände, auf dem emsig von ca.500 Leuten daran gearbeitet wird, daß wir endlich den ach so billigen Atomstrom bekommen.

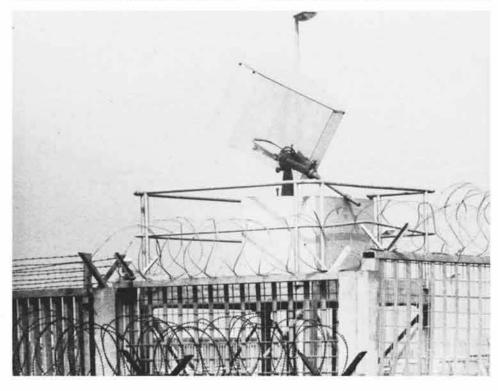
Daneben immer noch die Leute der Wachgesellschaft, die sich vor Langeweile die Beine in den Bauch stehen. Als sie endlich mal wieder fremde Gesichter und Autokennzeichen erblickten, schienen sie richtig erfreut, denn sofort setzte reges, nervöses Handeln ein. Handfunkgeräte, Kuli, Notizbuch und Fernglas hatten endlich mal wieder eine sinnvolle Funktion. Wahrscheinlich hatten die lieben Wachleute auch endlich wieder die Genugtuung zu wissen, daß sie ihr Geld doch rechtmäßig verdienen.

Vielleicht hätten wir uns vorher anmelden sollen, dann wäre wohl auch der Nato-Draht vom ansetzenden Rost befreit worden.

Doch Spaß beseite, denn die Sache ist ernst (oder besser stolti). Zur Zeit liegen drei Teilerrichtungsgenehmigungen (TEG) vor, die letzte wurde am 8.1.erteilt.

Die 1.TEG beinhaltet den Standort und die Baustelleneinrichtung (die damals bei Nacht und Nebel vorgenommen wurde), das Aufspülen des Kraftwerksgeländes und die Gründung des Reaktorgebäudes. Die 2.TEG enthält die Errichtung des Sicherheitsbehälters, den Rohbau des Reaktorgebäude sowie die Gründung der Hilfs- und des Schaltanlagengebäudes. Die 3.TEG umfaßt den Bau des Maschinenhauses, der Kühlwasserbauwerke und Nebengebäude.

Am 9.2. wurden mit dem Gießen der Pfahlkopfplatte die Gründungsarbeiten für das Reaktorgebäude abgeschlossen und somit die 1.TEG. Diese Platte aus Stahl-Beton mit einem Durchmesser von 60 Metern und 4,5m stark gründet sich auf 380 Stahlbetonpfählen, die bis zu 32 Meter im Erdreich versenkt



Der unbeachtete Weiterbau

worden sind und die somit den Anschein von Stabilität geben sollen. Voraussichtlich wird im Juli mit der Montage des Sicherheitsbehälters begonnen. Neben diesen Arbeiten ist auch mit den Komponenten der zweiten und dritten TEG begonnen worden. Die Arbeiten dafür werden etwa 3 Jahre in Ansrpuch nehmen.

Ende des Jahres erwartet man die 4.TEG, die die maschinen- und elektrotechnischen Ausrüstungen umfaßt. Die Genehmigungsunterlagen dafür werden derzeit vom s.h. Sozialministerium geprüft (wenn man das so nennen kann). Wenn es nicht wieder zu irgendwelchen Baustops kommt, rechnet man 1987 mit der Inbetriebnahme. Die Baukosten schätzt die NWK im Moment auf 3,5 Mrd DM, die sich bei einem Baustop natürlich erhöhen würden.

Nachdem am 11.12.81 die Klagen gegen die 2.TEG vom Verwaltungsgericht in Schleswig abgelehnt worden waren, stehen jetzt Klagen gegen die 3.TEG an, in der es unter anderem heißt: "Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist im öffentlichen Interesse und im überwiegenden (!!!) Interesse der Antragsteller notwendig."
Diese 3.TEG hat es auch sonst in sich:

- -Endlagerung (!!!) von hochaktivem Müll im Salzstock bei Gorleben
- -Endlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Asse II und in Schacht Konrad (siehe Artikel darüber)

-Wiederaufbereitung in einer noch zu errichtenden Anlage in der BRD. Falls dies nicht realisiert werden kann, ist vorsorglich ein Vertrag mit der britischen Firma British Nuklear Fuels Limited (BNFL) abgeschlossen worden, die Windscale wieder flott machen will! In diesem Vertrag verpflichtet sich die BNFL zur Wiederaufbereitung von 65 t Brennstoff, was 2 Jahresmengen entspricht. -Da wird es wohl auch ein interessantes Urteil geben - man hat die Kompaktlagerung beantragt. 1974 gab es eine Genehmigung für das Lagerbecken ausgelegt für 332 -Brennelemente. Die Kompaktlagerung sieht auf der selben Grundfläche 770 Brennelemente vor. D.h. bei der bisherigen Lagerung bestand ein Abstand von 150 mm der Brennelemente voneinander bei der Kompaktlagerung werden es dann nur noch 53 mm sein. Die Absorbtion der Neutronen, die bei der früheren Planung durch den Abstand gewährleitet werden sollte, soll jetzt durch einen Borstahlmantel, der jedes Element umhüllen soll, sichergestellt werden. NWK: "Die Gesamtaktivität des eingelagerten Materials nimmt dabei um nur 10% zu. Um den selben Betrag erhöht sich die Nachwärmeleistung.

Welch eine Farce die 3.TEG ist, zeigt sich genau hier. Denn kein einziger der Entsorgungsnachweise ist bisher genehmigt worden. Zum einen wird also gelogen, zum anderen schafft man Zwänge für die anderen Projekte.

In diesem Punkt sehen dann die Kläger auch die größten Chancen, obwohl eine neutrale Haltung der Gerichte wohl zu bezweifeln ist, wenn man an die politischen Forderungen (Albrecht) an die Gerichte und die damit vorprogrammierten Urteile denkt.

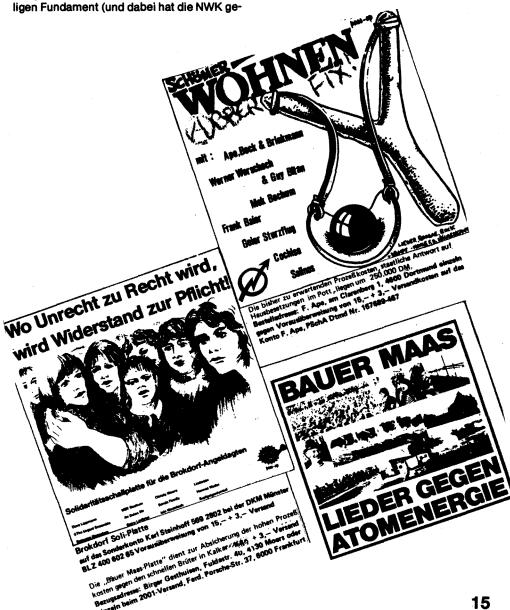
Ganz still und fast klammheimlich hat sich auch im Hamburger Senat etwas getan. Nachdem Klose noch mit großem Poltern einen Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf durchsetzen wollte und darüber gestolpert ist, ist das Thema jetzt wieder auf dem Tisch. Nachdem sich Anfang März der SPD-Parteitag erneut (wie schon unter Klose), gegen Brokdorf ausgesprochen hat, ist jetzt vom Senat ein neues Energiekonzept erarbeitet worden. Darin ist anstatt einer weiteren Beteiligung an Brokdorf der Bau von 4 Kohlekraftwerken vorgesehen. Wie es allerdings mit der Bereitschaft der HEW dazu aussieht, steht wohl auf einem anderen Blatt. Jedenfalls dürfte Brokdorf in nächster Zeit wohl wieder mehr Raum in der Presse finden.

Daß der Ausstieg der HEW dem Projekt Brokdorf direkt wohl keinen Abbruch tun würde. ist klar, denn die PREAG wäre wohl schnell zur Stelle. Aber eventuell würde sich dann etwas bei der Bedürftigkeit von Brokdorf-Strom ergeben. Aber das ist erstmal noch Wunschdenken. Zuerst müßte die SPD nämlich am 7.6. die Bürgerschaftswahlen nach Hause bringen, und das steht auf einem sehr wackerade ihr phänomenales Brokdorf-Fundament fertig).

Eine weitere Voraussetzung ist aber auch, daß sich die dortigen AKW-Gegner wieder zu gemeinsamen Aktionen durchringen können. Denn nur auf vereinzelte Sabotageaktionen gegen Baufirmen können wir den Widerstand allein nicht stützen. Wie wäre es denn mal wieder mit einem Unterelbetreffen??

Daß der Name Brokdorf in nächster Zeit wieder öfters ins Gespräch kommt, ist auch schon wegen des baldigen Urteils gegen Markus und Michael zu erwarten. Und zudem wollen die Gerichte ja auch dem "großen" BBU in Person von Container-Joe ans Leder. Und da es sich da um einen aus den eigenen Reihen handelt, wird der BBU dann auch wohl für die nötige Publicity während des Prozesses sorgen, die er bei Markus und Michael nicht für seine Sache hielt.

Und noch was zum Schluß - wenn ihr demnächst mal durch Brokdorf fahrt, dann ist da nicht mehr die alte Holperstraße, nein, in der Gemeinde hat man wieder Geld für neuen Asphalt. Die NWK war doch wohl nicht schon wieder die Spenderin???



uber den Kommenter zum Offentlichkeitsaus sollins "ist viel gemedet worden - heide ist kritik - ob numpositir ode negetirvon anse halb zusar grangen, aber nicht in solrt stliche torm
gebracht worden. Weil wir eine den schon dechtlen haben wir eine
Dis kursion über den "Kommenter" - gesicht auf der wöchentlichen
Koordinations sitzung des Göttiner Arteits hzeists am 43. - vorsor alich unit geschnitten midde Hoffenne, daß dale was Branchbarbs "vaus behunt". Zumindest werden trie in ein og wichtige
Entik punkte alnaunt und es sindet ande sowar wie 'ne truseinem der Setzung statt. Des we ein un folgen den trussohnike
der Dis kursion, wobei von lunch un wesentlichen unde talighen Redaktionsmit slied die wotwendigen kurzungen
und sprachlichen "Glattmaln" vor alnommen wurden.
Als "Omentierungshilfe" vor die jedoch nochwal der
Kommenter und der tot hel "Die verlagene Moral" aus
Atom Express N° 24, der im Kommenter anglopvochen wind:

Kommentar zum Öffentlichkeitsausschluß

30 Verhandlungstage im Prozeß gegen Markus und Michael sind vergangen. Die "Öffentlichkeit" ist seit über 13 Tagen nicht mehr anwesend. Nur wenigen AKW-Gegner(innen) gelingt es über den Nachweis für irgendein Zeitungsblättchen zu schreiben, auf die Pressebank zu kommen.

Der endgültige Ausschluß der Zuschauer hat mich betroffen gemacht, aber nicht erstaunt.

Betroffen deswegen, weil jetzt zwei Leute von uns mehr oder weniger alleine eingmacht werden, ohne das Gefühl der Unterstützung zu bekommen, ohne Stärke daraus ziehen zu können, daß Gleichgesinnten dort sitzen, aufpassen, Unmut äußern, Fragen stellen und Sauereien veröffentlichen.

Ich meine, die Aufgabe der Öffentlichkeit ist in jede Fall, die Angeklagten zu unterstützen. Was ist in Itzehoe passiert? Der Geerichtssaal wurde, meine ich, ein Ort für die politische Selbstdarstellung eines Publikums.

Wenn ich mir die "Prozessinfos", die erstellt wurden, ansehe, bes. Nr.5, dann scheint es, als sei der Prozeß dann am erfolgreichsten geführt worden, wenn viel Randale gelaufen ist. Es zeigt sich hier eine Mischung aus fast kindlicher Freude über eine kaputte Scheibe und dem Aufschrei über "grundloses Prügeln der Bullen".

Das erscheint mir unglaubwürdig.

Da steht man einer physischen Übermacht gegenüber und weiß das auch, aber genau auf dieser Ebene wird die Auseinandersetzung gesucht. Dann beschreibt man das genauestens und glaubt, darüber neue Leute gewinnen zu können? Das verstehe ich nicht. Der ständige Rausschmiß von Zuschauern oder das Verprügeltwerden auf den Gängen oder im Foyer des Landgerichts, das schränkt den Kreis der Leute, die zum Prozeß fahren würden, sehr ein (das ist nämlich gefährlicher, als auf ne Demo zu fahren!). Außerdem läuft der Prozeß auch bei Ausschluß des Publikums schonungslos weiter! Ich glaube nicht, daß es das Ziel sein kann und muß, sich total ruhig im Gerichtssaal zu verhalten, aber es sollte nur soweit gegangen werden, daß vermieden wird, daß man dauernd eine auf den Latz kriegt. Wem nützt denn das was? Den Angeklagten? Wenn ständig was "passiert", dann hast du schlechte Karten. Fragen aus dem Publikum und auch andere Aktionen verlieren darüber ihre Wirkung. Und daß

die bürgerliche Presse sich eine Berichterstattung darüber nicht neh-

men läßt, ist doch klar. Also, wer soll sich denn über den Öffentlichkeitsausschluß ernsthaft aufregen, wenn er /sie weiß, wie es vorher gelaufen ist?

Die Wirkung von "Farbbeutelschmeißen" ist in der Öffentlichkeit anders als ne Frage zu stellen und wegen beidem schließlich rausgeschmissen zu werden.

Unverständnis empfand ich auch bei dem "Denunzianten-Plakat" gegen Tobias Heldt, den Pressefotografen, dessen Fotos zu der schweren Anklage des "Mordversuchs" geführt haben. Ich will den Kerl nicht entschuldigen und denke, daß wir uns auf zukünftigen Demos vor solchen Leuten in acht nehmen müssen. Aber, seine Fotos waren nun mal authentisch, und es waren Leute von uns drauf zu sehen, die auf einen Polizisten einschlagen, der sich kurz zuvor allerdings als gefährlicher Menschenjäger gebärdet hatte. Zwischen den Zeilen dieses Steckbriefes ("Pressefoto § Fahndungsfoto, Denunziantentum hat Tradition") lese ich die Aufforderung an Heldt, falsch oder gar nicht auszusagen… sonst? Sonst passiert auch ihm was? Oder? Ist deswegen sein Konterfei so groß abgedruckt? Da bleibt ein schaler Geschmack im Mund…so nicht!

So bleibt der Anklagepunkt für die Anti-AKW-Bewegung, daß es auf der Demo Leute gegeben hat, die einen Bullen verprügelt haben. Es wird sich nicht damit auseinandergesetzt. Widersprüche, die vielleicht letztlich gar nicht so widersprüchlich sind, werden nicht offen diskutiert, sondern peinlich gerechtfertigt. Ich denke, daß mit solchen Aktionen der Schuß eher nach hinten , gegen uns selber, abgeht, als daß eine breite Solidaritätswelle für die beiden Angeklagten ausgelöst wird, als daß die Anklage des Mordversuchs entlarvt wird als die "verlogene Moral von Heuchlern"(dazu habe wir im AE Nr.24, S.26, schon mal was geschrieben, was auch heute noch Gültigkeit hat!) Zurück bleibt vorerst Ratlosigkeit und Fragen. Darf ich eigentlich Kritik üben an den Leuten, die überhaupt was zum Prozeß gemacht haben. Wäre es anders gelaufen, bei der derzeitigen Lage der Anti-AKW-Bewegung, wenn der Prozeß nicht in Itzehoe wäre und damit schlecht erreichbar für viele möglicherweise interessierte Menschen. Kann ich von "Schuld" sprechen, die die Leute trifft, die als Öffentlichkeit fungiert haben, daß sie den Prozeß falsch geführt und letztlich verhindert haben, daß mehr Leute am Prozeß aktiv teilgenommen haben? Ich weiß es nicht. tivolen

Auf diesen Kommentar hin gingen sehr viel, zum Teil auch recht üble Kritik bei uns ein. Unter anderem kam massiv von Seiten der Kieler, die sehr oft beim Prozeß gewesen sind, Protest. Aus diesem Grund haben wir dann eine Diskussion zum Thema BROKDORF -PROZESS angesetzt. Im Folgenden geben wir den Mitschnitt dieser Diskussionsrunde wieder.

Δ:

Im Wesentlichen sehe ich, daß die Kieler einfach das Gefühl hatten, daß nicht nur ihnen gegenüber, sondern auch den Angeklagten mit dem Kommentar ein Entzug der Solidarität ausgedrückt worden ist. Ich kann ja, für mich, versuchen darzustellen, an welchen Punkten sich das festmacht. Da ist einmal der Satz: "Der Gerichtssaal wurde ein Ort für die politische Selbstdarstellung eines Publikums" - Der Satz beinhaltet, daß das, was im Gerichtssaal abgelaufen ist und letztendlich zum Ausschluß geführt hat, daß das vom Publikum gemacht wurde, und es darüber mit den Angeklagten keine Absprache bzw. Übereinkunft gegeben hat. Das bedeutet für mich, daß die Politik, die da gemacht worden ist, mit den Angeklagten nichts mehr zu tun hat. Dann, ja, der Terror insgesamt ...müßte man wahrscheinlich sagen, daß nämlich in dem Artikel davon ausgegangen wird, daß, ja es wird einmal gesagt, der Unterschied besteht eben in der Tatsache einen Farbbeutel zu schmeißen und in der Öffentlichkeit eine Frage zu stellen. Das Problem sehe ich darin, daß die Wahl der Mittel, die im Gerichtssaal möglich sind, daß die, und das hat sich im Prozeß auch gezeigt, daß die ausgesprochen begrenzt ist. Und begrenzt wird im Wesentlichen nicht von den Leuten, die da reinkommen, sondern von denen, die das Gericht abhalten. Das heißt. daß du in dem Moment, wo du dich darauf einläßt, das zu tun, was die gerne möchten. im Grunde genommen keine Möglichkeit mehr hast, überhaupt noch Kritik zu äußern. Das läuft dann letztlich darauf hinaus, daß du entweder die Klappe völlig hältst, oder aber, daß du deinen Unmut in irgendeiner anderen Form äußerst - und das Farbbeutelschmeißen war eben so eine andere Form. Und das so hinzustellen, daß dieses Farbbeutelschmeißen eine Überreaktion war, die keinerlei Hand und Fuß mehr hatte und sinnlos war, und von daher der Sache insgesamt geschadet hat, halte ich auch für einen Solidaritätsentzug sowohl mit den Angeklagten, als auch mit den Leuten, die das gemacht haben. Dann zu der Sache mit Tobias Heldt, ja. daß ist ein schwieriger Punkt, da leuchtet nämlich immer so ein bißchen was durch. da interpretier ich wahrscheinlich auch was rein, was vielleicht gar nicht gemeint ist. Das Problem bei Heldt sehe ich so, daß man sich schon darüber klar werden muß, daß das ein Typ war, der Bilder gemacht hat, die authentisch sind, aber daß er auf seine Art und Weise mit seinen Bildern umzugehen halt tatsächlich so etwas wie ein Denunziant war, und daß er eben auch als so etwas hingestellt werden muß, und daß es deshalb auch notwendig ist, ihn scharf anzugreifen, in welcher Form auch immer. Und daß wohl dieser Satz: "Aber, seine Fotos waren nun einmal authentisch, und es waren Leute darauf zu sehen, die auf einen

Polizisten einschlagen, der sich kurz zuvor aber als gefährlicher Menschenjäger gebärdet hatte" ... der Satz, so wie er da steht, erweckt bei mir den Eindruck, als ob es darum geht, zu sagen, diese Leute, die haben da was gemacht, was sie nicht machen durften, mit denen wollen wir nichts zu tun haben ... so was in der Richtung. Und deswegen finde ich gerade diesen Satz mit dem Heldt ein bißchen heidel ... daß ist so der Eindruck, den er erweckt, man kann da nichts festmachen, aber ... wie der Absatz dann aufhört ... es bleibt ein schaler Geschmack zurück.

Das Letzte ist halt das, wo Du sagst: "Kann ich von Schuld sprechen, Schuld, die die Leute trifft, die als Öffentlichkeit fungiert haben, daß sie den Prozeß falsch geführt haben ..." - Ja, was mich da stört, daß ist die Aussage, daß das möglicherweise eine Schuld sein kann, also irgendeine Argumentation auf so einer total moralischen Ebene, die mir überhaupt nicht paßt.

B: Was ich glaube, was wichtig ist, im Hinterkopf zu behalten bei dem Kommentar, für mich würde ich das erst mal sehr stark daran messen, ohne auf "schalen Geschmack" oder so etwas einzugehen ... wie ist die Situation für die Angeklagten heute? Und daran muß sich der Öffentlichkeitsausschluß oder die Leute, die da unter ihrem eigenen Einsatz immer hingefahren sind, halt doch auch messen lassen. Und ich glaube somit hat der Kommentar erst mal eine gewisse Berechtigung, ohne das inhaltlich werten zu wollen.

C- Ich glaube, daß man das im Zusammenhang sehen muß mit den Sachen die bisher im AE gestanden haben, daß praktisch seit Beginn der Prozesse eine fast hundertprozentige Hofberichterstattung dagewesen ist, und daß über all das, was da gelaufen ist, irgendwie berichtet und auch mitvertreten worden ist. Und daß das die erste ein bißchen kritische Auseinandersetzung ist. Da halt ich die Reaktion, gleich eine Entsolidarisierung von den Angeklagten daraus zu machen, für total überzogen ... dann darf man ja im Prinzip überhaupt keine Kritik mehr leisten.

D: Das ist keine Form von Kritik, das ist ein Vorwurf, daß die Leute, die da was zu den Prozessen gemacht haben, daß die sozusagen dafür verantwortlich sind, daß sie hinterher rausgeschmissen worden sind. Das ist was, was mein Politikverständnis und gerade mein Verständnis von Gerichtsbarkeit völlig entgegensteht.



B:Wieso denn? Es muß einem doch vorher klar sein, daß, wenn du im Gerichtssaal auf'n Richter oder Staatsanwalt einen Farbbeutel wirfst, daß man damit z.B. riskiert, daß die Öffentlichkeit total ausgeschlossen wird. Das ist z.B. während der Grohnde-Prozesse, die auch sehr scharf geführt worden sind, nie vorgekommen. Es ist auch nie damit gespielt worden, weil von vornherein klar war, daß du bei bestimmten Aktionen die Quittung kriegst.

E:Aber die Form, wie die den Prozeß führen, ist natürlich auch ganz anders, als wir ansonsten gewohnt sind. Also, wo gibt es denn das, solche Maßnahmen wie gegen Michael, daß der da quasi in Iso-Haft sitzt, und daß die Bullen gleich prügeln, wenn er seine Verlobte umarmen will?

B:Ich will das ja nicht runter spielen, aber ich sehe das nicht so. Mir fällt da nur der Vergleich mit den Grohnde-Prozessen ein, wo Eso auch in U-Haft gesessen hat, und ähnliche Geschichten auch gewesen sind. Und da ist allerdings die Sache, daß Michael ein anderer Typ ist, als bisher die Angeklagten...

(Kurzer Disput ob Michael nun "anders" ist, leider nicht richtig zu hören, wäre aber wichtig wie man sich dazu verhält)

...der hats aber so nicht gemacht. Wenn Andreas oder Eso das auch so gemacht hätten, bei den Grohnde-Prozessen wie Michael, ihre Freundin zu umarmen, dann wäre ihnen wahrscheinlich ähnliches widerfahren. Wobei ich nicht sagen will, daß ich das falsch finde. Aber ich finde nicht, daß man daraus nun drehen kann, daß das ne neuartige Staatsschweinerei ist, und damit rechtfertigt, z.B. als Reaktion darauf sich selber so zu verhalten, daß die Öffentlichkeit letztlich ausgeschiossen wird, und somit der gesamte Prozeß innerhalb der Ant-AKW-Bewegung und der linken Öffentlichkeit isoliert abläuft. Und zwar politisch isoliert. Und das ist keine Frage, das ist nicht in erster Linie ein Informationsdefizit. ...Gemurmel...

...und das, was Kirsten geschrieben hat, ist meines Erachtens ne Form von Unwohlsein, wo ich sagen kann, daß das bei vielen Leuten so ist, daß die seit Monaten, oder seit die Prozesse laufen, so'n Gefühl mit sich rumtragen. Und ich finde es ziemlich wichtig, daß sowas überhaupt mal geschrieben wird, damit da mal endlich ne Diskussion drüber in Gang kommt.

A:Das Problem bei dem ganzen Kommentar ist doch nicht, daß da e Diskussion mit in Gang gebracht wird, und daß da grundsätzlich Kritik drin steht, oder daß die möglicherweise nicht erlaubt ist, es geht doch darum, daß nichts über die Ursachen geschrieben wird, daß die Bullen rausgeprügelt haben, daß sich die Staatsmacht da letztlich durchgesetzt hat. Es geht darum, daß so die Ursachen dafür, was da abgelaufen ist, völlig verschoben dargestellt werden.

F:Ja, in diesem Kommentar, das ist wohl richtig. Aber ich kann doch nicht immer tausend Hintergründe bringen, das habe ich in der Berichterstattung seit fast einem Jahr andauernd gebracht! Aber was ich schon finde, ist, daß man, wenn man sich ständig auf kör-

Die verlogene Moral von Heuchlern

Anfang März dieses Jahres wurde der Polizeihauptwachtmeister Süß vom Passauer Landgericht zu neun Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Tatvorwurf: Versuchter Totschlag., Tathergang: Süß hatte zusammen mit einigen Kollegen bei der Verfolgung eines Landwirts mehrere Magazine Pistolenmunition auf das Auto des Bauern leergeschossen sowie Tränengasgranaten in das Wageninnere geschleudert.

So lächerlich gering das Urteil auch ausfiel; es überrascht dennoch die Tatsache, daß der Polizist überhaupt für schuldig befunden wurde. Denn in so gut wie allen Fällen von Mord und Totschlag, begangen von Polizeibeamten in und außer Dienst, werden Gerichtsverfahren gar nicht erst eröffnet und wenn doch, dann gibt es Freisprüche. Dies nicht nur bei spektakulären Fällen wie den Erschießungen von "Terroristen", sondern auch dann, wenn sich bei Verkehrskontrollen oder Personenüberprüfungen "Schüsse versehenlich lösen".

Bei allen Demonstrationen – sei es gegen Atomanlagen, gegen die Wohnungsnot, gegen Kriegshetze –, bei denen es zu Auseinandersetzungen kommt, werden Demonstranten von schwerbewaffneten und zum Teil völlig verhetzten Polizisten krankenhausreif geschlagen. In solchen Fällen wird nicht etwa wegen schwerer Körperverletzung oder gar wegen versuchten Mordes ermittelt, sondern es wird den Polizeikräften in aller Öffentlichkeit von Politikern und Presse für ihre Besonnenheit gedankt. Je brutaler die Übergriffe, desto größer das Lob...

Trotz dieses zunehmend härteren Vorgehens der Polizei, trotz der vor allem von Möcklinghoff und Tandler offensiv vertretenen Pläne nach Ausrüstung der Polizei mit schwereren Waffen, wie Abschußgeräten für Gummiwuchtgeschosse und Gummischrot, wie "wirksamerer CN- und CS-Beimischung in Wasserwerfern", wie panzerbrechenden und Luftabwehrwaffen, die, wie Möcklinghoff weismachen will, nicht der "Ab-

wehr terroristischer Anschläge" gelten, sondern den sich verbreiternden und radikalisierenden Massenprotesten, trotz alldem gibt es immer wieder und immer mehr Demonstranten, die sich gegen die organisierte staatliche Brutalität wehren, um ihre eigene Gesundheit und die anderer zu schützen.

Daß dieses Sich-Wehren meistens nicht nur gewaltfrei vorgeht, sondern daß oft Steine fliegen und Demonstranten sich selber mit Knüppeln ausrüsten, führt zu heftigen Diskussionen über die Formen des Widerstandes innerhalb der Bewegungen, bei AKW-Gegnern, Häuserkämpfern und anderswo.

Daß Wut und Empörung von angegriffenen Demonstranten sich wie in Brokdorf in Aktionen wie dem Verprügeln eines einzelnen Polizisten Luft machen, ist noch mehr umstritten.

Wir haben über diese spezielle Sache lange geredet. Das Verprügeln eines einzelnen in der Situation des Polizeibeamten Schütt, d.h., seine Wut an einem inzwischen Wehrlosen auszulassen, fanden wir alle nicht richtig.

Trotzdem – verstehen und nachvollziehen können wir das Handeln auch in diesem Fall.

Die drei Leute um Schütt haben mit Sicherheit die vorherige Prügelorgie Schütts mitbekommen und nicht zuletzt dem verprügelten Demonstranten durch ihr Handeln die Flucht ermöglicht. Letztendlich haben Leute von uns Schütt aus seiner Lage befreit und ihn in ärztliche Versorgung gebracht. Wann ist in einer umgekehrten Situation von Polizisten ihren Kollegen Einhalt geboten worden? Wie oft sind verprügelte Demonstranten hilflos von den Schlägern liegengelassen worden?

Wir wollen nicht so handeln wie die Staatsbüttel, die Wehrlose auf den Wachen oder in sonstigen hilflosen Situationen halbtot prügeln wie z.B. in Brokdorf den Verhafteten geschehen! (Stichwort: Spießrutenlaufen!)

In der Gesellschaft, die wir anstreben, sollen solche Sachen nicht vorkommen.

Mit solchem Verhalten muß sich die Bewegung aber solidarisch auseinandersetzen. Die Bewegung selbst, wohlgemerkt.

Polizei und Justiz, Politiker und Presse jedenfalls sollen sich nicht anmaßen, über unseren Widerstand zu befinden. Sie haben kein Recht dazu, lediglich die Macht, das Recht in ihre Paragrafen zu zwingen, nach ihren Interessen zu beugen.

Diejenigen, die Atomanlagen bauen und betreiben, sind kriminell, nicht wir, die sie bekämpfen und verhindern. Es ist der reine Hohn und an Zvnismus nicht mehr zu überbieten, wenn diejenigen, die Atomraketen und Neutronenbomben stationieren wollen, die Diktaturen und Folterregimes mit Waffen und Geld vollstopfen und so direkt mitschuldig an der Ermordung Tausender werden, die des Profits wegen ganze Völker verhungern lassen und die desselben Profits wegen auch im eigenen Land die Lebensgrundlagen von immer mehr Menschen zerstören. wenn die bei ein paar klirrenden Scheiben oder einer vom Brokdorfer Bauzaun abgrupften Rolle Stacheldraht über «Gewalt»jammern und lamentieren!

Und wenn sie ihre Profitinteressen bedroht sehen, z.B. durch 100.000 Menschen, die sich nicht um Demonstrationsverbote, Verfügungen und Auflagen scheren, dann jammern und lamentieren sie nicht nur, dann fahren sie schweres Geschütz auf, um zu verhindern, daß das wieder vorkommt.

In diesem Zusammenhang sind die Festnahmen und Anklagen vor, während und nach der Brokdorf-Demo zu sehen, vor allem auch der ungeheuerliche, durch nichts aufrecht zu erhaltende Vorwurf des versuchten Mordes – durch nichts, außer dem Willen des Staates, Macht zu demonstrieren und Widerstand zu zerschlagen. Unser Kampf gegen Brokdorf wie auch gegen das Atomprogramm insgesamt muß weiterhin und noch enger verknüpft werden mit dem Kampf gegen die Kriminalisierung.

Die Redaktion

perliche Sachen einläßt, dann soll man sich nicht wundern, wenn man ständig einen auf die Rübe kriegt. Und ich finde es einfach unglaubwürdig, wenn man dann hinterher darüber lamentiert. Dann soll man dazu stehen, und nicht jammern, daß die Bullen so gemein sind.

G:Das finde ich ein unheimlich blödes Argument, zu sagen, man soll nicht jammern. Mit der gleichen Argumentation kannst du sagen, wenn du auf ne Demo gehst, dann weißt du doch auch, daß da die Bullen rumstehn, mußt nicht jammern hinterher, wenn du einen auf die Rübe kriegst... Was ich richtig finde, ist, daß insgesamt in der Prozeßführung Fehler gemacht worden sind. Das zeigt sich ganz offensichtlich daran, daß die Situation, die jetzt da ist, für die Angeklagten und für die Öffentlichkeit beschissener ist als vorher. Aber ich glaube, man müßte das zunächst

auch so überdenken, weil, man kann halt auch nicht sagen, "wenn ich ein Farbei werfe, dann ist das ne völlig klare Kiste, daß dann die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird" — Es ist das erste Mal, in der Nachkriegsgeschichte, daß die Öffentlichkeit für die gesamte Dauer des Prozesses ausgeschlossen wird! Aber ich würde schon sagen, daß, ja, einen Farbbeutel werfen wär' ne Sache, die ich so nicht unterstützen würde, weil ich das für schwachsinnig halt, weil ich auch sehe, daß die Reaktion darauf, die du damit erreichen kannst, keine ist, die die Angeklagten unterstützt.

B:Vor allen Dingen daß jeder unheimlich gut nachvollziehen kann, warum die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden ist! – Also das ist, das sieht also derart aus, also selbst, ich weiß nicht, das sieht ja, das fällt einem ja selber fast aus'm Mund! ... Ne! Ehrlich!

H:Also ich würde das auch anders einschätzen! Ich war selber an zwei Verhandlungstagen da, und habe miterlebt, wie anschließend noch eine Diskussion mit den Verteidigern war. Und die Verteidiger haben, und das ist auch vorher und nachher so gewesen, immer darauf hingewiesen, daß man sich so verhält. daß das Publikum nicht ausgeschlossen wird. Denn es gab ja schon am Anfang einzelne Publikumsausschlüsse und die Verteidiger haben immer wieder gesagt, daß in den Stunden, wo das Publikum nicht dabei war, daß der Selbmann da ne ganz andere Art und Verhandlungsform drauf hatte, als wenn das Publikum dabei war, und er viel mehr verunsichert war. Und es war im gesamten Prozeßverlauf auch ziemlich klar, daß die Gefahr besteht, daß die Öffentlichkeit insgesamt ausgeschlossen wird. Und das ist für meine Begriffe dann auch bewußt riskiert worden.

Was ich nicht weiß, und da hab ich auch unterschiedliches von den Leuten aus Kiel gehört, ob zu diesem Zeitpunkt die beiden Angeklagten und auch die Verteidiger, ob die noch gesagt haben, wir müssen auf jeden Fall versuchen, die Öffentlichkeit noch drin zu behalten, also wie sie das selbst noch zu dem Zeitpunkt eingeschätzt haben. Was auch noch überlegt worden ist, ob man nicht besser außerhalb des Gerichts sowohl den Richter als auch die Psychoratte, ob man nicht da mal irgendwelche Aktionen unternimmt, die dann nämlich nicht benutzt werden können um den Ausschluß der Öffentlichkeit damit zu begründen. Das ist auch teilweise gemach worden.

I:Also ich find das ziemlich schwierig, weil erstens kenne ich die Situation auch nu aus'm Atomexpress und von Leuten, die da waren, und denn auch von der Veranstaltung her. (in Göttingen hat es bisher zwei Veran staltungen zu den Prozessen gegeben)... Und da ist also ganz klar von den Kielern gesag worden, daß sie diesen Gerichten die Legiti mation absprechen, darüber zu urteilen. Und daß sie sich dementsprechend verhalten und ihre Öffentlichkeitsrolle so verstehn, daß sie Staatsanwalt und Richter durch ihr Verhalter irritieren. Und der Selbmann fühlte sich wahrscheinlich dadurch verunsichert, nicht weil ein Publikum da war, sondern weil gerade dieses Publikum da war, das ganz gezielt darauf hingearbeitet hat, ihn in seinen Denkprozessen zu stören, und ich meine, es war doch von Anfang an klar, daß Öffentlichkeit in diesem Prozeß ohnehin nur ein autonomes Spektrum sein würde, daß man also nicht sagen kann, daß durch das Verhalten der Leute, die da waren, erst andere Leute, die so'ne Sache nicht mittragen würden, davon ausgeschlossen worden sind. Und auch die ganze ProzeBarbeit, auch publizistisch mit diesen Prozeßinfos, lag doch von Anfang an in der Hand von Autonomen. Und zwar nicht nur, weil die sich da vorgedrängelt haben und andere durch ihr Verhalten aus dem Prozeß rausgedrängelt haben, sondern weil andere Leute da doch ihren Arsch nicht hochgekriegt haben!

J:Also, ich weiß nicht, da mußt du schon die Situation der vorherigen Demonstrationen sehen (in Itzehoe). Da gab es noch ein breiteres Bündnis in Richtung Prozeß, und man konnte sich nur nicht einigen, in welche Richtung und wie. Und ich weiß nicht, ob man das jetzt so sagen kann, da haben sich halt keine anderen gefunden, und man hat so quasi den Autonomen das Feld überlassen. Ich weiß noch, daß wir von hier gesagt haben, wir können es deshalb nicht machen, weil es von uns zu weit weg ist, um eine kontinuierliche Arbeit leisten zu können.

H:lch glaube schon, daß die autonomen Gruppen sowieso erstmal viel mehr bereit sind, Angeklagte vor Gericht zu unterstützen. Daß andere Gruppen ne viel größere Scheu davor haben – aus welchem Grund auch immer. Und das ist auch ein Vorwurf, der sicher viele Anti-AKW-Gruppen mit Recht trifft, daß Angeklagte immer weniger wichtig behandelt wurden wie andere Punkte. Ich seh zwar, daß es ein Problem ist, von hier dahin zu fahren, aber Hamburg liegt wirklich sehr nahe dran

und hat auch eine riesige Anti-AKW-Bewegung. Und wenn man sieht, wieviele und wer in Itzehoe waren, dann ist das schon sehr traurig. Man hat im Endeffekt doch den Autonomen das Feld überlassen oder hat die Angeklagten eben nicht unterstützt. Und das ist ein Vorwurf der die gesamte Anti-AKW-Bewegung trifft.

B:Ne unheimlich große Rolle spielen dabei wohl so regionale Verhältnisse. Die Grohnde-Prozesse, da sind so viele Ähnlichkeiten, sowohl von den Angeklagten her als auch von der Szene in Hannover, die ist genauso kaputt wie in Hamburg, wo es irgendwie total polarisiert ist. Und die Einzigen, die da in Hamburg vielleicht noch versucht haben, sich da einzumischen, sind die vom Aktionskreis Leben gewesen, und da hat es gleich am Anfang den Riesenclinch um die Itzehoe-Demos gegeben. Und da ist es praktisch zu 'ner offenen Spaltung gekommen oder zu 'ner Einschätzung, daß man nicht zusammen arbeiten kann. Das hat die ganze Sache dann letztlich gekippt. Und bei den Grohnde-Prozessen war das damals auch unheimlich schwierig. Wenn der Götz Buchholz sich da in Hannover nicht als Einzelperson zwei oder drei Jahre praktisch hauptamtlich voll reingehängt hätte, dann wäre das in Hannover garantiert genauso gelaufen wie jetzt bei den Brokdorf-Prozessen.

I:Na ja, aber bei diesem Prozeß ist ja wohl ne neue Qualität da – so'ne selbstherrliche Figur, wie dieser alte Sack da, dieser Selbmann, hat es ja tatsächlich kaum gegeben. E:Also so'n Punkt, der da sicherlich ne Rolle mitspielt, ist der, daß man zumindest bei Michael die Einschätzung bekommen kann, daß ganz egal, was da im Gericht passiert, daß der auf jeden Fall eingemacht wird. Und zwar dadurch, daß sie sich den doppelten Boden mit diesem Psychologen gebaut haben. Daß man deshalb sagt, was soll das eigentlich, daß wir hier Kulisse für Öffentlichkeit abgeben, wobei, ganz egal, ob die dabei ist, oder nicht, ob da ein Richter sitzt oder nicht, wo das Urteil von vornherein klar ist.

J:Aber Öffentlichkeit im Gerichtssaal ist doch der einzige Transportriemen, um Öffentlichkeit draußen herzustellen! Die einzige Möglichkeit zu verhindern, daß Michael un d Markus da total eingemacht werden, das ist doch über die Presse und so. Und da ist nichts mehr!!!

...Gemurmel, das stimmt doch gar nicht, neulich stand mal ein Interview mit dem Rechtsanwalt in der TAZ ...

Das ist ja jetzt die grundlegende Frage, wie geht man mit Prozessen um? Verhält man sich als Publikum taktisch, um möglichst viel für die Angeklagten zu erreichen? Soll man eine Öffentlichkeitsarbeit machen, mit der man Schichten erreicht, die man mit den Prozeßinfos nicht erreicht, und dann mit einer breiten Bevölkerung Druck auf den Richter ausüben?

A:Also gut, wo die Frage jetzt nochmal im Raum steht. Ich finde es unheimlich wichtig, daß man genau klärt, daß die Verantwortung dafür, für die Sauerei, die da abläuft, daß die der Staat oder die Gerichtsbarkeit hat. Daß aber die Frage, wie man da taktisch mit umgeht, ne sehr wichtige politische Frage ist.

B:Aber das stimmt so nicht. Du mußt unterscheiden zwischen abgehobener theoretischer Verantwortung, da trägt der Staat natürlich für alles die Verantwortung, und realer praktischer konkreter Verantwortung, wo man zumindest einen Teil auch selbst trägt und die durchaus auch vom eigenen Verhalten abhängig ist, z.B., wenn ich ein Transparent im Gerichtssaal aufhänge. Wo du abwägen mußt zwischen verschiedenen Sachen, was du erreichen willst.

J:Aber wir müssen doch erstmal einen Maßstab dafür finden, wie unterstütze ich am besten die Angeklagten? Das kann man erstmal nicht als taktische oder politische Frage sehen, das ist doch erstmal eine menschliche Sache!!! Und das, was zur Zeit dort ist, ist für die Angeklagten wohl die schlechteste Lösung.

I:Ja nur, ich weiß nicht, irgendwie ist das auch so'ne Sache, was hier so rausklingt und was ich so in der Form nicht mitgekriegt habe – als der Markus hier war, hatte ich nicht das Gefühl, daß er sich vom Publikum mißbraucht fühlte oder so.

F:Es geht ja auch nicht ums Mißbrauchen. Die frage ist, hat er ne Chance sich einzubringen in diesen Besprechungen oder nicht? Wieviel Kraft hat er als Einzelperson, denn Michael ist ja nicht dabei und die Anwälte ja auch nur teilweise, auf die Leute einzuwirken, die im Ge-

richtssaal die Öffentlichkeit bilden? Ich habe sehr wohl den Eindruck gehabt, daß er nicht 100%ig damit einverstanden ist, was läuft, und daß er teilweise auch ein bißchen resigniert darüber war, daß er eben wenig Einfluß darauf hat. Bei Michael ist das mit Sicherheit was anderes.

Und ich will auch noch mal was persönliches sagen. Ich finde es unglaublich, wie die Kieler sich verhalten haben. Ich hab diese ganze Kritik wieder nur aus zweiter Hand gekriegt. Die Kieler haben weder mit mir noch mit jemand anderem vom Atomexpress inhaltlich darüber gesprochen.

H:Ja, das ist noch so'n Problem, das geht nicht nur gegen dich alleine, sondern gegen den Atomexpress insgesamt. Die sagen auch ganz klar, sie schreiben schon deswegen nichts zu der Geschichte, weil das ja sowieso nicht abgedruckt wird.

F:Wer sagt denn das?

H:Die Kieler sagen das, sie schätzen den -Atomexpress auch so ein, daß das ne Scheißzeitung ist, die man sowieso vergessen kann, also auch schon vorher vergessen konnte, auch schon vor dieser Ausgabe.

...Geraune..

Ich meine, wir haben jetzt ziemlich viel über das Verhalten im Gerichtssaal gesprochen, ich weiß nicht, ob das was bringt, aber irgendwie wird in dem ganzen Kommentar noch eine Sache angesprochen, die ich eigentlich viel kritischer finde. Das ist nämlich gerade das Verhalten zu dieser konkreten Situation, wo ich auch glaube, daß, wenn von Entsolidarisierung gesprochen wird, daß von daher das Gefühl am ehesten kommt. es ist tatsächlich schwierig zu sagen, der Typ hat was fotografiert, was real passiert ist, und damit zu sagen. was den Angeklagten passiert ist, ist in gewisser Weise auf ihr eigenes Verhalten zurückzuführen. Das ist so'ne sie-sind-selber-Schuld-Haltung, das ist gerade deshalb so gefährlich, weil diese Haltung bei vielen Prozessen vorkommt. Daß für viele Leute, wenn auch vielleicht nur verdeckt, so'n Effekt eintritt, daß sie sich nicht drum kümmern, weil, so was kann mir nicht passieren, weil, so was mach ich nicht. An dem Punkt finde ich, ist die Sache viel schwieriger. Weil man sich tatsächlich mit 'ner Situation auseinandersetzen muß, wovon ein Foto existiert, nur gibt dieses Foto, eben diese tausendstel Sekunde der Demonstration, ein total verzerrtes Bild wieder. Es zeigt ne Situation, wo jemand 'n Spaten hebt, um einen Menschen zu erschlagen, und es stellt sich heraus, daß dieser Mensch überhaupt nicht erschlagen ist, und auch das, was vorher und hinterher da abgelaufen ist, überhaupt nicht in das Bild passt, was das Foto da vermittelt.

B:Es kommt doch darauf an, was daraus folgt. Es ist doch die Frage, ob das richtig ist, zu sagen, der Typ ist'n Schwein und der muß gejagt werden. Und sich deshalb im Gericht so zu verhalten und der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten, daß es unbedingt verhindert werden muß, daß der auch nur einen Ton sagt (Tobias Heldt). Und wenn der auch nur seinen Mund aufmacht, dann lauern wir dem auf! Im Prinzip müßtest du das ja bei den anderen Zeugen auch machen. Das ist ja ein Verhält-

nis Zeugen gegenüber oder Zeugenaussagen, was für mich sehr fragwürdig ist. Zumal das bei'm Typen ist, wo man zumindest nicht sagen kann, daß wär'n Bullentyp, oder daß der da Aussagen machen würde, wo wahrscheinlich überhaupt nicht im Raum stand, daß der da Aussagen macht, die die Angeklagten irgendwie belasten. Das finde ich hier auch gut formuliert von Kirsten: "Zwischen den Zeilen dieses Steckbriefes lese ich die Aufforderung an Heldt falsch oder gar nicht auszusagen, sonst? Sonst passiert ihm was? Oder?" Da mußt du dir jetzt überlegen, wie du andere Leute für den Prozeß interessieren willst und was du mit sowas erreichst? Ich finde, daß du damit garantiert nur das Gegenteil erreichst.

I:Na ja, die Sache hat ja ne Vorgeschichte, tatsächlich ist der Heldt 'n Schwein! Der ist ausdrücklich von Kollegen davor gewarnt worden, dieses Foto zu veröffentlichen und darauf hat er dann eine ähnliche Formulierung, jedenfalls wie die Kieler das sagen, gebraucht, daß er sagte, daß Foto sei ja nun mal autentisch. Und so'n Foto ist ja nur so ne 100stel Sekunde...und der Kontext, der stimmt ja überhaupt nicht. Für ihn waren die 20.000 Märker interessant, die er dafür bekommen hat und somit ist er auch jemand, den man jetzt nicht damit entschuldigen kann, er hätte aus Dummheit gehandelt.



Denn er ist ausdrücklich von Kollegen gewarnt worden, mach das nicht, vernichte die Fotos, das kann für Leute ganz böse Konsequenzen haben - der hats aber trotzdem gemacht, da setzt doch die Sache an. Aber da hab ich jetzt auch Schwierigkeiten mit, wie man sich so'nem Typen gegenüber verhalten soll. Aber der hat nun mal durch sein Foto ne Sache in Gang gebracht, die ohne das Foto ...

F: Ja, das ist ja unbenommen, die Frage ist nur, soll er zum Schweigen gebracht werden?

G: Ja, wie kommst du eigentlich darauf, daß er zum Schweigen gebracht werden soll?

F: Das war ja wohl das erklärte Ziel, ihn zu keiner Aussage kommen zu lassen.

G: Ja, o.k., aber ... die haben sich zum einen im Gerichtssaal empört und zum anderen ist dieses Plakat veröffentlicht worden. Wir haben auch schon reichlich Fahndungsfotos veröffentlicht...

Disput, jemand kennt das Plakat nicht, es wird rausgeholt und vorgelesen...

J: Also es hat zumindest soweit geführt, daß sie im Stern auf der letzten Seite ne Loyalitätserklärung gebracht haben für den Heldt, obwohl der Stern sonst ne andere Richtung hat. Wir kommen nicht daran vorbei, daß der effektiv bedroht worden ist.

A: Das Problem ist auch nicht so sehr die Sache mit der Bedrohung, sondern gerade mit der Authentizität von irgendwelchen Fotos, gerade die Tatsache, in welchem Zusammenhang diese Wahrheit eigentlich steht.

F: Ja, genau, und dazu habe ich auch was geschrieben. Die ganze Sache wird nicht diskutiert, und es wird sich nicht damit auseinandergesetzt, was da passiert ist, sondern der Typ soll zum Schweigen gebracht werden, da soll nicht drüber geredet werden, deshalb habe ich was von "peinlich vertuschen" geschrieben

A:Es soll auch nicht mehr darüber geredet werden, was da eigentlich passiert ist, sondern was an der Stelle wichtig gewesen wäre, wäre klarzustellen, daß eben das, was du als Wahrheit und was der Heldt als Wahrheit bezeichnet und was wahrscheinlich wir alle gezwungen sind, als Wahrheit anzuerkennen, nämlich, daß der mit der Schippe zugehauen hat, ob einer der Angeklagten das nun selber war oder irgendjemand anderes, daß da jemand mit der Schippe zugehauen hat, diese Wahrheit steht in einem bestimmten Zusammenhang von Machtverhältnissen, das ist es worum es geht.

F:Ich kann nicht immer vom 100sten ins 1000ste. Das ist für mich auch ne klare Kjste, das haben wir schon 220 Mal gesagt, daß wir auf Gerichte nicht vertrauen und daß dieser Staat und überhaupt... Du wirfst mir z.B. vor "Entsolidarisierung" von den Angeklagten, das find ich ne ganz persönliche Unverschämtheit mir gegenüber und das finde ich auch von den Kleiern mir gegenüber. So wie hier mit dem Begriff "Entsolidarisierung" umgegangen wird, ist wirklich schlimm. Wenn hier überhaupt jemand von "Entsolidarisierung" reden kann, dann sind das höchstens Markus und Michael.

K:Wenn jetzt gesprochen wird von Entsolidarisierung mit den Prozeßbesuchern, dann steht da für mich so ein Begriff wie Kadaversolidarität dahinter, daß man also alles, was sie getan haben, gutheißen muß.

A:Ne, darum geht es ja auch nicht. Es geht darum, daß in diesem Kommentar ne Politik zum Ausdruck kommt, und zwar in diesem Atomexpress zum ersten Mal, die tatsächlich zumindest den Eindruck erwecken kann, daß da "Entsolidarisierung" stattfindet.

B:lch glaube, daß das eher andersrum läuft, daß zu einem Zeitpunkt wie jetzt, da das Gefühl da ist, daß die beiden wichtigsten Prozesse so gut wie gelaufen sind, und daß man da nun auf den bisherigen Ablauf zurückblickt und feststellt, daß man einige Sachen hätte anders machen können. Und in dieser Erkenntnis steckt dann so was Schales drin. Und genau ein Ausdruck davon ist wohl dieser Kommentar. Eigentlich hätte der schon viel früher kommen müssen. In der Redaktion

haben wir das auch schon viel früher diskutiert gehabt, sind dabei aber zu dem Schluß gekommen, daß man sowas nicht machen kann.

H:lch wollte noch mal was anderes sagen, also das im Graben ist jedenfalls passiert und darum geht es und es geht nicht darum, dies abzustreiten, sondern darum, daß die Bewegung dazu sagt, was sie von der Situation hält, ob das nun eine Sache ist, die das Schlimmste von der Welt und zu verurteilen ist. Oder ob das ne Sache ist, woraus die entstanden und wie das passiert ist. Und daß es eben in einer Auseinandersetzung an einem Bauzaun zu sowas kommt und daß aber die Gegner ganz andere Sachen machen. Es geht nicht darum abzustreiten, daß hier ein Bulle geschlagen worden ist, sondern es geht darum, was für eine Situation wir hier haben...

Bandwechsel, schade jetzt wurde es mal wirklich interessant....

...aber jetzt einfach daraus so pauschal zu sagen, hier, du bist für mich gestorben, das finde ich ziemlich gefährlich. Daß wir nicht mehr in der Lage sind, unter uns in der Bewegung wirklich Probleme und unterschiedliche Meinungen und Vorgehensweisen so zu diskutieren, daß wir trotzdem als Gruppe weiter geschlossen gegen die eigentliche Front kämpfen, sondern daß wir oftmals vielmehr unter uns kämpfen als gegen den wirklichen Gegner. Diese Entwicklung ist sehr gefährlich! Das zeigt sich auch an der Entwicklung beim autonomen Friedenskongress – da werden Fronten, ja Welten, zwischen Leuten aufgebaut, die das gleiche Ziel verfolgen.

Comment as zun Commenter

Also ich will zu meinem "Kommentar zum Öffentlichkeitsausschluß" nochmal was sagen.

Ich hab' mit vielen darüber geredet. Die einen fanden ihn okay, die anderen waren sehr kritisch... dazu auch der Ausschnitt aus der Diskussion. Die einzelnen Kritikpunkte können besonders dem ersten Beitrag dieser Diskussion entnommen werden. Ich will mich in einer Antwort auf einige Punkte beschränken.

Also zum einen ganz, ganz deutlich: Meine Solidarität mit Markus und Michael (und allen anderen Angeklagten)ist unbegrenzt und uneingeschränkt durch "Wenns" und "Abers". Eigentlich schlimm, daß ich das noch mal sagen muß.

Ja, und nun zur Kritik: Ich hatte immer das Gefühl, wenn ich über den Prozeßablauf berichtete dadurch daß ich sehr umfangreiches Material und viele Gespräche über die Prozeßtage hatte, daß ich mich gut "auskennen" würde, sozusagen "immer dabei" gewesen bin. Aber genau das stimmt eben nicht und da liegt sicher ein grundlegender Fehler, den ich gemacht habe.

Den Unmut, den ich beim Lesen der Berichterstattung des Hamburger "Prozeßinfos" besonders bei Nr.5 empfunden hatte, habe ich auf das Zuschauerverhalten an sich übertragen. Außerdem spielten in den Kommentar die Erfahrungen und z.Teil Voruteile früherer Zeiten mit den sog. "Autonomen" rein, wovon ich mich leider nicht freimachen konnte. Was ich eigentlich nicht wollte, persönliche Anmache nämlich,

scheint leider genau als solche verstanden worden zu sein. Zurück erfahren habe ich ebensolche, zeitweise ohne daß es noch um inhaltliche Kritik ging. Ich habe schon das Gefühl gehabt, daß weitestgehend alles, was man mißverstehen wollte, mißverstanden worden ist.

Schade ist auf alle Fälle, daß es schon soweit zu sein scheint, daß die Leute, die beim Lesen "Ekel" empfunden haben (wie mir über Dritte erzählt wurde), weder mündlich noch schriftlich ihren Ekel mir (uns) gegenüber in Worte gefaßt haben, weil sie glauben, das bringe nichts, oder wir würden das sowieso nicht abdrucken. Das stimmt nämlich nicht!

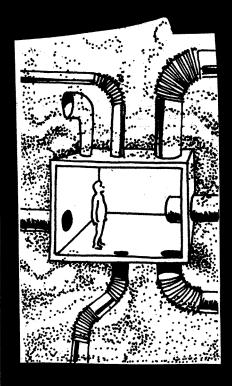
Im Nachhinein ist es schwierig, eine theoretische Einschätzungssache und eigentlich müßig zu sagen, mit einer anderen Prozeßtaktik sprich auch Verhaltensweise des Publikums, wäre dieses nicht rausgeflogen. Ich bin mir da heute auch zumindest nicht mehr so sicher, nach den ganzen Sauereien, die sich Selbmann so von Verhandlungstag zu Verhandlungstag erlaubt. Trotzdem finde ich nach wie vor, daß Kritik an und Auseinandersetzung über Prozeßtaktik grundsätzlich möglich sein muß auch und gerade von "Außen" und nicht automatisch eine "Entsolidarisierung" bedeutet! Schließlich hatte es vorher 'nen Öffentlichkeitsausschluß für die gesamte Beweisaufnahme selbst bei Stammheim-Prozessen noch nicht gegeben - und die sind nicht zimperlich geführt wor-

Heute allerdings den Öffentlichkeitsausschluß nebst Presse bei Herberts Prozeß (wegen eines simplen Zwischenrufs einer Zuschauerin) als Beweis dafür zu nehmen, daß die Gerichts-Herrscher sowieso grundsätzlich mit uns machen, was sie wollen, finde ich zumindest fragwürdig!

Ich wollte übrigends den Widerstand des Publikums nicht auf den/die Farbbeutel reduzieren (ist doch klar, daß an den Tagen vorher auch andre Sachen gelaufen sind), ich hatte diese als krasses Beispiel gewählt für eine bestimmte Form der Prozeßführung, mit der ich mich auseinandersetzen wollte. Auch so ein "Mißverständnis"...

Klar dachte ich, trotz alledem, daß inzwischen rübergekommen sein sollte, daß ich in der Tat empört bin über den Öffentlichkeitsausschluß. Und zwar über Selbmann und Konsorten!

Und dann nochmal zur "Authentizität". Mir ist durchaus bewußt, daß das Foto von Heldt aus dem Zusammenhang gerissen worden ist, und daß es als "Propagandafoto" der Gegenseite benutzt wird. Wir haben diesmal unseren Artikel aus Nr. 24 "Die verlogene Moral von Heuchlern" nochmal mit abgedruckt. Ich kann das, was ich unter Authentizität verstehe und die ganze Problematik, die sich darum rankt nicht besser formulieren als damals. Und weiter wollte ich nichts sagen. Es soll sich damit auseinandergesetzt werden. Da nützt es nichts einem "Denunzianten" Heldt das Maul abzudrehen. Der hat seine Sichtweise (oder auch nicht, wie wir gesehen haben). Und dann gibt es noch das, was wir zu sagen haben, und ich denke, da gibt es Widersprüche - das hat die Berührungsangst mit diesem Prozeß gezeigt - die nicht weggewischt, sondern klar und deutlich gesagt werden müssen!!



Der Prozeß gegen

Markus & Michael

Es wird weiter verhandelt.

Nach zweitägigem Kampf um Einstellung des Verfahren wegen grundlegender Verfahrensfehler -Selbmann hatte Vertreter von "TAZ" und der "Neuen" aus dem Saal gewiesen, deren Klage war bis zum Bundesverfassungsgericht gegangen, das daraufhin eine Rüge an Selbmann schickte (vergleiche letzten Atomexpress) - wurde ab dem 27. Verhandlungstag die Beweisaufnahme nach wie vor ohne Öffentlichkeit weitergeführt. Verteidiger und Angeklagte sollen so tun, als ob nichts gewesen wäre. Seibmann scheint es egal zu sein, ob sein Urteil – gleich wie es aussehn mag – aller Voraussicht nach vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben wird. Erdulden müssen ein neues Verfahren nur Michael (seit über einem Jahr in Isolations-"Untersuchungs"-Haft in Neumünster!!) und Markus ...

Die "Hauptbelastungszeugin" oder wie Polizel, Staatsanwaltschaft und Gericht eine AKW-Gegnerin als Belastungszeugin aufbauen

Uschi aus Brunsbüttel wurde am 9.2., das war am

Uschi aus Brunsbüttel wurde am 9.2., das war am 31.Verhandlungstag, das erste Mal vernommen.

21

Sie war am 28.2.81 mit zwei Bekannten zur Demo gefahren, und die drei haben auf dem Rückweg Markus beim Trampen mit genommen. Während der Fahrt haben Uschi und Markus auch über die Demo geredet, u.a. hat Markus Uschi über eine Auseinandersetzung eines Polizisten mit Demonstranten in einem Graben erzählt. Uschi hat dann ein paar Wochen später einem Bekannten namens Lischke gegenüber im Zusammenhang mit dem Stern-Foto erwähnt, daß sie davon von Markus schon was gehört hat. Dieser Bekannt wiederum, von Beruf Rechtspfleger, erzählte dies in Zusammenhang mit der Belohnung (die Fahndung war ia eine Zeitlang Tagesgespräch) einem Bekannten von ihm, der bei der Staatsanwaltschaft Itzehoe beschäftigt ist, und dieser wiederum eilte sofort zur Staatsanwaltschaft und teilte ihr das dienstbeflissen mit.



Darauf erschienen am 26.3. zwei Kripobeamte bei Uschi im Betrieb, ließen sie durch den Werkschutz aus der Kantine holen und vernahmen sie rund zweieinhalb Stunden. Durch das daraus entstandene Protokoll wurde Uschi für die Staatsanwaltschaft erstmal zur Hauptbelastungszeugin.

Geben Sie doch zu, daß Sie den Mörder

Die Aussage jetzt von Uschi:"Am 26.März wurde ich vom Werkschutz in der Mittagspause vor den Augen der Kollegen aus der Kantine abgeführt. Ich wurde in einen Raum geführt, in dem zwei Kriminalbeamte warteten. Sie legten mir das Stern-Foto vor und sagten mir, sie ermittelten wegen versuchten Mordes an einem Polizisten. Der vernehmende Beamte herrschte mich an: "Geben Sie doch zu, daß Sie den Mörder Markus Mohr kennen, wir haben ohnehin genügend Beweise gegen ihn in der Hand. Sie können ihn mit Ihrer Aussage nur entlasten. Falls Sie die Aussage verweigern, werden Sie vor ein Gericht geladen!" Mit diesen Worten wirkten die Beamten auf mich ein!"

Zu Beginn der gerichtlichen Vernehmung verlas Uschi eine Erklärung, worin sie betonte, daß die Formulierungen des Protokolls der Vernehmung – aufgrund derer Markus dann einen Tag später verhaftet wurde - nicht von ihr gekommen wären. Weiterhin erklärte sie, daß sie sich als AKW-Gegnerin in diesem Prozeß nicht funktionalisieren lassen wollte. Sie schilderte, wie das Verhör ablief und wie sie in ein praktisch vorgefertigtes Protokoll gedrängt wurde. Auf die frage, warum sie das Protokoll dann unterschrieben habe, antwortete sie, sie sei zu ausgeregt gewesen, um es durchzulesen. Deshalb habe sie es nur überflogen. "Ich fühlte mich durch die **be**amten unter Druck gesetzt."

Sie sagte während des gesamten Verhörs habe sie sich stark verunsichert und bedroht gefühlt; die Beamten hätten ihr oft die Antworten vorgegeben, und daß sie im Nachhinein, als sie das Protokoll später gelesen habe, entsetzt darüber war, welche Aussagen sie angeblich gemacht haben soll. Sie habe z.B. nie gesagt, wie im Protokoll behauptet, daß für sie klar war, oder sie gesagt habe, Markus sei am Grabenvorfall beteiligt gewesen. Sie könne sich heute weder daran erinnern, daß Markus beispielsweise eine Schaufel bei sich gehabt habe, noch bei der polizeilichen Vernehmung so etwas zu Protokoll gegeben zu ha-

Selbmann hörte sich die Erklärung mit gleichgültiger Miene an und sagte irgendwann später nur dazu, daß er nicht verstehe, warum Uschi sich so bedroht gefühlt habe. Selbmann: "Wer nichts zu verbergen hat, braucht auch keine Angst zu haben.

Dann nahm er Uschi ins Kreuzverhör. Er verhielt sich auf der einen Seite als loyaler Richter, der der Zeugin ruhig und gelassen die Fragen stellt und ihr Zeit läßt, darauf zu antworten, und versuchte sie auf der anderen Seite durch seine geschickt formulierten Fragen total zu verunsichern. Er ging sogar so weit, daß er von Uschi dauernd verlangte, sie solle selbst vergleichen, was im Protokoll stehe, was sie damals gesagt habe, und wie sie den Vorfall aus ihrer heutigen Sicht sieht.

Die Befragung fand auf einer Ebene statt, auf der Selbmann sich wohl fühlt, auf der die ganze politische Frage (z.B. Praktiken der Kripo beim Verhör) keinen Platz findet. Die Befragung Uschis zielte wohl in erster Linie darauf hin, sie unmöglich zu machen und ihr dazu noch ein Meineidsverfahren anzuhängen, ein-



mal weil die jetzige Aussage Uschis der Staatsanwaltschaft den Boden unter den Füßen wegzieht, da sie sich zum Großteil auf das Protokoll stützt, zum anderen, um innerhalb dieses verfahrens noch eine AKW-Gegnerin zu demoralisieren und fertig zu machen. Bei der Vernehmung Uschis am 18.2. unterstrich und wiederholte sie nochmal, was sie am 9.2, gesagt hatte. Ihr wurden dann noch konkret einige Punkte aus dem Protokoll unter die Nase gerieben, von denen sich ihre jetzigen Aussagen unterschieden. Diesmal wollte Selbmann darauf hinaus, daß er nicht verstehe, daß Uschi als AKW-Gegnerin und "Genossin" Markus' diesen beim ersten Verhör derart belastet habe, ohne daß da "was Wahres dran" sein sollte. Uschi konnte nur nochmal unterstreichen, wie die Beamten die Aussagen hingebogen haben und in welcher Situation das Verhör stattgefunden hat.

Die Vernehmung Uschis und ihre Rolle in diesem Prozeß zeigen deutlich, wie das Gericht auf einer taktischen und tückischen Ebene versucht, AKW-Gegner zu Belastungszeugen aufzubauen, indem es sie beim Verhör so in die Zwickmühle zu nehmen versucht, bis die Aussagen für die Anklage verwertbar sind. Grade für Menschen, denen die Atmosphäre eines solchen Prozesses fremd ist, die sich sonst nicht mit solch einer Justiz und ihren Hintergründen auseinandersetzen, ist es besonders schwierig, vor Gericht Stärke und Klarheit zu bewahren, sich nicht auf diese Ebene einzulassen und sich nicht unter Druck setzen zu lassen.

Gerade bei uschi zeigt sich auch, wie wenig wichtig in solchen Prozessen der einzelne Mensch ist, wie man an die Öffentlichkeit gezerrt wird und noch durch die bürgerliche Presse mit Schlagzeilen wie "Hauptbelastungszeugin kippt um" fertig gemacht wird. Der Zusammenhang, aus dem diese Vernehmung entstanden ist, zeigt auch, wie wichtig es ist, gegenüber Polizei und Justizorganen ertsmal den Mund zu halten, sich zunächst Rechtsbeistand einzuholen ... dann kann man den Mund immer noch aufmachen, wenn man muß!

Die Sonderkommission Brokdorf

Die "Soko Brokdorf" wurde bereits eine Woche vor der Demo am 28.2.81 auf Anweisung des Kieler Innenministeriums gebildet.

Zwei Beamte dieser Truppe vernahmen auch Uschi: Bernd Sabin und Jürgen Böhlke.

Sie hatten den Ablauf des Verhörs natürlich in anderer Erinnerung. Zum Zustandekommen des Protokolls sagte der eine Kriminalhauptkommissar: "Zur Protokollierung habe ich lediglich Vorformulierungen gemacht, die dann von Fräulein P. entweder bejaht oder kritisiert und dann entsprechend verändert wurden, Auf die Frage der Verteidigung, ob er sich beispielsweise zur "Soko" freiwillig gemeldet habe, verweigerte der Beamte unter Hinweis auf eine beschränkte Aussagegenehmigung die Auskunft. Die Beantwortung hätte womöglich ein bezeichnendes Licht auf Erkenntnisinteresse und -eifer des Beamten geworfen. Während Selbmann zunächst der Meinung war, daß diese Frage zulässig wäre kippte er um, als ihm ein Schreiben der Dienststelle des Landeskriminalamtes vorlag. Vorgesetzter Schwan erteilte seinen Beamten Sabin und Böhlke keine Aussagegenehmigung, da dies eine vom Kieler Innenministerium eingesetzte Kommission sei. Nicht reden dürfen sie über Größe, Art und Umfang ihres Sondereinsatzes. Nicht einmal an der Ermittlung beschäftigte Beamte dürfen genannt werden!

Die eingeschränkte "Aussagegenehmigung" wurde besonders am 40.Prozeßtag zur Farce

Sabin sollte zu Spurenakten aussagen, die die Kripo anläßlich der Kopfgeldfahndung anlegte. Eigentlich hätte er dieses auch "dürfen", zog sich aber fast bei jeder Frage ziemlich pampig hinter ein angebliches Verbot zu-

Das Spielchen mitmachen hätte für die Verteidigung bedeutet: Fragen formulieren, zu Protokoll geben, Aussagegenehmigung einholen. Natürlich immer mit der Möglichkeit, daß der ferne Herr Schwan keine Erlaubnis erteilt (die hätte man dann vor dem Verwaltungsgericht einklagen können ...) usw.

Das erschien unerträglich, da dies die Aufklärungspflicht sowie die Wahrheitsfindung behindert hätte, dann könne man gleich ein schriftliches Verfahren einführen und müsse nicht in Itzehoe rumsitzen.

Klar wurde an diesem Tag, daß Selbmann nicht das geringste Aufklärungsinteresse in dieser Richtung hatte, im Gegenteil! Die Verteidigung warf ihm vor, daß er sich nicht nur von außenstehenden Instanzen in den Prozeßablauf eingreifen lasse, sondern vor ihr kapituliere.(von wegen Unabhängigkeit der Gerichte ...!d.S.)

Weitere Zeugen zum Grabenvorfall oder "Wie auf den Panzer einer Schildkröte"!

Zwischen dem 29. und dem 44. Verhandlungstag wurden noch mehrere Zeugen zum Grabenvorfall vernommen, Insbesondere die. die sich auf den Aufruf in der "TAZ" bei den Rechtsanwälten gemeldet hatten.

Sie schilderten ausführlich und eindrucksvoll. wie sie die Demostration empfunden hatten. Matthias aus Hamburg und Günter aus Lübeck bezeugten beide, wie ca. 10 Polizisten einen Demonstranten total zusammengeschlagen haben und auf ihm rumtraten. Die Menge schrie daraufhin empört: "Mörder, Mörder!" kurz danach bzw. schon währenddessen ereignete sich Schütts "Grabenrein-

Selbmann: Wie war die Geräuschkulisse zu diesem Zeitpunkt?"

Günter: es waren sehr viele gefühlsmäßige Ausbrüche da. Während der Demonstrant, der verprügelt wurde, nur einen Pullover anhatte, wirkten die Schläge auf den Polizisten wie Schläge auf den Panzer einer Schildkröte. Die Situation um den Demonstranten wurde viel bedrohlicher empfunden, als die Situation um den Polizisten."

Die Zeugen bestätigten alle, daß Schütt mit schlagbereitem, erhobenem Knüppel einen Demonstranten verfolgt hatte und dabei in den Graben gefallen war. Schütt wollte ans Ufer, bekam dort die Schläge, die der Pressefotograf Tobias Heldt auf Zelluloid bannte und dessen Fotos die Auslöser der bundesweiten Fahndung nach den "Mördern von, Brokdorf" waren. Schütt krabbelte schnell auf allen Vieren an das andere Ufer und ließ sich von Demonstranten "aus dem Wasser helfen".

Dann wurde er von Demontranten erneut umringt und geschlagen. Zum ersten Mal machte er einen "benommenen" und "angeschlagenen" Eindruck. Andere Demonstranten bildeten eine Kette um Schütt, um ihn zu schützen, und brachten ihn zur Krankenstation bei

Ein weiterer Zeuge zum Grabenvorfall, Axel aus Bremen, war in ähnlicher Weise wie Uschi von zwei Kripobeamten vernommen worden. Seine Adresse war bekannt, weil er einer der Leute gewesen war, die Schütt zur Sanistation begleitet hatten. Der "lebensgefährlich" verletzte Schütt hatte dort nichts besseres zu tun gehabt, als einige nach ihren Adressen zu fragen (und nicht nur daß, telefoniert und den Verlust seiner Knarre bekannt geben, hatte er auch noch! d.S.) und Axel hatte seine ziemlich naiv gegeben: "Ich dachte, der Beamte ist ehrlich und wollte mit mir noch mal sprechen, und ietzt sitze ich hier!"

Die beiden Vernehmungsbeamten hatten zu ihm gleich eine Schreibmaschine mitgebracht und davon gesprochen, daß sie in Sachen des versuchten Mordes ermittelten, und daß der Polizist einen Schädelbasisbruch habe! Auch Axel hatte laut Protokoll völlig andere Angaben gemacht, als er den Vorfall ietzt im Gerichtssaal schildert. Als ihm dieses vorgehalten wurde, meinte er, das sei wohl widersprüchlich, er könne dies aber nicht auflösen. Er bleibe bei seinen heutigen Aussagen, zumal er sich an die damalige Vernehmung kaum mehr erinnern könne. Es war ihm nur nervig gewesen, die Polizei im Haus zu haben. da er sowieso Streit mit seinen Eltern hatte über die Teilnahme an der Demonstration.

Unsere Gegner gegeneinander oder wer lügt

Im dicken Mercedes mit Chauffeur und Leibwächter erschien der oberste aller "Freunde und Helfer" von Schleswig-Holstein, der Direktor des Schutzpolizeiamtes Kiel, Walter Schmidt. Seine Ladung war auf Antrag der Verteidigung erfolgt, da er in einem Zeitungsartikel des "Hamburger Abendblattes (siehe Ausschnitte) z.T. wörtlich zitlert wird. Der Artikel selbst schaffte das nötige Klima nach der Demonstration, um anderthalb Wochen später die "Mordversuchsfahndung" durchziehen zu können.

Polizei: Wer auf Wehrlose einschlägt...

s), Brokdorf war keine friedliche emonstration66

Kliniken Tubringen, drei weitere betinden sich inzwischen in ihren Heitinden sich inzwischen Schmidt: "imtinden sich inzwisern. davon 40 über
mat-Krankenhäusern. davon 40 über
verlette Polizisten, daß sie tun
verlette So schwer, daß sie tun
verlette Tage keinen Dienst tun
mehrere Tage keinen Ausdruck
mehrere verbieten den Ausdruck
friedlich."

friedlich. ::: uas eiskalte Wasser

In einem Elmshorner Krankenhaus liegt seit Sonnabend der saar-Roli ländische Polizeiebermeister Sch (27) mit einem schweren Hirntrauma, Prellungen, Schnittwunden und lebensgefährlicher Unterküh-lung. Als der junge Schnebendagsbeiten Sonnabendnachmittag mit Etrehoer Reitungshubschrauber Kreiskrankenhaus geflogen worden wunderte sich der dortige war, wunderte sich und Chefarzt, daß der schwerverletzte Chefarzt, daß der schwerverletzte Polizist überhaupt noch am Leben Polizist überhaupt mehren Walter Polizeidirektor Schmidt gegenüber dem Hamburger Abendblatt und Polizeiein-nen die Auseinandersetzungen hin und her gingen, war der saar-ländische SEK-Mann auf der vereisten Straße ausgeglitten.

Was dann folgte, schildert Polizeidirektor Schmidt dem Hamburger
Abendblatt: "Ein Trupp militanter
Demonstranten schleifte den Beamten in den nahen Wassergraben. Während einige mit Latten und Während einige mit Latten und Stangen auf den Wehrlosen einschlugen, drückten ihn andere mehrfach in das eiskalte Wasser. Auf dem Weg zu einem nahe gele-

genen Bauernhof wurden der begenen bauermot warden det völlig reits schwer verletzte und völlig durchnäßte Polizist und seine "Bewacher" noch einmal überfallen und furchtbar zusammengeschlagen", so Walter Schmidt. Zur Demonstran-ten-Szene gehörende Arzte in dem Bauernhof alarmierten dann den Rettungshubschrauber. Schmidt: "Laßt ihn in Ruhe, der kommt doch nicht durch", sollen die Arzte im Bauernhof gesagt haben. Es sel nicht auszuschließen. daß die milltanten De-milltanten als monstranten den SEK-Mann Wal-monstranten wollten, meint ersi Geisel nehmen wollten, meint ersi ter Schmidt, und ibren wegen sei-ter Schmidt, und ibren wegen sei-aufgaben, als der Polizist wegen sei-aufgaben, als der Polizist verletzun-ter lebensgefährlichen Tauschobiekt aus der Polizist wegen seiner Jebensgefährlichen Tauschobjekt ner kein geeignetes Tauschobjekt mehr mehr sten

mehr war.

Schmidt hatte der - ihm schon vorher bekannten - Reporterin ein "Telefoninterview" gegeben, stritt in der Vernehmung jetzt ab, die wörtlichen Zitate jemals so gesagt zu haben. Eine Gegendarstellung wäre von ihm aus nicht erfolgt, weil es sich ja "ohnehin nicht lohne...". Frau Meyer habe die Formulierun-"furchtbar zusammengeschrieben" meinte er dann. Angeblich hätte er bei ihr mal angerufen, sie sei aber nicht da gewesen. RA Tode trug dann sehr ruhig und präzise vor, daß in einer sehr seriösen Zeitung er (Schmidt) als ein sehr hoher Polizeibeamter direkt zitiert werde; Zitate, die so ja nie von ihm gemacht worden seien. Für ihn als Verteidiger stelle sich da die Frage, was er gerade unternommen habe, in seiner Funktion, um

diese falsche. Darstellung aus der Welt zu



schaffen.

Das Gutachten des Prof. Michaelis

Heute, am 48. Verhandlungstag, kam endlich, nach mehrmaligen Verzögerungen, der große Auftritt des Gutachters Dr. Michaelis - von den Prozessbesuchern nur noch "Psycho-Ratte" genannt. Er war von Richter Selbmann als Gutachter herbeigezogen worden, um festzustellen, inwieweit Michael, bei der ihm unterstellten Tat, "voll zurechnungsfähig" war, oder ob es Gründe, krankhafte oder vorübergehende, gibt, die Anlaß für eine Strafminderung wären. - so die offiielle Version des Gerichtes.

Dieses Herbeiziehen eines Gutachters war gleich am Anfang des Prozesses von der Verteidigung abgelehnt worden, da es hier fatal nach einer Psychiatrisierung politisch Andersdenkender roch. Immer wieder kam uns der Verdacht auf, daß wenn man Michael schon nicht anhand von Beweisen, dann doch mit Hilfe eines Gutachtens verurteilen kann.

Neben der berechtigten Sorge, daß es hier kein objektives Urteil geben würde, da es ja keine richtige Grundlage zur Erstellung eines Gutachtens gab, zeigte sich dann auch, daß dieser Dr. Michaelis ein persönliches Interesse an politisch Andersdenkenden, wie zum Beispiel AKW-Gegnern, hat. Für ihn stand Michael von vornherein als Täter fest.

Für einen Psychologen mögen die gebrachten Formulierungen tatsächlich "wertfrei" sein, da sie ja alles in irgendeine festgelegte Formulierung bringen aber für einen Laien, wie sie die Schöffen und Richter nun einmal sind, muß dies zwangsläufig ein anderes Bild ergeben. Für einen Psychologen mag dieses Gutachten auch auf viele andere Menschen zutreffen, für den Laien wird aber Michael in ein Licht gerückt, daß ihn tatsächlich als den potentiellen Täter erscheinen läßt.

Somit wird dieses Gutachten, mit seiner Wirkung auf das Gericht (ob objektiv mag dahingestellt sein), zum zweiten Belastungspunkt neben den Fotos und der fragwürdigen Methode des Herrn Binek.

Markus las zunächst seine Erklärung vor und stellte den Antrag, während des Vortrages von Michaelis, ausgeschlossen zu werden. Michael stellte den selben Antrag, und verwies noch darauf, daß er ansonsten sicherlich die Verhandlung stören müßte. Wie zu erwarten, wurde dem Antrag von Markus stattgegeben, dem von Michael nicht. Markus bliebt daraufhin aus Solidarität doch im Gerichtssaal. Als Michaelis anfangen will, wird er jedoch von Michael unterbrochen, der es vorzieht, seinerseits mit lauter Stimme ein Flugblatt zu verlesen. Nun endlich "darf" auch Michael den Gerichtssaal verlassen, allerdings nur bis in seine Zelle. Markus ging jetzt auch.

Dann konnte Michaells endlich seinen Vortrag beginnen, nachdem ihm noch Nachts von Sympis ein Geschenk in Form einer Stinkbombe gemacht worden war.

Zunächst gab er einen geschichtlichen Vorspann und verwies dann darauf, daß Michael keine Aussage zur Sache gemacht hat. Dabei sei seine Beurteilung allein auf sein Verhalten im Gerichtssaal beschränkt, ferner auf Fotos und beschlagnahmte Briefe. Dann das erste Ergebnis:

"Wenn der Beschuldigte auch zeitweise für den Laien durch sein Verhalten und zeitweise Form der Erregbarkeit etwas Befremdliches hervorruft ... so gibt es doch keine Hinweise auf das Vorhandenseln einer Psychose, keine Zeichen von Wahn, Halluzinationen oder psychotischer Persönlichkeitsvorstellungen ... Er ist nicht geisteskrank!"

Dafür hätte man diesem Gutachter auch nicht soviel Kohle rüberschieben brauchen, das wußten wir auch vorher. Damit hätte er ja eigentlich seine Untersuchung abschließen können, aber nun kommt sein persönliches Anliegen. Zuerst verweist er auf die Grundtendenz in Michaels Verhalten:

"Er hat Schwierigkeiten, sich sozialen Normen und Notwendigkeiten anzupassen." (hätte er wohl gerne)

Bedeutungsvoll ist für ihn denn auch noch die "Dauerhaftigkeit der Einstellung von Haftantritt bis heute in der Artikulation seiner Briefe".

Hier hat er immer darauf hingewiesen, daß er nicht bei der Demo war, und daß die Leute, die ihm den Prozess machen, Vertreter einer Schweinegesellschaft sind und daß er im Knast mißhandelt wird. Dies erscheint ihm wohl sehr suspekt, man hätte wohl lieber ein Umkippen in Michaels Verhalten gesehen - endlich wissen wir, wozu diese Haft da ist.

"Insgesamt zeigt sich darin eine Lebenseinstellung, die sich aus Zügen von Fanatismus, Infantilität, Mangel an Realitätsbezug, und damit verbundener Bindungslosigkeit gegenüber staatlichen Ordnungsprinzipien und Gesetzen ... konstelliert.

Offenbar hat diese Einstellung, die auch Denkweise einer bestimmten gesellschaftlichen Minderheit entspricht, und deshalb eine ideologische Erhöhung erfährt, bei Herrn Duffke die Funktion einer Lebensbestimmenden seelischen grundlegenden Situation." Damit sind wir mal wieder alle potentielle Täter.

"Weil diese Einstellung sich auf elementare Faktoren des Miteinanderumgehens der Menschen, auf soziale Normen, Ordnungsprinzipien und Disziplin bezieht, also gleichsam die sozialen Kategorien des Menschen betrifft, kann man sie gleichsam als parasoziale oder dissoziale betrachten. Wobei parasozial heißt - neben der Gesellschaft lebend - und dissozial neben der Gesellschaft mit kriminellen Zügen lebend."

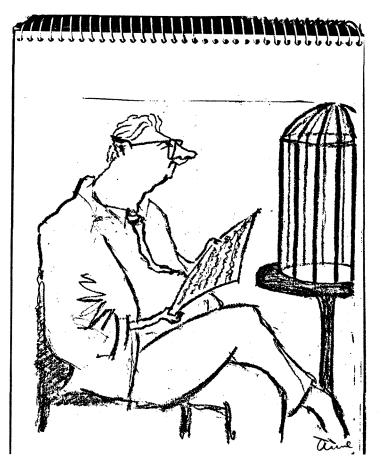
Hier kann ja wohl ganz stark angezweifelt werden, daß sich das Gutachten hier auf Michael bezieht, sondern auf die Vertreter einer gesellschaftlichen Minderheit insgesamt. Stärker kann sich eine Befangenheit wohl kaum offenbaren, indem er uns alle krimineller Züge bezichtigt.

Neben dieser Grundeinstellung stellt er zwei sich drastisch unterscheidende Phasen in Michaels Verhalten fest: 1. Ein auffälliges Verhalten fällt mit Zulassung der Öffentlichkeit zusammen.

2. Ein unauffälliges Verhalten nach Ausschluß der Öffentlichkeit.

Und das ist der Punkt, wo es erst richtig losgeht.

In dieser ersten Phase, als Michael noch Unterstützung durch das Publikum bekommen konnte, konstatiert



ihm Michaelis:

"deutliche Aggressivität, Temperament mit leicht ansprechender Affinität, seelische Labilität, Tendenz zur Sich-zur-Schaustellen, Querulantentum (unrealistisches Gerechtigkeitstreben), Fanatismus, Sensibilität, Sensitivität, Pseudologismus (sich etwas vorlügen und es auch noch glauben)."

Dann führt er einige Punkte an, z.B. als Michael zu Inge in den Zuschauerraum springt, die dies belegen sollen.

"In besonderen Situationen kam es zu einer so Hochgradigen Intensivierung komplexen Verhaltens, daß wir Dekompensation des seelischen Gefüges erleben konnten, die fast an eine Desintegration der Persönlichkeit, eine Auflockerung der Ich-Grenzen, also an ein Verhalten erinnerte, wie wir es bei Psychotikern aber auch bei Hysterikern kennen, und das beim Betrachter bisweilen schon Befremden auslöste."

Im gegensatz zu dieser durch Aggressivität gekennzeichneten Phase steht Phase 2:

"Überraschenderweise sind im allgemeinen nur noch Rudimente (Bruchstücke) der vorher geschilderten Verhaltensphänomene zu erkennen. Die Grundeinstellung hat sich nicht geändert, aber die gesteigerte Affektivität, war nicht mehr erkennbar. Es ensteht der Eindruck eines Desinteresses am Prozess ... Es hat sich qualitativ nichts geändert, wohl aber quantitativ."

Danach kommt er auf den konkreten Tatvorwurf zu sprechen:

"Dann haben wir zu prüfen, ob die sich bei dem Angeklagten beschriebene Situation sich intensivieren und damit für die Tat infrage kommen und ob sie die Tat beeinträchtigt haben? Erregbarkeit, Sensibilität und Sensitivität sind als relevant zu wertende Glieder zur Schuldminderung auszuschließen .. Dagegen kann man davon ausgehen, daß die Aggression eine besondere Rolle gespielt hat, ebenso Querulantentum. Geltungsbewußtsein und -Sucht kann angesichts der großen Menschenmenge ausschlaggebend gewesen sein ... Aggression läßt sich unmittelbar aus dem unterstellten Tatumstand ablesen. Aggression als Form der Selbstverteidigung (denn der Polizist war ja hilflos) kánn ausgeschlossen werden, Aggression als Folge von Angst läßt sich nicht erkennen. Daraus wird ersichtlich, daß es sich dabei um einen aggressiven Impuls aus sich heraus handeln muß."

Und dann kommt der Rundschlag, der für Michael üble Folgen haben kann: Er geht dabei auf die Faktoren der Massenpsychologie bzw. kollektiven Verhaltens ein:

"Da auch solche Faktoren (kollektives Verhalten) Einfluß auf die Herrn Duffke unterstellte strafbare Handlung ausgeübt haben können und theoretisch exculpierenden (entiastenden) Charakter haben könnten. Aus Kompetenzgründen will ich mich nicht mit den Entstehungstheorien kollektiven Verhaltens und nicht mit seinen Erscheinungsformen beschäftigen, sondern nur kurz auf die Rolle der Gewalt im Rahmen kollektiven Verhaltens eingehen: Militanz und Gewalttaten in Verbindung mit Massenbewegungen sind nicht selten. Das gemeinsame Tun erleichtert offenbar die Freisetzung von aggressiven Triebmomen-

Persönliche Erklärung von Markus Mohr

Michael Duffke mußte sich während des gesamten Prozesses von einem psychatrischen Gutachter beobachten lassen, der alle seine privaten Regungen und sein sonstiges Verhalten aufmerksam registriert hat. Er hat für die Aufgabe pro Tag mehrere hundert DM erhalten und wurde von Ihnen, Herr Selbmann, angeblich "vorsorglich" für dieses Verfahren gegen Michael Duffke bestellt, in der Hoffnung, dadurch möglicherweise Ihrer Verantwortung als verurteilender Richter entgehen zu können, indem Sie bei Ihrer Urteilsbegründung einfach aus einem psychatrischen Gutachten über Michael abschreiben.

Sie stellen sich durch die Zuhilfenahme der Psychatrie gegen politische Gegner in eine merkwürdige Allianz mit Personen, die z.B. in der Sowjetunion der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner dadurch enthoben werden, indem diese einfach für verrückt erklärt werden. Diese "kranken" Menschen versucht man dann mit ein paar Tabletten und einer medizinischen Spezialbehandlung in Irrenanstalten die richtige Perspektive vom dortigen Gesellschaftssystem zu verschaffen.

Auch in der Geschichte dieses Landes ist Ihre Maßnahme, die Sie als "vorsorglich" deklariert haben und die doch ganz andere Zwecke verfolgt, leider nicht ganz ohne Beispiel: Auch für Ulrike Meinhoff war eine Zeit lang ein psychatrischer Gutachter vor dem Stammheim-Verfahren vorgesehen, was jedoch aufgrund des Protestes vieler Menschen nicht durchgeführt worden ist. Unser Widerstand, den wir nach unseren Vorstellungen und bescheidenen Möglichkeiten und vor allem nach unserer eigenen Moral versuchen durchzuführen, ist keine Krankheit, Herr Selbmann, sondern berechtigt und notwendig angesichts – der fortschreitenden Zerstörung der natürlich gewachsenen Le-

benszusammenhänge in der Wilster Marsch durch AKW's und Chemie-Industrie – der hunderten von Millionen Menschen in der dritten Welt, die für schwarzen Bilanzen einiger multinationaler Konzerne mit

deutscher Beteiligung wie z.B. die Bayer AG, um ihre Lebensbedingungen gebracht werden.

 der ständig aggressiver werdenden Kriegspolitik der USA und ihrer Büttel hier in meinem Land, die einen Atomkrieg in naher Zukunft immer wahrscheinlicher werden läßt. Kriege und Umweltkatastrophen werden nicht vom lieben Gott gemacht, sondern von eiskalt berechnenden Menschen, die andere Interessen verfolgen als wir AKW-Gegner. Von Menschen, die auch schon mal die Sicherheitseinrichtungen in einem AKW vorsätzlich ausschalten, wenn dies auf Geheiß der Betreiber-Chefs mit deren Blick auf schwarze Bilanzen angesagt ist; So geschehen im Sommer des Jahres 1978 in Brunsbüttel.

Vielleicht werfen diese Umstände die Frage auf, Herr Selbmann, ob nicht die Gesellschaft, in deren Namen Sie Recht sprechen, und die nicht die ist, in der ich leben will, mit ihren jährlich 13 000 Selbstmorden, den über 100 000 Selbstmordversuchen, den mehr als 2 Millionen Drogenabhängigen und 150 000 Menschen, die jährlich an Krebs sterben, ob nicht diese Form der gesellschaft krank ist und nicht die Menschen, die sich dagegen wehren, wie z.B. Michael Duffke und ich.

Ich habe bisher in diesem Prozess vieles hingenommen, ohne daß ich zu manchen Dingen etwas gesagt habe. Bei einem so zentralen Angriff wie es jedoch die Psychatrisierung von Michael Duffke darstellt, die auch mich als Mitangeklagten AKW-Gegner trifft, werde ich nicht ruhig und still dasitzen und so tun, als ginge mich das gar nicht an.

Ich fordere Sie auf, Herr Michaelis, von Ihrer fragwürdigen Aufgabe hier im Gerichtssaal Abstand zu nehmen und nach Hause zu gehen. Untersuchen Sie lieber AKW-Betreiber und Kriegsbefürworter, die haben es nötiger als Michael Duffke und ich. Sie, Herr Selbmann, möchte ich auffordern, den Gutachter zu entlassen. Wenn Sie Michael Duffke und mich schon verurteilen wollen, und dafür spricht alles, verstecken Sie sich bitte nicht hinter irgendeinem Gutachten, sondern sagen Sie dann ganz klar, daß das die von Ihrer Gesellschaft Ihnen zugewiesene Aufgabe ist.

Am Schluß bleibt für mich auf jeden Fall aber die Feststellung, daß, wenn ich vielleicht auch die Stellungnahme von Herrn Michaelis nicht verhindern kann, ich jedoch dann versuchen werden, sie nicht ohne weiteres hinzunehmen.

Markus Mohr

In diesem Moment beantragt Gerd Unterbrechung und Mittagspause. Bei Wiederaufnahme stellen Gerd und Bernd einen Befangenheitsantrag gegen Dr. Michaelis und beantragen zugleich Unterbrechung, um diesen Antrag schriftlich formulieren zu können. dem Antrag auf Unterbrechung wird stattgegeben und somit ist der Vortrag erstmal gestoppt, bevor die Schöffen noch mehr beeinflußt werden können. Die erste Ungeheuerlichkeit war eigentlich, daß Michaelis es nicht vermochte, obwohl genug Zeit und Kohle dafür, sein Gutachten in schriftlicher Form vorzulegen. So kam es immer wieder dazu, daß die einzelnen Passa gen protokolliert werden mußten. Bei einem derart komplexen Vortrag ist es der Verteidigung einfach nicht möglich, darauf richtig einzugehen.

Wie fragwürdig dies Gutachten ist, das ohne Genehmigung der betroffenen Person (Michael) angefertigt wurde, zeigt schon, daß sich das Gutachten nur auf widerrechtlich beschlagnahmte Briefe, aus dem Zusammenhang gerissene Fotos und Äußerungen im Gerichtssaal, sowohl während der Verhandlung, als auch in den Pausen, wo das Gericht und die Verteidigung keine Kontrolle darüber hatte, bezieht. Also erstmal alles Erscheinungen, die aus einer Streßsituation heraus folgen. Dann soll geklärt werden, ob sich in Michaels Verhalten Anhaltspunkte finden lassen, die zu einer Strafminderung führen können. Im Gutachten wird aber ganz außer Acht gelassen, daß es bei der konkreten Tathandlung eine Paralleisituation gegeben hat, in der ein Demonstrant von mehreren Polizisten zusammengeprügelt wurde. Im Gutachten wird überhaupt nicht in Erwägung gezogen, daß diese Situation Einfluß auf die, Michael vorgeworfene, Tat gehabt haben könnte.

Michaelis unterstellt in seinem Gutachten, daß der SEK'ler Schütt in dem Moment unbewaffnet, hilflos gewesen sei, und das, obwohl Schütt selber ausgesagt hat, noch in Besitz der Dienstpistole, des Chemikal Mace und eventuell eines zweiten Schlagstockes gewesen zu sein.

Wie dieses Gutachten zu werten ist zeigt sich noch aus einer Äußerung von Dr.Michaells: Es sei müßig, die einzelnen Verhaltensweisen von Herm Duffke zu beschreiben, er wolle sie gleich interpretieren. - ihm kommt es also nicht auf Fakten, sondern nur auf eine Bewertung an. Ohne Befund kann frei phantasiert werden, es scheint immer richtig, weil in sich schlüssig. Indem er seine eigene Arbeitsweise so wenig problematisiert, verfällt er praktisch selber dem Pseudologismus, den er Michael vorhält.

Die größte Frechheit war dann, als er sagte, dies sei eine "wertfreie Description". Allein aus seinem letzten Absatz ist zu entnehmen, daß er doch befangen ist: obwohl er selber seine Inkompetenz zugibt, erdreistet er sich, ein Urteil über die Massenbewegungen abzugeben, indem er die ganze Bewegung der Militanz und der Gewalttaten bezichtigt.

Und meiner Meinung nach kann man den Dr. Michaelis auch nicht als Gerichtspsychologen im abstrakten Sinn begreifen, denn wie das Vorherige zeigt, hat er sein eigenes Anliegen.

Und da ist es dann eben nicht verwunderlich, wenndas mit Fremdwörtern so gespickte Gutachten, um auch eine wissenschaftliche Seriosität zu erwecken, in seinen Wertungen (denn es sind keine Befunde) immer mehr auf "aggressives Verhalten aus sich heraus" hinausläuft.

Und wie gesagt, das erweckt dann den Eindruck, daß derjenige, der eine solche innere Aggressivität besitzt, daß der auch die Tat begangen hat.

Aber genau diese Sache mit der Aggressivität in Verbindung mit der Unterstützung durch Symphatisanten, die dabei angeblich auftretende Geitungssucht, können für etwas ganz anderes nutze sein, und da haben wir ja auch noch nicht die Würdigung durch das Gericht gehört, die da lauten könnte:

Da dem Angeklagten nachgewiesen werden kann, daß er trotz einjähriger Haftverbüßung keine Änderung seiner Grundstruktur,also seiner "Bindungslosigkeit gegenüber staatlichen Ordnungsprinzipien und Gesetzen,die man gleichsam als parasozial bzw. dissozial bezeichnen kann", erkennen läßt, kann man auch davon ausgehen, daß eine Änderung auch bei mehrjähriger Haft nicht zu erwarten ist. Und wenn man dann die gestelgerte Aggressivität und Geltungssucht in Verbindung mit anwesenden Massen beachtet, kann es ratsam sein, im Anschluß an die Haftverbüßung Vorbeugemaßnahmen zu ergreifen. Die

da sein könnte: Trennung von seinen Symphatisanten, also Schutzhaft, bis eine Änderung in der Grundstruktur seiner Persönlichkeit zu erkennen ist. Und dafür wäre alleine das Gutachten des Dr. Michaelis die Grundlage.

Was für ein Typ Michaelis ist, kann man alleine daran sehen, daß er zwar am Anfang seines Vortrages darauf hinweißt, daß er eigentlich kein vollständiges Bild erhalten hat, da er ja nur auf Briefe, Fotos und die Beobachtungen im Gerichtssaal angewiesen war, in dem Michael ja einer ständigen Stressituation ausgesetzt war. Aber anstatt zu sagen, ihm ist es so, objektiv gesehen nicht möglich ein Gutachten zu erstellen, da baut er hier, trotz des Wissens darum, ein Bild von Michael auf, das nur so von Aggressivität und negativer Einstellung zu dieser Gesellschaft strotzt, so daß der Eindruck entsteht, er sei tatsächlich der potentielle Schläger.

Als ob es nicht normal ist, daß man bei einer derartigen Behandlung, wie sie Michael widerfahren ist, aggressiv wird. Michaelis sollte froh sein, daß Michael nicht ihn angesprungen hat, sondern nur zu seiner Inge gejumpt ist. So ein Zustand, daß da so eine miese Type sitzt, immer nur Aufzeichnungen über einen macht, versucht, einen seelisch fertig zu machen, so ein Zustand würde es schon alleine rechtfertigen, der "Ratte" ins Gesicht zu springen. Zudem kann man seine Beurteilung eigentlich auf jeden anwenden, der die Denkweise einer bestimmten sellschaftlichen Minderheit hat - Auch auf Markus!!!

Fortschung von Sak 23

Schmidt: (kleinlaut) Nein, außer dem Anruf an Frau Meyer habe ich nichts mehr weiter unternommen, ich hatte in der Zeit auch viel zu tun. Mit Brokdorf.

Tode: Sie sagten vorhin, sie seien am Montag noch in Lübeck gewesen. Was haben sie dort gemacht?

Schmidt: Ich habe dort ein Polizeigebäude eingeweiht.

Tode: Was hatte das damais mit Brokdorf zu

tun?

Schmidt: Äh, das gehörte zu meinen Aufgaben als Polizeidirektor...

Frau Regine Meyer, Redakteurin des "Hamburger Abendblattes" wurde am nächsten Verhandlungstag zur selben Sache gehört und bestätigte, mit Schmidt ein Telefoninterview geführt zu haben. Er habe ihr alles mögliche erzählt und sei dabei ziemlich erregt gewesen. Er hätte auch den Fall des saarländischen Polizisten geschildert.

In ihrem Artikel habe sie alles so wiedergegeben, wie Schmidt es gesagt habe und bis heute sei keine Gegendarstellung erfolgt. Ihr Informationsstand des "Grabenvorfalls" rühre ausschließlich von Schmidt. Der im "Hamburger Abendblatt" veröffentlichte Artikel sei das zusammengefaßte Telefoninterview, daß sie mit ihm geführt habe.

Selbmann: Sie sagten, daß Herr Schmidt sehr erregt gewesen sei?

Meyer: Er war mit vielem, was sein Innenminister gesagt hatte nicht so einverstanden. Er fing dann in dem Telefoninterview auch ziemlich schnell an zu erzählen und ich hab die Fragen dann gleich in die Richtung gelenkt, die mich interessierte.

...Der Artikel ist die genaue Wiedergabe dessen, was er gesagt hat. Ich gehe davon aus, daß ein Polizeipräsident in dem, was er sagt, auch zuverlässig ist. ...Ich habe das so aufgezeichnet in Normalschrift....

RA Baisch: (macht Vorhalt aus dem besagten Artikel) z.B. die Äußerung "vier militante Chaoten schleiften den Polizeiobermeister Rolf Sch. in den eiskalten Graben..." für uns als Verfahrensbeteiligte ist das eine sehr überraschende Äußerung, ist das denn die Formulierung von Herrn Schmidt?

Meyer: Herr Schmidt hat das so gesagt. ... Baisch: Was ist mit der Formulierung "furcht-

bar zusammengeschlagen"? Meyer: Er hat das so gesagt.

Baisch: (macht Vorhalt) "Laßt ihn liegen, der

kommt doch nicht durch!" Meyer: Das hat er so gesagt.

Baisch: Frau Meyer, Herr Schmidt hat hier beim letzten Mal ausgesagt, daß es mit ihnen nur ein "unverbindliches Gespräch" gegeben hat.

Meyer: Ich führe als Journalistin keine unverbindlichen Gespräche. ...

Auch alle weiteren Vorhalte bestätigte Frau Meyer als so von Schmidt am Telefon geäußert. Zu den am letzten Verhandlungstag gemachten Aussagen von Schmidt zum Artikel im "Abendblatt" meinte Frau Meyer nur (irgendwie ja auch sehr logisch): Er hat sich nicht mehr bei mir gemeldet und eine Gegendarstellung ist auch nicht eingegangen.

Soweit die sich doch erheblich vom Polizeidirektor Schmidt unterscheidende Aussage der Regine Meyer, Springer Journalistin (die kriegt bestimmt von dem kein Interview mehr, d.S.)

Ach ja, die Anwälte von Markus und Michael stellten Strafantrag gegen Schmidt.



Protof ugenterket

Ebenfalls vor dem Landgericht in Itzehoe lief seit dem 3.März der Prozeß gegen Herbert aus Uelzen, dem vorgeworfen wurde, Steine auf Polizisten geworfen zu haben.

Dieses Verfahren stand dem gegen Markus und Michael nichts nach.

Schon vor der eigentlichen Eröffnung des verfahrens ließ der Vorsitzende richter Gerhard den Saal räumen, da es ihm nicht passte, daß Herbert eine Prozeßerklärung aus den Reihen der Zuschauer heraus verlesen wollte. Richter Gerhard beschloss die zwangsweise Vorführung des Angeklagten auf die Anklagebank. Obwohl sich Herbert nach der Aufforderung zur Anklagebank begab, demonstrierte der Vorsitzende seine richterliche Macht und ließ den Saal durch die Polizei räumen. Die Reaktion der Verteidigung: Richter Gerhard sei wegen Befangenheit abzulehnen. So begann der Prozeß eigentlich erst in den Mittagsstunden mit der Prozeßerklärung von Herbert.

Polizeizeugen können Herbert nicht wiedererkennen.

Mit einem Test begann die Vernehmung des Münchner SEK-Beamten Theo Ewald, der Herbert am 28.2. als Steinewerfer identifiziert haben will und der ihn nun aus dem Zuschauerraum heraus wiedererkennen sollte. Das konnte Theo aber nicht; er identifizierte prompt den Falschen.

Staatsanwalt Voß empörte sich über diese Methoden des Gerichts: Dieses "Kasperletheater" mache er nicht mit.

In Itzehoe ist alles möglich

Am 2. Prozeßtag wurden entgegen aller gerichtlichen Praxis – auch die Proteste der Verteidigung nützten nichts - zuerst die Entlastungszeugen gehört. Das erwies sich als äußerst problematisch, da ja eigentlich zu diesem Zeitpunkt in der Verhandlung noch keine konkreten Vorwürfe gegen Herbert erhoben worden waren. Die Entlastungszeugen, Freunde von Herbert, mit denen dieser nach Brokdorf gefahren war, legten sehr deutlich dar, daß die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft völlig konstruiert worden waren. Herbert war mit ihnen zusammen und war in keinerlei Auseinandersetzungen mit der Polizei verwickelt gewesen. Erst als die Hubschrauber einzelne Personen auf den Feldern jagten, und die Gruppe aus Uelzen flüchtete. habe man Herbert aus den Augen verloren. Herbert wurde von einem Hubschrauber der Polizei zu Boden gedrückt und anschließend von Polizisten schwer zusammengeschlagen. Daß die schweren Verletzungen Herberts von Polizeiknüppeln stammten, bestätigte auch der Arzt des Wilsterschen Krankenhauses, der Herbert verarztet hatte. "Solche Verletzungen entstehen durch sehr heftige Schlageinwirkung."

Danach kam es dann wieder zu der Vernehmung der Belastungszeugen; wieder der SEKler Ewald:

Er will Herbert eindeutig an dessen Kleidung als einen der Steinewerfer erkannt haben. Herbert soll zwei "eigroße Steine" auf die Polizeikette geworfen haben. Die auffällige Kleidung: gelbe Öljacke, Palästinenser-Schal, Lederhose, blauer Helm. Als Richter Gerhard wissen wollte, woher die Steine kamen, wußte Theo nichts zu sagen. "Er hatte zwei Steine und einen Knüppel in der Hand", es waren auch keine Erdklumpen, das konnte er wieder mit Sicherheit sagen. Erst später hat Theo

dann den angeblichen Steinewerfer festnehmen können: Theo sah, wie Herbert von den Kollegen verprügelt auf der Wiese lag, und erkannte ihn dann an der "eindeutigen Kleidung" wieder.

Polizeizeuge Liepler kippte um

Ähnlich wie Theo Ewald sagte auch sein Münchner Liepler aus. Gut vorbereitet hat er seine Aussage vorgetragen. Er bestätigte zwar nicht, daß Herbert sich seiner Festnahme widersetzte, stützte aber im wesentlichen die Anschuldigungen, die von der Staatsanwaltschaft und Polizei erhoben wurden. Als bei der Verteidigung der Verdacht auf Falschaussage hochkam, beantragte sie, die Aussagen zu protokollieren. Dies kann strafrechtliche Konsequenzen für den Zeugen haben (aber nicht doch, d.S.). Der Vernommene wurde nun sichtbar unruhig. Als ihm daraufhin die Jacke, die Herbert in Brokdorf trug, zur Identifizierung vorgelegt wurde, brach die Anklage zusammen. Liepler: Die habe er noch nie gesehen und der Mann, den er beobachtet hatte, hatte eine andere Jacke an.

Richter und Staatsanwalt zogen lange Gesichter.

Richter Gerhard eifert Seibmann nach!

Der Vorsitzende der 2.Strafkammer eifert seinem ranggleichen Kollegen Selbmann nach. So schloß Gerhard am 3.Verhandlungstag nicht nur die Öffentlichkeit sondern die Presse gleich mit aus. Der Grnd lag in einem Zwischenruf einer Zuschauerin!

Am 2.4. erschien ein Herr Lugginger, Vorgesetzter von Liepler, und meinte, von ihm müsse ein Beitrag kommen, zumal bayrische Beamte an der Festnahme beteiligt waren. Aussagen konnte er aber nur, daß er einen ledergekleideten Mann irgendwann mal gesehen hatte und glaube, daß Herbert das gewesen sei. Er bezeichnete die Kleidung als "typischen Berliner Kampfanzug", das sei ein Begriff für ihn, den er auf einer Schulung in Berlin gelernt habe. Gewalttätigkeiten seien von Herbert nicht ausgegangen, jedoch seien sie ihm zuzutrauen!!

Der Zeuge Beiersdorf, am 7.4. vorgeladen, konnte sich schließlich an nichts erinnern. Er habe Herbert weder gesehen, noch könne er sich an seinen Namen erinnern. Seine Aussage im Vernehmungsprotokoll: "Hier im Container der Strafverfolgung (wa? d.S.) lag der Mann auf einer Tragbahre. Mit absoluter Sicherheit handelt es sich um den Mann, den ich beim Steinewerfen gesehen habe...". Beiersdorf meinte, dies stimme nicht. Er hätte keinen Mann auf einer Tragbahre gesehen und die Aussage stamme nicht von ihm, sondern vom Vernehmungsbeamten!!!

Auch ein weiterer SEKler konnte Herbert nicht identifizieren.

So blieb dem Staatsanwalt in seinem Plädoyer – da war die Öffentlichkeit wieder drin – nichts anderes übrig als Freispruch zu fordern nach der völlig verkorksten Beweisaufnahme! Dabei merkte er noch an, daß der ermittelnde Staatsanwalt (wieder mal Wieduwilt, derselbe wie im anderen Prozeß gegen Markus und Michael!!) schlampige Arbeit geleistet habe. Er verwies dafür auf die Widersprüche der Polizeizeugen-Aussagen.

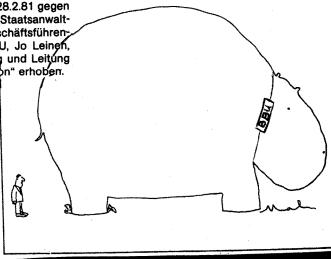
Kurz vor 12 Uhr verkündete dann Richter Gerhard das Urteil: Freispruch!!!

Solidar fat anitaller BD-Angellagh

Ein Jahr nach der Demo vom 28.2.81 gegen das AKW Brokdorf hat die Staatsanwaltschaft in Itzehoe gegen das geschäftsführende Vorstandsmitglied des BBU, Jo Leinen, Anklage wegen "Veranstaltung und Leitung einer verbotenen Demonstration" erhoben.

"Ich versuche ihn zu ignorieren,

aber es fällt mir verdammt schwer!"



Den politischen Hintergrund diéser Anklage sieht der BBU darin, daß die CDU sich nach den Stimmengewinnen der letzten Wahlen stark genug fühle, um härter gegen soziale Bewegungen (als solche werden Friedensund Umweltschutzbewegung genannt) in der BRD vorzugehen und um die Bürgerinitiativen in der Öffentlichkeit in Mißkredit zu bringen. "Mit dem Prozess gegen Jo Leinen wird stellvertretend die gesamte Bürgerinitiativ- und Umweltschutzbewegung angeklagt, da die meisten Organisationen zur Demonstration nach Brokdorf aufgerufen hatten und sich auch daran beteiligten. Der BBU wird zusammen allen befreundeten Verbänden und Organisationen diesen Prozess zum Anlaß nehmen, um eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung mit der CDU zu führen.

Neben dem politischen Hintergrund sei die Anklage aber auch juristisch unhaltbar. "Dieses Strafverfahren ist der untaugliche Versuch, einen einzelnen für eine Massendemonstration verantwortlich zu machen, zu der viele hundert Organisationen und Gruppen aufgerufen und an der über 100 000 Menschen teilgenommen haben."

Selbst das Oberverwaltungsgericht Lüneburg habe am Vorabend der Demo seine Verbotsentscheidung damit begründet, daß überhaupt kein Veranstalter und Leiter erkennbar sei.

Darüberhinaus empfindet es der BBU als Dreistigkeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung, "Jo Leinen wegen einer "verbotenen Demonstration" anzuklagen, obwohl das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe über die Rechtmäßigkeit dieses Demonstrationsverbotes noch aussteht und obwohl unterschiedliche Gerichtsentscheidungen bis in die Mittagsstunden des Demonstrationstages eine große Unklarheit darüber aufkommen ließen, was überhaupt verboten war und was nicht."

Außderdem wirft der BBU der schleswig-holsteinischen Landesregierung vor, den "vermittelnden Einfluß des BBU während der Vorbereitung als auch am Demonstrationstag zu unterschlagen" und mit der Anklage gegen Leinen "die Dinge auf den Kopf zu stellen". "Im Aufruf des BBU, dem sich die meisten Gruppen und Organisationen angeschlossen hatten, stand deutlich geschrieben: "Unser Ziel ist nicht die Konfrontation mit der Polizei", sondern ein "politischer Protest durch eine Massenkundgebung" gegen das Atomkraftwerk Brokdorf. Die Taktik der s.h. Landesregierung geht dagegen immer noch dahin. Aufrufe einzelner kleiner Gruppen zum Maßstab für alle zu machen, um eine ganze Bewegung in die Illegalität zu treiben. Der BBU hat durchgehend zu einer gewaltfreien und friedlichen Demonstration aufgerufen, während die Landesregierung mit ihren Erklärungen eher zu einer Verschärfung der Atmosphäre beigetragen hatte. Trotz aller Panikmache hat der Verlauf der Brokdorf-Demonstration gezeigt, daß auch in einer spannungsgeladenen Situation Zehntausende von Demonstranten friedlich geblieben sind, sich nur wenige hundert zu Auseinandersetzungen mit der Polizei hinreißen ließen. Der BBU erhebt erneut den Vorwurf, daß die s.h. Landesgerierung diese Auseinandersetzungen gesucht hat, um den Einsatz von 10 600 Polizisten und die Einsatzkosten von 12 Millionen DM vor der Öffentlichkeit rechtfertigen zu können. Ein anderes Verhalten der Landesregierung in den Tagen vor der Demonstration hätte auch diese wenigen Auseinandersetzungen vermeiden können."

Diese "starrsinnige und undemokratische Haltung der Landesregierung" werde durch die versuchte Kriminalisierung eines BBU Vorstandsmitgliedes fortgesetzt, wogegen sich der BBU mit aller Entschiedenheit wehre. Deswegen fordert der BBU das Landgericht Itzehoe auf, den Prozess gegen Leinen einzustellen.

Dieser Forderung schließt sich die Redaktion des Atomexpress mit Solidarität an.

Bleibt zu sagen, daß alle Zitate einer langen Erklärung und Einschätzung des BBU-Vorstandes zu dem bevorstehenden Prozess entnommen wurden (abgedruckt im "BBU-Pressedienst" vom März 82; außerdem enthält dieser den gesamten juristischen Einstellungsantrag zum Prozess von Leinens RA Schröder, Hannover. Erhältlich ist der Pressedienst beim BBU, Hellbergstr.6, 75 Karlsruhe).

Bleibt außerdem zu sagen, daß es nach einer solchen Selbsteinschätzung des BBU und seiner Sichtweise des Geschehens um den 28.2. kaum erstaunt, daß die "anderen" Brokdorf-Prozesse in Itzehoe in diesem BBU-Pressedienst nicht erwähnt werden.

am Deister eW

Energie- und Umweltzentrum 3257 Springe - Eldagsen Fernruf: 05044 - 380



Seit dem Frühjahr 1981 gibt es das Energie- und Umweltschutz-Zentrum am Deister e.V. in Springe-Eidagsen. Das allein ist sicher noch kein Grund, einen längeren Artikel im Atomexpress darüber zu bringen - schließlich gibt es ja Alternative Projekte in Hülle und Fülle. Mein Interesse an diesem Projekt, was schließlich dazu führte, daß ich eines Tages dorthin fuhr, um einen Bericht für den Atomexpress darüber zu machen, ergab sich in erster Linie daraus, daß ich ein Projektmitglied aus früheren Tagen der Anti-AKW-Bewegung her kannte, daß ich von der großen Ausstellung "Es geht auch anders" erfahren und daß ich über drei Ecken herum gehört hatte, daß das ganze Projekt sehr schön gelegen, baulich großzügig ausgestattet ist und das dort für Gruppen Seminare und ähnliches angeboten werden.

So hab ich mir das Ganze mal angeschaut und festgestellt, ich hatte mir nicht zuviel versprochen.



Das Haupthaus des Zentrums von hinten

Das Energie- und Umweltschutzzentrum befindet sich in einem ehemaligen Landschulheim, idyllisch an einem Waldrand ca 1km außerhalb des Dorfes Eldagsen bei Springe (Hannover) gelegen.

Hier wohnen und arbeiten die 13 Mitglieder des Zentrums, hier befinden sich zahlreiche Büros, Werkstätten, Tagungs- und Arbeitsräume, sowie Unterkünfte für ca 25 Tagungs- oder Seminarteilnehmer, die je nach Wunsch auch verpflegt werden können (Halb- oder Vollpension) oder sich in der eigenen Küche selbst versorgen können. Selbst ein richtiger Fußballplatz gehört dazu.

Der Kern der Gruppe hatte sich bereits vor 3 Jahren überlegt, endlich mal was vernünftiges zusammen zu machen. Da war einmal die Arbeitsgemeinschaft Sanfte Energie in Bensheim bei Frankfurt und einige Leute aus Hannover, die an der Ausstellung "Es geht auch anders" arbeiteten. Leute aus Berlin und aus Süddeutschland kamen dazu und schließlich waren es 13 Erwachsene und 5 Kinder. Zwei Jahre dauerte es allein, ein geeignetes Objekt zu finden. Eine runde halbe Million mußte schließlich für das ehemalige Landschulheim hingeblättert werden, finanziert aus eigenen Mitteln, Darlehnen von Freunden und Bankbürgschaften. Das Alter der Gruppe schwankt zwischen 22 und 42, die Kinder einmal ausgenommen. Die häufigsten anzutreffenden Berufe sind Lehrer und Ingineure.

Alle 13 stecken voll in diesem Projekt drin, keiner arbeitet außerhalb. Gebaut und geplant wird noch überall. Geplant ist der Bau eines energieautarken Hauses, eines Fischteiches, eines Windrades und und und. Arbeit für immer und ewig. Eine Versandbuchhandlung gehört ebenfalls zum Projekt. Die Seminartermine sind bis zum Herbst ausgebucht. So werden zum Beispiel für die Volkshochschulen komplette einwöchige Seminare zum Thema Energie im Rahmen des Bildungsurlaubs durchgeführt. In den Sommerferien sollen Workshops stattfinden.









Bezug über ÖKO-BUCHVERSAND oder SANFTE-ENERGIE-VERLAGS-GmbH Energie- und Umweltzentrum 3257 Springe-Eldagsen







Emergie

Die Ausstellung im aufgebauten Zustand

Damit sind Leute angesprochen, die Lust haben, in den Sommerferien dort zu arbeiten, ohne "Lohn", dafür aber nach Lust und Laune und bei freiem Essen und Wohnen.

ES GEHT

FINE AUSSTELLUNG UBER ENERGIEALTERNATIVEN

Und dann gibt es eben noch die große Ausstellung "Es geht auch anders". Sie stellt wirklich alles in den Schatten, was so einem normalen AKW-Gegner an Ausstellungen aus diesem Bereich bekannt ist. Auf über 80 überdimensionalen Stelltafeln, die durch ein kompliziertes Holznetzwerk miteinander verbunden sind, wird die Energiesituation der BRD und die möglichen Alternativen dazu dargestellt. Dazu sind zahlreiche praktische Anwendungsmodelle zu sehen, Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, Modelle für Fenster und Wandisolierung, andere Heizungssysteme und vieles mehr. Das meiste in Orginalgröße und eben funktionstüchtig. Die Ausstellung wird von 3-5 Leuten aus dem Zentrum durchgehend betreut, begleitend finden Veranstaltungen und Firmvorführungen statt. Das ganze hat schon Hand und Fuß und auch seinen Preis. Eine einwöchige Ausstellung plus 6 Tage Auf- und Abbau verursacht für das Zentrum Kosten von ca 12 000 DM (eine genaue Aufstellung der Kosten kann für Interessenten beim Zentrum angefordert werden). Diesen Betrag müssen also die örtlichen Veranstalter aufbringen. Das ist in den meisten Fällen sicher nur in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und den Kommunen möglich und auch um ein Eintrittsgeld wird man wohl nicht herumkommen (was aber so einsichtig ist, daß es wohl niemand abhalten wird, sich die Ausstellung anzusehen). Es kommen für eine solche große Ausstellung ohnehin nur größere Orte in Frage oder aber Standorte, wo das Interesse besonders groß sein dürfte. Gerade für die neuen Standorte für WAA und AKWs dürfte diese Ausstellung interessant sein.

1981 lief die Ausstellung mit rießigem Erfolg in Berlin, Stuttgart, Gießen und Luxemburg.

Für 1982 sind folgende Termine fest:

Kassel 22.-30.5. Volkshochschule

Aachen 5.-13.6. Eurogress

Bielefeld 19.-27.6. Haus 2 Schlingen

Köln 3.-11.7. Volkshochschule



Selbstbausonnenkollektoren ins Dach integriert



Die Ausstellung hat einen Raumbedarf von ca 800 - 900 qm Innen- und Außenfläche. Im Winter soll die Ausstellung im Zentrum in Springe fest aufgebaut werden.

Zu der Ausstellung gibt es einen Katalog, in dem die einzelnen Stellwände und anderes abgedruckt sind.

Interessenten wenden sich bitte an:

Energie und Umweltschutzzentrum am Delster e.V. 3257 Springe Eldagsen Tel.05044/380



Einerseits können es einige Leute nicht erwarten, sich den Schlafsack unter den Arm zu klemmen und auf den Bauplatz zu ziehen, den es noch gar nicht gibt.

Andererseits fängt ein großer Teil der Oberpfälzer überhaupt erstmal an, sich an Demonstrationen und politischen Protest zu gewöhnen. Eine grobe Einschätzung des Widerstandes gegen die geplante WAA im Raum Schwandorf.

Geboren und aufgewachsen dort in der nördlichen Oberpfalz habe ich meine Landsleute immer als träge, bequem und unterwürfig gegenüber aller Obrigkeit erlebt. Ich hatte nie erwartet, daß ein Widerstand gegenüber schon vor drei Jahren befürchteten Atomprojekten (Zwischenlager) über die Dimension eines "Häufleins" hinauswachsen könnte.

Und doch sind in diesem kalten Winter in wöchentlicher Regelmäßigkeit die vielen Bürgerinitiativen entstanden, in denen sich inzwischen über 10 000 WAA-Gegner organisiert haben.

Schon wundere ich mich nicht mehr darüber, daß plötzlich auch die Menschen vor unseren Info-Tischen stehen, von denen ich es bisher gewohnt war, als kommunistischer Spinner beschimpft zu werden. Eigentlich genau die Leute, die wir doch alle meinen, wenn wir von Bevölkerung reden.

Begehrt die Oberpfalz auf?

Ich weiß nicht, wie weit eine Radikalisierung ginge. Aber ich hab das Gefühl, daß die Oberpfälzer diesmal nicht spielen wollen und das gibt reichlich Optimismus, den wir für unseren Kampf ganz nötig brauchen. Denn die CSU, vor allem die bayrische Regierung, der Landtag, sind überall mächtig. Und die DWK betreibt ihre miese Arbeit auch hier. Dieselben Lügen wie in Gorleben, die selben ganzseitigen Anzeigen, dieselben Versprechungen.

Ob es viele sind, die darauf reinfallen?

Von den vielen Arbeitslosen im Raum Schwandorf (diesen Winter waren es über 20%) haben nicht alle den Glauben an eine bessere Zukunft verloren; und für die Bergleute des Braunkohleabbaus, der Ende dieses Jahres eingestellt wird, erzeugt nicht zuletzt die Argumentation ihrer Gewerkschaft IG Bergbau und Energie Hoffnung auf einen "sauberen" Arbeitsplatz in der WAA.

Die Demonstration vom 27.3., die auch einem großen Open-Air-Festival glich, war ermutigend, weil sich erstens sehr viele Oberpfälzer und zweitens eine breite Bevölkerungsschicht daran beteiligte, aber sie war nur ein schwieriger Anfang eines vielleicht jahrzehntelangen Kampfes.

Was mir persönlich Angst macht ist nicht alleine die gefährliche bzw. die Gefahren-Dimension einer Wiederaufbereitungsanlage:

Vielmehr deckt sich in Ost-Bayern, das bis vor nicht allzu langer Zeit als ein weißer Fleck auf der Atom-Landkarte dargestellt wurde, schrittweise ein dichtgewebtes Netz des gesamten atomaren Brennstoffkreislaufes auf. Es muß eine der zukünftigen Arbeitsschwerpunkte der Oberpfälzer Bl's sein, der Bevölkerung auch diese atomaren Zusammenhänge deutlich zu machen.

Herbert (BIWAK)

Radioaktive Luftblasen

Was die Bayern, speziell die Oberpfälzer, von dem drohen-den Bau der Wiederaufarbeiden Bau der Wiederaufarbeitungsanlage nach Meinung ihrer Oberen zu halten haben, wurde bei der Fahrt von CSU-Spitzenpolitikern nach dem französischen La Hague offenkundig. Offenkundiger aber wurde noch, für wie dumm die Politiker ihr Stimmvieh halten, das sie in den Sattel der Macht gehievt hat. Da wurde vom Fraktionschef

das sie in den Sattel der Macht gehievt hat.

Da wurde vom Fraktionschef Gustl Lang mit dem satten Rülpser der Selbstzufriedenheit erklärt, daß der Bau und der Betrieb einer Wiederaufarbeitungsanlage für Bayern "eine strukturpolitische Großtat von historischer Bedeutung wäre". Kein Risiko, keine Strahlung, keine Spur von Gefahr.

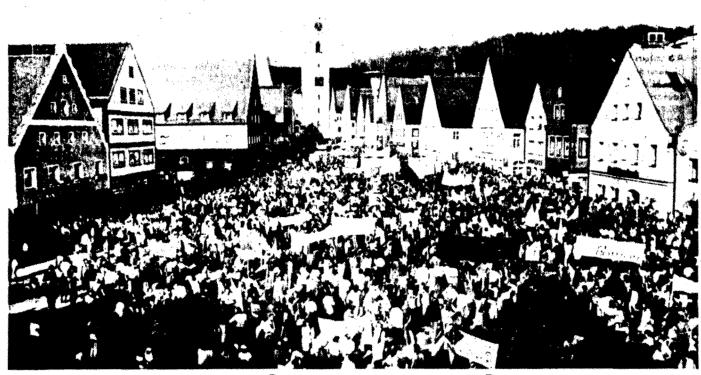
Und für die Oberpfälzer Hinterwäldler erschmeckte der sich durch die französische Küche durchkampfende Gustl, "daß die kredenzten Seefische nach wie vor trefflich munden". Also keine Spur von radioaktivem Beigeschmack.

Auch der Irisch aufbrisenden Seeluft konnte der mit einem besonders fein witternden Beischorgan ausgestattete Ba-

rockpolitiker nichts Menschen-feindliches abschnüffeln. Er be-fand nach mehrmaligem Hin-riechen: ... daß die Luft in La Hague besser ist als die man-cher Zentren Bayerns. Für die Einfältigsten im ande stellte er fest ... daß die

Die Woche 3.42.81





"Macht aus der Oberpfalz eine Sonnenpfalz!" 12 000 Teilnehmer bei einer Demonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Schwandorf – Friedlich und ohne jeden Zwischenfall

Von Wolfgang Houschka

S c h w a n d o r f. "Zeigt ihnen, daß sich die Kraft des Lebens gegen den Tod wehrt": Als der Autor des Buches "Atom-Staat". Profes-sor Dr. Robert Jungh aus Salzburg, am Samu-tagnachmittag mit diesem Satz seine halb-stündige Rede auf dem Schwandorfer Markt-plats beendete, da applaudierten ihm über 12000 zumeist jungs Leute lang und anhal-tend. Sie waren aus allen Teilen Bayerns ge-kommen. um gemeinsam mit der veranstalkommen, um gemeinsam mit der veranstat-tenden Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage zu demonstrieren. Der Protest verlief fried-lich, es gab keinen einzigen Störfall.



der sterben, die Luft ist verpestet. Bald gibt uns die WAA den Rest!" Foto: Lobenhofer

Am Freitag noch hatte die Polizei ihr Ein-Am Freitag noch hatte die Polizei ihr Ein-satzkraftepotential verstarkt, da fruhlings-hafte Temperaturen einen Massenbesuch in Schwandorf erwarten heßen. Und den gab es dann auch: zwischen 12 000 und 13 000 Teil-nehmer pendelten sich die offiziellen Schat-zungen ein. Die nieisten kamen mit Bussen, aber auch auf allen Schwandorfer Autopark-rielt zus hibbi kun Mehre frei. platzen blieb kein Meter frei.

"DWK geht binaus und verbarmlost"

"DWK geht hinaus und verbarmlost"
Die Großdemonstration begann vor, der
Oberpfalzhalle, wo man zunächst lebhaft bedauerte, daß ein zunächst als Redner vergesehener kathohischer Geistlicher nicht sprach.
Ans Mikrofon trat dann Stefan Kohler vom
Bund der Burgernitativen Umweltschutz",
der die Gelegenheit zum Solidaritatswort
nutzte: "Hier soll die Not der Meiss tien
schamlos augenutzt werden", sagte et. "Die
Fragen der Sicherheit mussen diskussionsbestimmend sein", unterstrich Schwandorfs stimmend sein", unterstrich Schwandorfs Oberbürgermeister Hans Kraus (CSU), der danach die Frage der Endlagerung stellte und von der das Anlagenprojekt bei Schwandorf betreibenden "Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen" sagte, sie gehe hinaus und verharmlose.

"Wir sitzen auf dem falschen Dampfer"

"Wir sitzen auf dem falschen Dampfer"
Mit viel Beifall wurde die Rede des SPDLandtagsabgeordneten Dietma: Zierer bedacht. "Wenn Strauß sagt, die WAA sei nicht gefahrlicher als eine Fahrradspeichenfabrik" rief er den Demonstranten zu, "dann soll er
seine Villa hier in Wackersdorf bauen". Leider
fuhr Zierer fort, gebe es auch Politiker innerhalb der SPD, die den Billigstrom für Anlieger
der WAA als Vorschlag unterbreiteten. Zierer
nannte dies einen schäbigen Versuch und fuhr
ort: "Wir sitzen auf dem falschen Dampfer,
der in Richtung Atomstaat fährt. Und die
Bordkapelle spielt uns das Lied vom Tod!"
Kinsinhalb Stunden bla zum Marktwiste

Eineinhalb Stunden bis zum Marktplatz

Mit einer Vielzahl von Transparenten, Schi-dern und begleitenden Traktoren formierte sich dann der Zug in Schwandorfs Innenstadt. Es dauerte danach eineinhalb Stunden, bis der Marktplatz erreicht war. Als er einbog, waren die Absichtserklärungen unuberlesbar: "Wir wollen das gesunde Brot, nicht den Strahlen-tod!" Und: "Mit Schwefel bringen wir die Bäu-me um, uns selber mit Plutonium".

me um, uns selber mit Plutonium".

Von der "machtvollsten Demonstration, die jemals im Landkreis Schwaridorf stattfand", sprach Landrat Hans Schuierer (SPD). "Sie alle", freule er sich, "zeigen aber auch, daß Sie nichts mit Chaoten zu tun haben!" Danach unterstrich Schuierer, daß niemand das Recht habe, oberpfälzische Heimat zu zerstoren und fuhr fort, an die Adresse der WAA-Befürworter gerichtet: "Das ist heute erst der Anfang, wenn diese Leute nicht Schluß machen".

...Unsere Gegner sind stark

Entschieden gegen eine WAA trat auch der CSU-Fraktionssprecher im Schwandorfer Stadtrat, Michael Kapiltz, ein, Applaus gab es für ihn, als er sagte: "Unsere Gegner sind stark. Geld spielt da keine Rolle!" Der DWK schrieb Kapiltz ins Stammbuch, daß sie bei einer Realisierung des Projektes Gorleben bis heute nicht wissen wurde, wo Schwandorf lieheute nicht wissen wurde, wo Schwandorf lie-ge. "Und die Arbeitsplätze hier wären ihr egal."

"Schluß mit dem bayerischen und dem Bonner Atomprogramm", forderte der Landesbeauftragte des "Bund Naturschutz" in Nordsyern, Hubert Weiger. "Wir wollen keine Standortdebatte, sondern die Diskussion darüber, ob wir überhaupt eine solche Anlage brauchen."

"Gefährdete Kriegsinstallation"

"Geraardese Aregsinstaliation"
Mit dem Professor Dr. Robert Jungk aus
Salzburg trut anschließend ein zwischenzeitlich weltweit bekannt gewordener Kernkraftgegner ans Mikrofon, "Die WAA in dieser Gegen ist eine gefährliche Kriegsinstallation",

geben: "Für Polizisten, Überwachungsbeamte, Spitzel".

Dr. Jungk: "Entwerft Pläne"

Dr. Jungk: "Entwerft Plane"
In seinen weiteren und immer wieder von
Beifall unterbrochenen Ausführungen riet
Professor Jungk zu alternativen Energien.
"Entwerft Plane", riet er den Demonstranten,
"die aus der Atompfalz eine Sonnenpfalz machen!" Als ein deutliches Zeichen wertete
Jungk die Teilnahme besonders vieler junger
Menschen an der Schwandorfer Demonstration: "Das ist die Kraft des Lebens, die sich
gegen den Tod wehrt".



ließ Dr. Jungk anklingen und fragte, wie das wohl angehen soll, wenn man in eine gespann-te Weltstituation hinein eine Technik setze, "die nur bei absoluter Ruhe funktioneren kann". Dies, sagte der Autor des "Atom-Staat"-Buches, sei wohl glatter Wehnsinn. In Regionen wie der Oberpfalz, vermutete Dr. Jungk danach, werde es beim Bau einer Auf-arbeitungsanlage sicher viele Arbeitsplätze

Die Polizei aus dem Landkreis Schwandorf. Die Polizei aus dem Landkreis Schwandorf, verstärkt durch Bereitschaftsbeamte und Kräfte einer Alarmhundertschaft, brauchte nur verkehrsregelnd einzugreifen. Es gab – und das verdient besonders hervorgehoben zu werden – nicht einen einzigen Zwischenfall. Vorläufig festgenommen wurden drei Regensburger. Sie hatten auf UKW einen "Piratensender" betrieben.



Per Transparent Vernicht auf strahlende Zukunft; eine Gruppe junger Leute, die den Demonstrati

WAA-Pläne Hessen/Rheinland-Pfalz

Harte Zeiten

Der Schwerpunkt (?, d.S.) unserer WAA-Standort-Berichterstattung liegt dieses Mal auf Schwandorf in Bayern (siehe Artikel).

Was sich in Hessen und Rheinland-Pfalz in den letzten Wochen getan hat, soll im folgenden zusammengefaßt werden.

Für den nächsten Atom Express haben wir ausführliche Artikel und Interviews zur Lage an den hessischen WAA-Standorten Frankenberg und Merenberg vorgesehen. Alle Bürgerinitiativen, Gruppen und Einzel-Menschen, die hierzu Fotos, Informationen, Meinungen usw. beitragen wollen, sind herzlich eingeladen, dies zu tun.

Merenberg: Demonstration, Veranstaltung, Infoarbeit...

Die erste größere Demonstration fand am 27. Februar statt: angeführt von 200 Treckern zogen über 4.000 Menschen durch Limburg. Nach dem stundenlangen Umzug, der außer von der BI und von Landwirten auch vom DGB-Ortskartell (!) organisiert worden war, gab es auf der anschließenden Kundgebung Sketche, New Wave und ein Rednerprogramm zu hören, bzw. zu sehen. Schikanöse

Auflagen hatte die Stadt verhängt: Vermummungsverbot, es durften keine Megaphone benutztwerden, vorgeschriebene Transparentstangen-Länge u.a.m. Geschminkte Demonstranten wurden mehrfach aus der Menge herausgegriffen und kontrolliert.

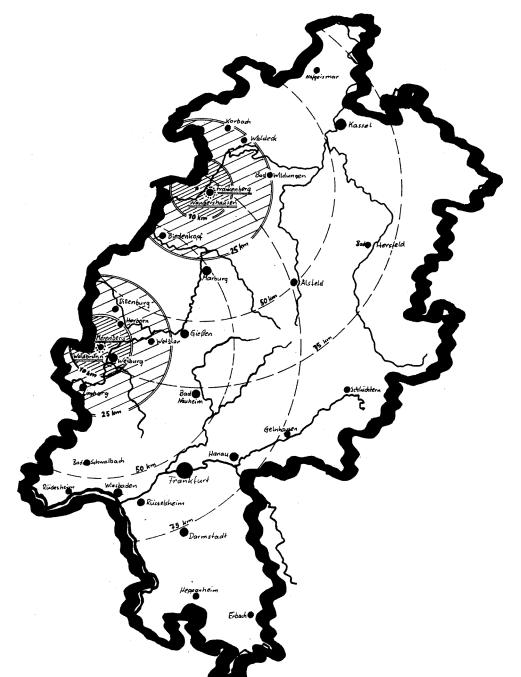
Das nächste Großereignis in der Region war eine Diskussionsveranstaltung in der mit 1.000 Besuchern gefüllten Weilburger Stadthalle. Neben kritischen Wissenschaftlern und DWK-Vertretern hatte die Bürgerinitiative auch die Minister Reitz (SPD, Finanzen) und Hoffie (FDP,Wirtschaft) geladen. Die Veranstaltung lief ab, wie solche Veranstaltungen, namentlich in Hessen, ablaufen: Regierungsund DWK-Vertreter retteten sich vor den Contra-Argumenten in Werbesprüche, Banalitäten und Unverschämtheiten, beschimpften die kritischen als "sogenannte" (DWK-Göring) Wissenschaftler, aber das Volk im Saal wollte einfach nicht vernünftig werden. Ein mit AKW- und WAA-Gegnern voller Saal muß nicht zwangsläufig die Stimmung der ganzen Bevölkerung widerspiegeln, aber zumindest an diesem Abend wurde ein kaum mehr zu kittender Bruch mit den Mächtigen deutlich.

Die Merenberger BI gibt seit Ende letzten Jahres auch eine kleine Zeitung, den "Westerwälder Landboten" heraus. Neben den Auswirkungen und Gefahren der WAA-Technologie enthält das Blatt Berichte von Veranstaltungen, Aufrufe zur Mitarbeit, Kontakte, Karten (die nebenstehende z.B. haben wir der Nr. 3 des "Land-Boten" entnommen) und Kultur.

Adresse der BI Merenberg:

BI Merenberg Postfach 80 6295 Merenberg 1

Büro: Kirchstraße 3a, Tel. 06471/52798.



Frankenberg: "...umfangreiche Arbeit geleistet..."

Nach der Großdemonstration vom 23. Januar (vgl. die Rückseite des letzten Atom Express) und einem spektakulären Empfang für die SPD-Landtagsfraktion inclusive Holger Börner einige Tage später hat die BI Umweltschutz ihren Schwerpunkt zunächst auf Informations-und Öffentlichkeitsarbeit gelegt. In einer Selbstdarstellung schreiben uns die Frankenberger AKW-Gegner:

"... Die Mitgliederzahl der BIUF (BI Umweltschutz Frankenberg, Red.) steigt sprunghaft an. Zur Zeit organisiert sie Wanderungen zum geplanten WAA-Standort, bietet Vortrags-, Diskussions- und Filmabende an und führt eine umfangreiche Unterschriftenaktion durch. Ihre Informationstätigkeit reicht von Büchertischen in der Fußgängerzone über eigene Flugblätter bis zu einem täglich geöffneten In-

für die Atommafia

fo-Büro... Die BIUF berät in vielen Orten bei Gründungen eigener Bürgerinitiativen ... Die Zahl steigt von Woche zu Woche an ... Koordinationstreffen mit den Initiativen des nordhessischen und Wittgensteiner Raums und der BI in Merenberg finden regelmäßig statt ... Die BIUF hat also trotz anfänglicher Organisationsprobleme und trotz vieler politischer Schwierigkeiten umfangreiche und wirksame Arbeit geleistet und das Vertrauen eines Großteils der Bevälkerung gewonnen ... "Adresse der Bürgerinitiative:

BIUF Am Hain 17 3558 Frankenberg Tel. 06451/21515 Öffnungszeiten des Büros: Mo-Fr 15-19 Uhr. Sa 10-12 Uhr.

Kaisersesch/Rheinland-Pfalz:Proteste gegen Standortbenennungen

Auch in Rheinland-Pfalz ist eine Standortentscheidung gefallen - jedenfalls insoweit die DWK eine solche Entscheidung herbeiführen kann. Am 13. März benannte sie offiziell die Gemarkung Kaiseresch in der Nähe von Cochem an der Mosel.

Kaiseresch ist ein Ort mit ca. 4.000 Einwohnern und leigt direkt an der Autobahn A 48. In der Nähe befindet sich - wie praktisch - zudem ein Bundeswehrstützpunkt, wo auch Atomwaffen gelagert werden: der Flughafen Blüchen.

Greimersburg

Greimersburg

Greimersburg

Fahrendeusstof

Fahr

Der geplante Standort der Wiederauferbeitungsanlage liegt eleben Kilometer nördlich von Coohem zwischen den Ortschaften Maniferen und Medels

Noch am Abend des 13.3. versammelten sich rund 150 Menschen vor der Kirche in Kaiseresch und protestierten gegen die WAA-Pläne. Die Cochemer BI spielte unter improvisiertem Flutlicht ein Straßentheaterstück.

Am 20. März fand in Mainz eine landesweite Demonstration statt, an der mehrere tausend AKW-Gegner teilnahmen. Auf einer Kreistags-Sonder-Sitzung Ende des Monats sprachen sich alle Fraktionen gegen den Bau einer WAA aus. DWK-Vorständler Scheuten und Wirtschaftsminister Holkenbrink konnten die Kommunalpolitiker nicht umstimmen.

Für den Mai planen die Bls im Kreis Cochemjede Woche kommen neue hinzu - einen Sternmarsch zum WAA-Gelände.

Eine Region macht mobil! Kontaktadresse:

WAA-Landeskoordination c/o Georg Wißmeler Franz-Georg-Straße 28 55 Trier Tel. 0651/ 21989

Anti-WAA-Koordination: Es geht voran!!

Während die DWK bei dem "Experten-Hearing" im Mainzer Landtag am 17./18.3. durchblicken ließ, daß sie tatsächlich drei WAA's bauen lassen will - Schwandorf, Kaiseresch und Hessen -, wollen die Bl's gegen Wiederaufbereitung sich in ihrer Arbeit vor Ort gegenseitig besser unterstützen. Auf ihrem Treffen in Wiesbaden am 21. März - einen Tag

nach der Mainzer Demo - einigten sich die ca. 80 Bl-Delegierten darauf, eine bundesweite Koordinationsstelle einzurichten. Dieses Koordinationsbüro soll regelmäßig einen Rundbrief mit den allerneuesten Informationen herausgeben. Zudem sollen die WAA.Treffen ab sofort regelmäßig einmal im Monat stattfinden; das nächste am 22./23. Mai im KOMM in Nürnberg.

Adresse des Koordinationsbüros:

Anti-Atom-Büro Diemeistadt c/o Franz Jakob (hallo, Franz!) Auf dem Ort 10 3549 Diemeistadt - Wethen Tel. 05694/737

Zu einem landesweiten Aktionstag gegen die Atom-Pläne in Hessen und anderswo und gegen die Startbahn West rufen viele hessische Bürgerinitiativen auf. Am 5. Juni sollen "der Phantasie keine Grenzen gesetzt" sein (aus dem Aufruf). Weiter heißt es:

"Vergessen wir nicht, daß bereits zwei WAA-Standorte in Nordhessen - Volkmarsen und Wethen - innerhalb eines Jahres am massiven Widerstand der Bevölkerung, die sich in starken Bl's formiert hat, politisch gescheitert sind. Vergessen wir nicht, die Startbahn West ist noch nicht gebaut ... Es gibt keinen Grund zur Resignation. Sowohl DWK, FAG, RWE wie auch die hessische (amtierende, d.S.) Landesregierung stehen mit dem Rücken zur Wand!"

Alle Bl's, die sich an dem Aktionstag beteiligen wollen oder nähere Informationen wünschen, sollen sich so schnell wie möglich ans ... na, an wen? ... Richtig, ans ... Anti-Atom-Büro Diemelstadt wenden (Adresse weiter oben).



Großdemonstration in Frankenberg

Stromlügen und andere Märchen und warum sie uns erzählt werden ...

Als ich das Buch "Von Stromlücken und anderen Märchen und warum sie uns erzählt werden" zum ersten Mal in die Hand nahm, dachte ich zunächst, daß mir hier nichts Neues geboten wird. Die Daten und Fakten von Stromüberkapazitäten, der Verfügbarkeit von Kraftwerken, über den "Trick mit der Grundlast" und den teuren Atomstrom sind sicherlich interessant und auch wichtig, aber das konnte man schon alles vor längerer Zeit im Atom Express lesen. Doch die Enttäuschung wich beim näheren Hinsehen. Es fällt zunächst auf, daß das Material gut aufbereitet ist und aufgrund des übersichtlichen Tabellenmaterials geradezu einlädt, damit zu arbeiten. Und so ist dieser erste Teil des Buches wohl auch gemeint: zu vermitteln, was man an Fakten über die technischen Bedingungen der Stromproduktion in der BRD nicht (mehr) weiß und als Arbeitsgrundlage zu dienen für die Öffentlichkeitsarbeit oder bei Diskussionen.

Richtig interessant wird es aber erst im zweiten Teil des Buches, denn hier geht es darum, zu halten, was der Titel verspricht, also um die Frage: "Warum werden trotz der gesundheitlichen Gefahren und trotz der Tatsache, daß AKWs teureren Strom produzieren, immer mehr AKWs gebaut?" Hier geht es um eine schwierige Materie - das zeigt allein die Tatsache, daß in der AKW-Bewegung die Beantwortung immer wieder ausgeklammert wurde. Nach einem einleitenden Abschnitt über die Gesamtenergiebilanz der BRD und einem weiteren über die globale Rohstoffsituation muß eigentlich jedem klar sein, daß die berühmten "Sachzwänge" überhaupt nicht dazu "zwingen", sich ausgerechnet für eine Energieversorgung auf der Basis von Atomkraftwerken zu entscheiden.

Im nächsten Abschnitt wird anhand von Aussagen aus der Elektroindustrie versucht, die langfristige Marktstrategie der Stromkonzerne zu analysieren. Auch das konnte man/frau schon einmal im AtomExpress lesen, aber die Bedeutung der Wärmepumpe und allgemein der Eroberung des Wärmemarktes durch die Stromkonzerne wird im Zusammenhang mit den nächsten Abschnitten erst massiv deutlich. Dort wird dann versucht, die Gründe für den Bau von AKWs aus der Art und Weise herzuleiten, in der unsere "Marktwirtschaft", sprich: der Kapitalismus, funktionieren. Eine der wichtigen Thesen dieses Kapitels: Der Bau von AKWs ist nicht widersinnig, sondern eine logische Konsequenz aus der kapitalistischen Produktionsweise. Der folgende Abschnitt dieses Kapitels über die Interessenverpflechtung zwischen Staat und Kapital zeigt auf, daß die Energiepolitik das Atomprogramm ökonomisch und politisch erst möglich macht. Der letzte Abschnitt führt so ausführlich, wie ich es bisher nicht gesehen habe. durch den Verflechtungs-Dschungel . der Energiekonzerne; hier wird klar, daß nicht Konkurrenz, sondern globale Durchsetzungsstrategien den Energiemarkt prägen. Im dritten Kapitel wird versucht, sich Gedanken zu alternativen Energien zu machen. Im Gegensatz zu dem, was so "normalerweise" zu dem Thema geschrieben wird, beschäftigt sich dieses Kapitel nicht so sehr mit Sonnen-, Wind- und Wellenenergie, sondern mit Techniken, die alle bereits erprobt und ohne jahrelange Forschungsprojekte einsetzbar sind. Hervorragende Stellung haben die Verbesserung der Heizsysteme und die Wärmedämmung sowie die Wärme-Kraft-Kopplung. - Eine logische Konsequenz aus der Tatsache. daß 40% der Endenergie für die Raumheizung verbraucht werden und daß sogar mehr als die Hälfte der eingesetzten Primärenergie in Form von Verlustwärme unsere Luft und unsere Flüsse gefährlich aufheizen. Aber das solite sich vielleicht jeder selbst im Detail in dem Buch durchlesen.

Zusammenfassend: Ich kann es jedem AKW-Gegner nur empfehlen, sich dieses Buch _reinzuziehen". Vor allem die im zweiten Kapitel aufgestellten Thesen zu den Gründen, aus denen im Kapitalismus Atomkraftwerke gebaut werden, sind es wert, genauer diskutiert zu werden. Ich denke, hier ist nicht der Weisheit letzter Schluß, nicht die eine richtige Erklärung verkündet worden, aber die Anti-AKW-Bewegung, die im Moment durch die brennend gewordene Friedensproblematik sowieso dabei ist, sich mehr um gesamtgesellschaftliche Probleme zu kümmern, könnte hier wichtige Argumente dafür finden, über die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, AKW-Wahnsinn, Rüstungswahnsinn und sonstigem Wahnsinn tiefer nachzudenken. Um nicht nur Lobzu verteilen, muß gesagt werden, daß ich das Buch an einigen Stellen zu technisch fand - einige Dinge hätten für den Nichttechniker gut etwas einfacher formuliert werden können, aber das waren eigentlich nur wenige Stellen. Insgesamt ist das Buch sehr lehrreich und informativ und streckenweise, etwa im "Dickicht der Macht" fand ich es regelrecht spannend.

Ach ja und noch was: Daß das Buch so gefällt ist nicht zuletzt ein Verdienst der Zeichner pes und jari, die eine Menge treffender Karikaturen beigetragen haben.

Die "Stromlügen" sind von Berthold Bode, einem Mitarbeit des AtomExpress und der Arbeitsgruppe Energiepolitik im Göttinger AK gegen Atomenergie geschrieben. Es kostet 14,50 DM, aber man bekommt viel Buch fürs Geld: der Wälzer hat 330 Seiten.

Das Buch ist an allen größeren Büchertischen erhältlich. Außerdem könnt ihr es bei uns bestellen oder beim Gegenwind Verlag Marienstr. 10 3400 Göttingen



Von H.E. Richter bis Stefan Lottermann (Eintracht Frankfurt)

Namen in päd.extra: Tom Ziehe. Herbert Stubenrauch, Ulf Preuß-Lausitz. Wolfgang Sachs, Klaus Horn, Urs Jaeggi und und und ...

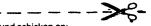
Und nicht nur sie. Lehrer schreiben auch. Über das, was sie gemacht haben:

Macht Haben.
Wolfgang Münzinger: Bau eines
Sonnenspiegels. Oder:
Hartmut Bölts: Sechs Stunden
Startbahn West.

Und nicht nur sie. Auch Schüler schreiben in päd.extra:
Rainer Seibt: Aufzeichnungen eines schulischen Außenseiters.
Katarina Bohm: Stunden-Einfälle.

päd.extra bringt jeden Monat:
Aktuelles aus Schule und Hochschule. Jedes Mal ein Thema: z.B.
Naturwissenschaft und Schülerinteresse. Viele Beiträge zu Alternativschulen, Friedenserziehung,
Jugend '81, Lehrerarbeitslosigkeit.

Und: Leser-Diskussion. Infos, Materialien. Rezensionen: Buch, Film, Video. Stellenanzeigen und Kontakt im "markt".



Ausschneiden und schicken an: pädex-Verlag, Postfach 2, 6107 Reinheim 1.

Zum Kenneniernen von päd.extra haben wir uns das Probierpaket ausgedacht: 4 Hefte aus der laufenden Produktion und das päd. extra-Lexikon für nur DM 20,—. Das päd.extra Lexikon enthält auf weit über 300 Karteikarten Stichworte zur Pädagogik und benachbarten Bereichen.

- ☐ Ja, ich bestelle das Probierpaket für DM 20,—. Ich zahle:
- ☐ mit Scheck (liegt bei)
- gegen Rechnung (DM 2,50 Rehnungsgebühr).

☐ Studienbescheinigung anbei

Ich bin einverstanden, daß das Probierpaket in ein normales Jahresabo übergeht (DM 72,-+ Porto, für Studenten DM 56,-+ Porto, jeweils ./. DM 3,- bei Abbuchung), wenn ich spätestens nach Erhalt des dritten Heftes kündige.

Bundeskongress Autonomer Friedensinitiativen

Ergebnisse und Beschlüsse des bundesweiten Arbeitstreffens am 20./21.März 1982

An diesem Treffen nahmen ca. 400 Menschen aus 155 verschiedenen Frie-densinitiativen, Anti-Kriegs-Gruppen und an-deren Organisationen teil. Der ursprünglich zu diesem Zeitpunkt geplante Bundeskon-greß autonomer Friedensinitiativen BAF mußte wegen unüberbrückbarer Differenzen in der Vorbereitung abgesagt werden. Erst nach langem hin und her wurde dann zu einem Arbeitstreffen eingeladen.

Das trotz dieses Chaos in der Vorphase die Beteiligung an diesem Arbeitstreffen so groß war, zeigt das große Interesse der Friedens-bewegung an der BAF-Initiative. Offensicht-lich sind immer mehr Menschen bereit, Fragen zu stellen, die welt über den Krefelder Appell hinausgehen.

Wer in den zentralen Verteller der BAF aufgenommen werden will und/oder weltere Protokolle des Arbeitstreffens wünscht, der schrelbe an:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie · Anti-Kriegs-Gruppe · Postfach 45 Marienstr.10 34 Göttingen Tel 0551/7700158

A - Zum Nato-Gipfel am 10.6.

Aufrufvorschlag des bundesweiten Arbeit-streffens für die Aktionskonferenz am 4.4. in

ERKLÄRUNG ZUR FUNKTION DES AUFRU-FES UND UNSEREM VORGEHEN AUF DER **AKTIONSKONFERENZ AM 4.4. IN BONN:**

"Unser Aufruf wird als politisches Ergebnis der Beratungen der Friedensinitiativen am 20./21.März in das Bonner Treffen eingebracht zusammen mit unserer Kritik an dem Aufrufvorschlag, den 37 Organisationen am 16.3. beraten haben -und zusammen mit dem Vorschlag zu dezentralen Aktionen im Rahmen einer Anti-Nato-Woche.

Wir betrachten das Treffen am 4.4. als demokratisches Entscheidungsorgan der gesamten Friedensbewegung in Bezug auf die Demon-

stration gegen den Nato-Gipfel.

Wir fordern eindringlich alle Friedensinitiativen und Gruppen auf, sich an den Beratungen zu beteiligen und am 4.4. nach Bonn zu kom-

Unsere wichtigsten Kritikpunkte am Aufrufvor-schlag der 37 Organisationen sind:

 Mangelnde Präzisierung der Politik der Nato
 Orientierung auf die Genfer Verhandlungen als Voraussetzung für eine wirkliche Abrü-

stung. Eine Verschiebung der Demonstration auf einen anderen Zeitpunkt oder Ort lehnen wir ent-

schieden ab. Wir treten dafür ein, daß Vertreter der amerikanischen Friedensbewegung und der Befrei-ungsbewegung der 3.Welt auf der Kundgebung zu Wort kommen.

in der Trägerschaft der Demonstration sollten alle Strömungen der Friedensbewegung vertreten sein und dies muß sich auch auf der Kundgebung ausdrücken.



Wir werden auf der Grundlage der Ergebnisse des 4.4. entscheiden, ob und wie wir die gemeinsamen Beschlüsse mittragen und welche Rolle die heute von uns verfaßte Erklärung dabei spielt.

(Der Aufrufvorschlag und diese Erklärung wur-den auf dem Pienum des Arbeitstreffens bei ca 400 Anwesenden aus 155 Gruppen gegen 4 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen angenom-

B - Waffenelektronikmesse I.D.E.E.

Das bundesweite Arbeitstreffen unterstützt die geplanten Aktionen gegen die IDEE und ruft alle Friedensinitiativen dazu auf, sich an den Aktionen zu beteiligen. Geplant sind bislang:

14.-16.Mal Anti-militaristisches Zeitlager für hannoversche und auswärtige IDEE-Gegner

 15.Mai Bundesweite Großdemonstration zum Messegelände

- 15.und 16.5. Rockfestival gegen die Waffenschow
- 20.5. Aktionstag gegen den militärischen Teil der Luftfahrtschau (ILA)

 Fastenaktion und natürlich in der Zeit vom
- 17.-20. ständig Aktionen gegen die IDEE

BUNDESWEITER VORBEREITUNGSKON-GRESS 3.bis 4.April, Raschplatzpavillon 13

Die Hannoveraner bieten zur Vorbereitung folgende Informationen an: - Dokumente über Hintergründe der IDEE - Diaserie über die Anwendung von Militärelektronik - Verzeichnis der ausstellenden Firmen - Berichtserstatter aus Hannover für Veranstaltungen - nationalen Aufruf zur Demo -Plaketten/Plakate - Auf-

Kontaktadresse und Informationsbüro: Hannoversches Aktionsbündnis gegen die IDEE c/o BIU Büro, Hinüberstr.16-18, 3 HANNOVER Tel.0511/343023

Spendenkonto: H.Hanke, Stadtsparkasse Hannover BLZ 25050180 Nr.29308119

C - Weitere Beschlüsse

1. Das bundesweite Arbeitstreffen unterstützt die Demonstration der Vereinigten Münchener Friedensinitiativen anläßlich des Parteitages am 17.April in München Kontakt: VMF Tumblinger Str.20, MÜNCHEN 2 Tel. 089/5309017

In diesem Zusammenhang kritisiert das Ar-beitstreffen die mangelnde Berichterstattung in der TAZ über die Aktionen anläßlich des SPD-Parteltages in München.

- 2. Das Arbeitstreffen erklärt, daß die Bunte Liste Freiburg nicht legitimiert ist, im Namen der BAF einen Kongreß zu veranstalten
- 3. Das Arbeitstreffen hat beschlossen, daß alle Friedensinitiativen den Verteiler von ca. 500 Gruppen für ihren eigenen Bedarf erhalten. Der Verteiler wird demnächst über Hannover (Helmut Hanke) allen Grüppen zugehen.
- 4. Das Arbeitstreffen hält grundsätzlich an der Idee eines Bundesköngresses autonomer Friedensinitiativen fest, der möglichst noch im Herbst 1982 stattfinden soll.

Grundsätzlich besteht die Bereitschaft, den BAF zusammen mit anderen Gruppen und Organisationen vorzubereiten und durchzufüh-

Die Gruppen, die das bundesweite Arbeitstreffen in Osnabrück vorbereitet haben, sollen zusammen mit anderen Interessierten zu einem Vorbereitungstreffen einladen, wenn die Diskussion weiter gediehen ist.

5. Das Arbeitstreffen ruft anläßlich des Reagan-Besuches und des Nato-Gipfels zu einer bundesweiten, dezentralen Aktions-Woche auf. Im Vordergrund dieser Aktionswoche solite die Inhaltliche und praktische Auseinandersetzung mit der Nato stehen. Angesichts der zu erwartenden Propaganda insbesondere anläßlich der CDU-Großdemonstration am 5.6. in Bonn erscheint die fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit der Nato und deren Vermittlung an die Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Anlaufstellen für regionale Koordination der Aktionen sind die verschiedenen BAF-Kontaktadressen.

D - Regionale und überregionale Koordination

Alle Friedensinitiativen, die über den Krefelder Appell hinaus wollen, werden aufgefordert, sich an regionalen Arbeits-Konferenzen zu beteiligen, auf denen Inhaltliche Themen (wie Geschichte und Funktion der Nato, das Verständnis der beiden Blöcke) diskutiert, lokale bzw. regionale Anti-Nato-Wochen vor dem Reagan-Besuch und die Demonstration am 10.6. gegen den Nato-Gipfel vorbereitet und die geeignete Form einer längerfristigen regionalen Koordination unter Einbeziehung der Klärung von Selbstverständnis und gegenwärtigem Konsens in Angriff genommen werden. Der von der BAF-Initiative herausgegebene Reader: "Beiträge zur Diskussion autonomer Friedenspolitik" könnte für alle oben angeführten Fragen und darüber hinaus herangezogen werden.

Folgende lokale Friedensinitiativen haben sich auf dem Arbeitstreffen z.T. verbindlich und z.T. unverbindlich bereiterklärt, die regionale Koordination und Arbeitskonferenzen zu übernehmen:

1. WESTNIEDERSACHSEN EMSLAND WEST-FALEN

Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI) unverbindliche Zusage Gabi Nickstadt Dielinger Str.43 45 OSNABRÜCK Tel.0541/28426

2. HAMBURG SCHLESWIGHOLSTEIN
Hamburger Friedenskoordination
Bernd u. Christel Kruse
Jungfrauenthal 16
2000 HAMBURG 13 Tel.040/476321

3. OST UND NORDNIEDERSACHSEN
Arbeitsgemeinschaft Braunschweiger
Friedenstage (AGBF)
c/o Andreas Groß
Alter Weg 17
33 BRAUNSCHWEIG Tel.0531/612198

4. OSTWESTFALEN SÜDNIEDERSACHSEN NORDHESSEN

Friedensladen Kassel c/o Dieter Schöffmann Blücherstr.22 35 KASSEL

5. NIEDERRHEIN
Aachener Friedensinitiative
c/o Horst Klaßen
Hambrucher Str.14
51 AACHEN Tel.0241/75652

6. NORDRHEIN WESTFALEN
Antimilitaristische Gruppe Bonn
Buchladen
Kalserstr.46
53 BONN 1

7. BAYERN

Vereinigte Münchener Friedensinitiativen (unverbindliche Zusage) Tumblinger Str.20 8000 MÜNCHEN 2 Tel.089/5309017

8. BADEN WÜRTTEMBERG
Anti-Nato-Gruppe Freiburg
c/o Jos Fritz
Wilhelmstr.15
78 FREIBURG

Bunte Liste Freiburg Fischerau 6 78 FREIBURG

In folgenden Regionen fehlen noch Initiativen zur Übernahme der regionalen Koordination: - RHEINLAND PFALZ SÜDHESSEN SAARLAND

Wir bitten die interessierten Friedensinitiativen, die bereit sind, die regionale Koordination in diesen zwei Regionen zu übernehmen, sich umgehend bei der Kontaktadresse der überregionalen Koordination (Hamburger Friedenskoordination) zu melden. Am besten wären Gruppen aus den Städten Frankfurt, Wiesbaden, Mainz.

Aile obengenannten Friedensinitiatven werden umgehend von der OFRI die Adressen ihrer jeweiligen Region zugeschickt gekommen.

KONTAKTADRESSE für bundesweite Koordination:

Hamburger Friedenskoordination Bernd u. Christel Kruse Am Jungfrauenthal 16 2000 HAMBURG 13 Tel. 040/476321

(BI Frieden durch Neutralität Fondermann, Schenkendorfstr.50 4200 OBERHAUSEN 1 Tel.0208/875781)

Die Spendensammlung Waffen für El Salvador ergab 424.36 DM

Chronologie der Vorbereitungen zum 10.6.



USA und BRD in der nuklearen "Risikogemeinschaft"

24.2. fand in Bonn das 1.Treffen statt, beteilgt waren Die Grünen-BBU-Judos-KOFAZ-Ohne Rüstung Leben-AGDF-LHV-DFG-VK-ESG-Frauen für den Frieden-Basisgruppen-VDS-SDAJ-BUKO-Falken

am 4.3. erarbeitete ein 7-köpfiger Kreis, darunter Lukas Beckmann von den Grünen, einen Aufruf-Entwurf. Dieser Aufruf wurde mit leichten Veränderungen im Internationalismusteil auch am 4.4. vorgelegt.

16.3. in Bonn. Hier trat ein Kreis aus 37 Organisationen und Gruppen zusammen (daher auch der Name: Aufurfvorschlag der 37), neben den bereits genannten kamen hinzu: Jusos-SHB-CfA-DKP-DFU-VVN-Frieko-SB-GA-Russell-SCI-MG-MSB-ASK-AL Berlin. Nach langer nerviger Diskussion fast nur über Polen/Afghanistan wurde der Aufrufvorschlag bei nur 3 Gegenstimmen (aus dem BAF-Spektrum) verabschiedet. Der Versuch, ihn ohne Diskussion auf breiterer Ebene "offiziell" zu machen, wurde abgewehrt.

4.4. Stadthalle Bonn BadGodesberg, bundesweites Treffen von Friedensinitiativen. An der Diskussion nahmen ca 800 Personen teil. Der Aufurfvorschlag der "37" wurde zur Grundlage der Diskussion genommen, der Aufrufvorschlag der BAF erhielt immerhin ca 1/3 der Stimmen. Unwesentliche Änderungen am Vorschlag der "37", weil für Änderungsanträge 3/4 Mehrheit nötig. Der Aufruf wurde dann insgesamt abgestimmt. Ca 90% der Anwesenden stimmten für diesen Aufruf zum 10.6. nach Bonn.

5.4.Pressekonferenz der Grünen. Großes Theater, weil die Grünen den Aufruf plötzlich nicht mehr mittragen wollten und meinten, die ganze Konferenz sei DKP-gesteuert gewesen. Am gleichen Abend verfaßten 5 Personen aus dem Nicht-DKP-Spektrum einen offenen Brief an die Grünen, um einer Spaltung der Demonstration entgegen zu wirken. Die Jusos und einige andere Gruppen spekulierten bereits öffentlich auf eine Spalter-Demo am 12.6.

Seitdem tagt wöchentlich der Koordinationsausschuß, in dem folgende Gruppen mitarbeiten: BBU/DFG-VK/Grüne/Frauen f.d.F./BU-KO/AGG/ESG/VDS/BAF/GA/Russell/KO-FAZ/Falken/SDAJ/JUDOS/DS/Schüler. Die Geschäftsführung bestreiten BBU/DFG-VK/Buko/Frauen f.d.F./ESG und VDS

Plakate, Buttons, Aufkleber usw. könne bestellt werden bei: KOORDINATIONSBÜRO 10.6. Thomas Mann Str.54 53 Bonn 1 (Tel.0228/631021-22) Als Anfang März feststand, daß der ursprünglich in Brüssel geplante Nato-Gipfel nun provokativ von der Bundesregierung nach Bonn geholt wurde, ging ein "Ruck durch die Friedens- und Anti-Kriegsbewegung". Und dazu kommt noch Reagan, die Symbolfigur der neuen Kriegslinie des "freien Westens" gegen die "Dritte Welt" und die UDSSR.

Für alle war klar, das nehmen wir nicht hin, dieser Nato-Gipfel ist der Gipfel, dem werden wir etwas entgegensetzen, was deutlich macht, daß wir die Verantwortlichen für die Kriegstreiberei, für die Kriege, die zur Zeit stattfinden, für die Militärdiktaturen in der Türkei, in Lateinamerika und sonstwo erkannt haben, daß wir beginnen ihre Politik zu durchschauen und daß wir dem unseren Widerstand entgegensetzen, der nicht nur aus Worten und Redenhalten besteht. Uns war klar, daß wir in unseren Aktivitäten über das hinaus gehen müssen, was die Friedensbewegung am 10. Oktober ausgedrückt hat. Die Zahl der Teilnehmer an einer Großdemonstration ist dabei nicht das einzige und auch nicht unbedingt das entscheidende Kriterium.



Who is who

Im folgenden will ich einmal den Versuch wagen, einige wichtige Strömungen der Friedensbewegung mit ihren Hauptpositionen darzustellen und so für manch einen die Auseinandersetzungen um verschiedene Aufrufe, das Gerangel um Redner, Presseerklärungen usw. ein wenig durchschaubarer zu machen und die Hintergründe dieser "Schaugefechte" aufzuzeigen.

1. Da haben wir zunächst einmal die **DKP-orientierten Kräfte, also KOFAZ, DKP** und diverse Anhang und Massenorganisationen, wie MSB, DFI, SDAJ, VVN, VDS usw. Ihre Position ist ziemlich klar: Grundlage jeder Aktion ist die Gegnerschaft der Nach-

der hat auch leicht einen klaren Blick in Richtung Osten. Und das führt dazu, daß auch die Interessen der UDSSR benannt werden - auch ihre Unterdrückungspolitik und das muß nach Ansicht der DKP der Friedensbewegung schaden, weil eben die UDSSR die Zentrale der Internationalen Friedensbewegung ist.

Fazit: Die DKP-orientierten Kräfte wollen die Diskussion auf die Frage der Nachrüstung beschränken und versuchen jede weitergehendere Auseinandersetzung und Weiterentwicklung zu verhindern:

2. Und dann sind da noch die SPDorientierten Kräfte, incl. Judos, Demokratische und andere Sozialisten, usw. Fatalerweise treffen sich in wichtigen Fragen ihre Interessen mit denen der DKP. Bei Treffen und Konferenzen stimmen sie meist als Block ab (wie auch am 4.4., was oft zu der irrigen Annahme führt, dies wären "alles DKPler"). Auch die SPD-orientierten Kräfte haben ein Interesse an den Abrüstungsverhandlungen, auch sie verbreiten unaufhörlich die Illusion, diese Verhandlungen würde zu echter Abrüstung und Friedenssicherung führen. Sie stehen trotz aller Kritik am Nachrüstungsbeschluß und der Aufrüstung allgemein fest auf dem Boden des westlichen Systems, auch auf dem Boden der Nato. Wie die DKP sind sie Vertreter der Blocklogik, Im Grundegenommen vertreten sie die gleichen Grundpositionen wie Schmidt, nur die konkreten Einschätzungen sind unterschiedlich und führen zu verschiedenen Ergebnissen. "Mit den Jahren schleift sich das schon ab", so darf es auch niemanden wundern, daß der jetzige Verteidigungsminister vor nicht allzulanger Zeit noch Juso-Chef war, und selbst ein Mann wie Roth, ebenfalls linker Ex-Juso-Chef, heute den Nato-Doppelbeschluß mitträgt und zwar in vorderster Linie. SPD- wie DKP-orientierte Kräfte lehnen alle

Überlegungen ab, die systemüberwindenden oder systemsprengenden Charakter haben. Sie unterstützen alle Forderungen, die sich innerhalb des Systems der Blöcke und der Supermächte mit ihren Mechanismen wie Uno. Europäische Sicherheitskonferenz, Genfer Abrüstungsverhandlungen, Salt usw. realisieren lassen.

Dieser



Gipfel

Seitdem hat eine Vielzahl von Treffen und Konferenzen stattgefunden. Eine kurze Chronologie dieser Treffen findet ihr im nebenstehenden Kasten. Diese Treffen waren geprägt von dem Versuch der unterschiedlichen Strömungen der Friedensbewegung, der Demonstration gegen den Nato-Gipfel ihren Stempel aufzudrücken, bzw. ihre Vorstellungen dort umzusetzen. Das ist bei einer so heterogen zusammengesetzten Bewegung - wie es nun mal die Friedensbewegung ist - ja auch notwendig und legitim. im Gegensatz zu den Vorbereitungen zur Oktober-Demo 81 wurde im großen und ganzen öffentlich diskutiert und beraten. wann, wo und mit welchem Aufruf demonstriert wird. Dieses "demokratische" Vorgehen - die Frage der Über- oder Unterrepräsentanz einzelner Gruppen sei hier einmal ausgeklammert - ist sicherlich ein Fortschritt und hat positive impulse für die so notwendige inhaltliche Auseinandersetzung in der Friedensbewegung gegeben. Allerdings hat die Diskussion um den gemeinsamen Aufruf auch gezeigt, daß der krampfhafte Versuch, einen "Minimalkonsens" zu finden, eine Weiterentwicklung der Positionen blockiert. Die Dominanz von SPD/DKP orientierten Kräften nebst Anhang verhindert faktisch jedes Hinausgehen über die Ablehnung der Nachrüstung. Die offene Auseinandersetzung mit diesen Kräften hat hinter den Kulissen bereits begonnen, nach dem Nato-Gipfel wird sie mit Sicherheit offen ausbrechen (vergl. Bahro-Rede am 4.4., im Spiegel abgedruckt).





rüstung, alles, was darüber hinaus geht, kann die Bewegung nur spalten und schwächen. Diese Kräfte sind für die Genfer Abrüstungsverhandlungen als Durchsetzungsform der Forderungen der Friedensbewegung. Ihr Ziel ist es - im Interesse der Position der UDSSR und der anderen soz. Staaten - die Position des Westens - sprich der USA - in diesen Verhandlungen zu schwächen, eben durch eine breite Anti-Nachrüstungsbewegung. Motto: Jede Rakete, die im Westen nicht aufgestellt wird, und jede Rakete, die im Osten stehen bleiben darf, ist ein Erfolg der Friedensbewegung. Je stärker die UDSSR ist, desto sicherer ist der Friede. Resultat dieser Position ist die Hauptforderung des

ist der Gipfel

Aufrufes zum 10.6. (wie auch zum 10.10.81) nach "ernsthaften Verhandlungen der USA in Genf". Motto: Nur die Abrüstungsverhandlungen können den Frieden sichern, die UDSSR verhandelt sowieso schon ernsthaft, wenn nun die USA sich auch noch ein bißchen Mühe gibt, ist alles in Butter.

Darüberhinaus scheinen diese Kräfte auch ein Interesse daran zu haben, die Friedensbewegung möglichst "unpolitisch" zu belassen. Motto: Wenn man zu scharf gegen die Nato argumentiert oder sogar deren Auflösung fordert, provoziert man damit schnell auch die Forderung nach Auflösung des Warschauer Paktes. Oder: Wer einen politisch klaren Blick in Richtung Westen hat,

Bei den folgenden Gruppen wird es etwas schwieriger, well die Positionen nicht mehr so klar sind, bzw. sich überschneiden und man nicht so genau die und die Position der und der Gruppe zuordnen kann. Versuchen will ichs dennoch:

3.wäre da die Position, die in erster Linie aus einer moralischen und ethischen Grundhaltung heraus argumentiert. Ihre Motivation zum Protest entspringt dem Wahnwitz heutiger Gesellschaft, dem Nebeneinander von Aufrüstung und Hunger, der Perversität heutiger Welt, die zur Zeit besonders am Thema Frieden/Abrüstung deutlich wird. Diese "Position" hat eine

starke Abneigung gegen "politisches Argumentieren" (welche Interessen spielen eine Rolle, was steckt hinter den Blöcken? usw.), weil sie das eigentliche Problem im Menschen selber sieht und eine wirkliche Verbesserung der Situation dadurch erwartet, daß langfristig alle Menschen zu ethisch moralischen Grundwerten wie Gewaltlosigkeit, Frieden usw. kommen, sodaß die Regierenden dann nicht mehr anders können als diese Positionen zu übernehmen. Hauptforderung und Anliegen ist "Frieden schaffen ohne Waffen". Ihre ganze Argumentation richtet sich gegen die Waffen an sich, in deren Anhäufung sie die zunehmende Kriegsgefahr begründet sehen. Sie konzentrieren sich auf die Forderung gegen die Nachrüstung und für Abrüstung und für Abrüstung. Ihre Hoffnungen knüpfen sie ebenfalls an einen Erfolg der Genfer Verhandlungen. In dieser Frage kommt es wiederum zu einer Deckung mit den Vorstellungen der SPD und DKP-orientierten Kräfte. Zusammen mit ihnen stellen sie den großen Block der "Nur-Rüstungsgegner", wie er z.B. im Krefelder Appell zum Ausdruck kommt. Die Ausstrahlung dieser Gruppen geht weit in die etablierten Parteien, Verbände und anderen Gruppen in der BRD hinein.

Hoffnung und Motivation ruht auf der Annahme 'die Kriegsgefahr verhindern und den Frieden sichern zu können'ohne an den Grundpfeilern unseres "Systems", der Blocklogik rütteln zu müssen.

4. kommen dann die Eurozentristen, vertreten durch Bahro, die Russell-Gruppen, Teile der Grünen, einige Ex-K-Grüppler usw. Sie sehen die Hauptperspektive in einer systemsprengenden blockübergreifenden gesamteuropäischen Friedensbewegung, die die Völker Europas aus der Blockkonfrontation herausführen. Diese Gruppe vertritt am konsequentesten die Interessen im anderen Block (und legt sich damit am meisten mit der DPK an). Das führt allerdings zu einer gewissen Neigung, diese Punkte überzubetonen und die Verhältnisse und Interessen bei uns zu "vergessen" bzw. unbewußt nicht so wichtig zu nehmen.

5. vertreten noch die 3.Weit-Gruppen eine eigene Position. Sie versuchen, ein wenig vom eurozentrischen Denken in der Friedensbewegung weg zu kommen, klar zu machen, daß überall auf der Welt Kriege stattfinden, die uns angehen, die im "Interesse des Westens" geführt werden. Aus den konkreten Erfahrungen des Kampfes in der 3.Welt lehnen sie eine ideologische Festlegung auf bestimmte Widerstandformen ab.



Das BAF-Spektrum, wozu wir uns zählen, Teile der Kirche, der 3.Welt-Gruppen und viele andere nicht näher definierbare Gruppen und Einzelpersonen. Da die BAF noch sehr jung ist, sind nur wenige Positionen diskutiert. Hauptanliegen der BAF ist es, in der Friedensbewegung zu einer politischen Diskussion zu kommen und die Frage nach den politischen Ursachen und Hintergründen zunehmender Kriegsgefahr aufzuwerfen. Die Solidarität mit dem Kampf der Befreiungsbewegungen in der 3.Welt spielt dabei eine besonders große Rolle, weil in dem Konflikt der kap, westlichen Industrieländer mit der 3.Welt der Konfliktbereich liegt, der die größte Kriegsgefahr darstellt. Der in Osnabrück verabschiedete Aufrufvorschlag zum 10.6. gibt weiterhin die Einschätzung ab, daß die Nato ein offensives Bündnis zur Verteidigung der "Interessen des Westens gegen die 3.Welt und die UDSSR" ist. Die BAF begreift Friedenspolitik blockübergreifend und solidarisiert sich uneingeschränkt mit den Friedensbewegungen im anderen Block. Sie lehnt weiterhin eine Orientierung auf Verhandlungen der Regierungen ab und setzt auf die basisorientierte Widerstandskraft der autonomen Friedensbewegung.

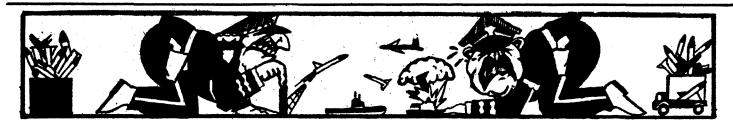


Von der Anti-Nato-Demonstration zur Anti-Raketen-Demontration zurück

Zurück zum Ausgangspunkt, zum Nato-Gipfel und den Vorbereitungen zur Demonstration am 10.6.. Alle diese eben dargestellten Strömungen der Friedensbewegung sind an den Diskussionen um eine gemeinsame Demonstration beteiligt gewesen. Bei der Verschiedenartigkeit der Positionen kann sich jede/r wohl gut vorstellen, welch ein schwieriges Unterfangen es ist, sich in diesem Kreis z.B. auf einen gemeinsamen Aufruf zu einigen.

Wir haben von Anfang an in der Vorbereitung mitgemacht und haben versucht, unsere Positionen anläßlich des Nato-Gipfels klar zu machen. Wir haben innerhalb der BAF einen eigenen Aufrufvorschlag diskutiert und praktisch einstimmig verabschiedet (in diesem Atomexpress abgedruckt). Wir wollen eine Demonstration gegen diesen Nato-Gipfel machen, gegen die obersten westlichen Kriegsherren, die aus diesem Anlaß am 10.6. nach Bonn kommen, wir wollen ihnen zeigen, daß sie mit unserem Widerstand zu rechnen haben, daß wir erkannt haben, daß sie dafür verantwortlich sind, wenn die Welt durch einen Atomkrieg verwüstet wird, wir als verkohlte Leichen stumme Opfer sind. Wir wollen in Bonn eine deutliche Sprache sprechen. Ihre Interessen sind nicht unsere Interessen! Mit unserem Aufrufvorschlag sind wir in das Treffen am 4.4. gegangen, wohlwissend, daß die Chancen, diesen Aufruf als allgemeine Grundlage der Demo zu verankern, nicht groß sind; dazu sind die Strömungen, die andere Positionen haben, zu stark vertreten gewesen. Wir haben dann versucht, BAF/ESG/3.Welt – in einem Änderungsantrag die gröbsten Schnitzer aus dem Aufrufvorschlag von DKP/Juso/BBU/DFG-VK usw. herauszukriegen.

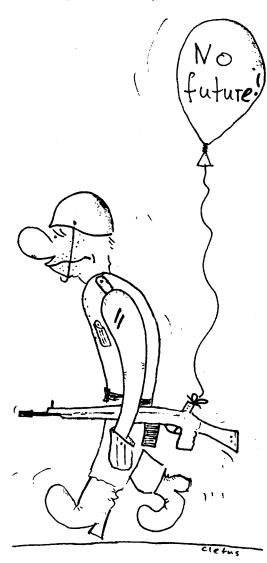




Wir haben es nicht geschafft: Die unserer Einschätzung nach katastrophale Orientierung des Aufrufs auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen und die Entspannungspolitik der Bundesregierung ist geblieben, die Annahme einer Passage zur Kritik an der Nato wurde nicht gebilligt. Immerhin zeigte sich aber, daß es mittlerweile eine ganze Reihe von Gruppen gibt, die unsere Positionen unterstützen. Gegen die Genf-Passage und für die Nato-Passage stimmten ca. die Hälfte der Konferenz-Teilnehmer/innen (für Änderungen war aber eine 3/4 Mehrheit notwendig!).

Der verabschiedete Aufruf ist in wesentlichen Punkten eine Katastrophe. Dennoch haben wir als BAF-Vertreter an der weiteren Vorbereitung bis jetzt teilgenommen, weil wir die Bedeutung des Aufrufes auch nicht überschätzen wollten und ohnehin eigene Schwerpunkte in der Mobilisierung setzen. Wir haben versucht, innerhalb des breit zusammengesetzten Koordinierungsausschusses unsere Positionen trotz des Aufrufes einfließen zu lassen: in den Fragen der Organisation, der Mobilisierung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Kundgebung als zentralstem und wichtigstem Punkt. Wir sind bei dieser Arbeit desillusioniert worden. Wir müssen nun feststellen, daß die ganze Demonstration, der ganze Protest und Widerstand gegen den Nato-Gipfel Stück für Stück verwässert worden ist. Der politischen Herausforderung durch den Nato-Gipfel wird ausgewichen, zumindestens auf der gemeinsamen Demonstration am 10.6.. Wir halten das für einen schweren Rückschlag im Kampf gegen den Krieg. Die wesentlichen Stationen der Demo sind bereits festgelegt. Die Hauptkundgebung wird bestritten von zwei kirchlichen Rednern aus den Vereinigten Staaten und Guatemala und für die deutsche Friedensbewegung sprechen Ex-General Bastian und die Theologin Dorothee Sölle und der DGB-Vorsitzende von Rheinland-Pfalz (würg,d.S.). Auf den Nebenkundgebungen mag vielleich für das eine oder andere weitergehendere Wort Platz sein - aber auch nur vielleicht mehr nicht!

Was stattfinden wird ist eine Neuauflage des 10.Oktober. Der Nato-Gipfel ist nur Anlaß, es könnte auch irgendetwas anderes sein. Es sieht so aus, daß am 10.6. eine Demonstration neben dem Nato-Gipfel nicht aber gegen den Nato-Gipfel stattfindet!



In welche Richtung das läuft mögen vielleicht folgende Zitate aus dem Brief von Petra Kelly/Bastian verdeutlichen, den sie an die Demonstrationsleitung richten, mit einiger Aussicht auf Erfolg. Sie schreiben: "Wir, beide Krefelder Mitinitiatoren, hoffen, daß wir Euch mit diesem Brief erreichen werden. Wir möchten, daß folgende wichtige Positionen in einer Ergänzung zum Aufruf enthalten sind:

a. Das vorrangige Ziel der Demo am 10.6. ist die Verhinderung der Nato-Nachrüstung. Sie ist keine Anti-Reagan-Demonstration sondern eine Pro-Abrüstungs-Demonstration in Solidarität mit all denjenigen, die sich in West und Ost gegen das atomare Wettrüsten auflehnen, insbesondere mit der amerikanischen Friedensbewegung.

b. Die Demo am 10.6. muß im Zeichen der aktiven Gewaltfreiheit stehen – das heißt sich auch im bundesweiten Aufruf zur Gewaltfreiheit am 10.6. klar und deutlich bekennen. Unser gemeinsames Engagement gegen die atomare Bedrohung und den Rüstungswettlauf in West und Ost muß unverkennbar gewaltfrei sein – damit nach innen und außen Mittel und Ziel unserer friedenspolitischen Perspektive sichtbar werden."

In weiteren Punkten kommen dann noch die Unterstützung der Friedensbewegung in der DDR und die Ablehnung der friedlichen Anwendung der Atomenergie zur Sprache. Diese Zusätze gehen total am Nato-Gipfel vorbei und verstärken noch die im Aufruf ohnehin vorhandenen Tendenzen zur politischen Verwässerung. Kein Wort zum Nato-Gipfel, auch die Orientierung auf die Abrüstungsverhandlungen scheint P.Kelly und Bastian nicht zu stören. "Diese Fragen sind nicht so wichtig, worauf es ankommt, daß ja nicht gegen Reagan demonstriert wird, daß die Demo gewaltfrei ideologisiert wird und daß die Friedensbewegung in der DDR als Hauptanliegen der Demonstration zu Ausdruck kommt.

Den Versuch der Ideologisierung in Richtung grundsätzlicher Gewaltfreiheit der Friedensbewegung insgesamt gerade anläßlich des Nato-Gipfels zu unternehmen, ist geradezu absurd, und beinhaltet eine Distanzierung vom Befreiungskampf in der "Dritten Welt", von dem ja wohl auch Petra nicht glaubt, daß man gewaltfrei in El Salvador oder sonstwo in den Auseinandersetzungen bestehen kann. Eine Distanzierung wäre dies ebenfalls von Teilen der bundesdeutschen Friedensbewegung, die weitergehendere Protest- und Widerstandsformen aus welchen Gründen auch immer gewählt hat - sei es am 6.Mai 80 in Bremen. sei es anläßlich diverser Rekrutenvereidigungen, sei es anläßlich der Haig-Demo und vor allem sei es anläßlich der vielen Aktionen während der Anti-Nato-Woche im kommenden Juni.

Die Frage der Gewalt stellt sich anläßlich der Demo am 10.6. in Bonn nicht, das müßte eigentlich jede/r wissen. Die Demo am 10.6. ist eine politische Demonstration eines sehr breiten Bündnisses und keine einzige Gruppe erwägt, irgendwelche militanten Aktionen aus der Demo heraus, die zu einer offenen Spaltung führen würden. Deshalb ist das Hereinbringen der Frage der Gewaltfreiheit von P.Kelly und G.Bastian der Versuch, die Friedensbewegung auf eine grundsätzliche Ideologie der strikten Gewaltfreiheit festzulegen. Und dies kann die Friedensbewegung nur spalten und schwächen und den andersgearteten Widerstand vieler Menschen auf der Welt und auch in der Bundesrepublik in den Rücken fallen.

Ob diese Zusätze nun offiziell angenommen werden oder nur von einem Teil des Koordinierungausschusses mit großem Getöse (wie bereits am 5.4. von den Grünen) über die bürgerliche Presse in die Öffentlichkeit trompetet wird, macht eigentlich kaum einen Unterschied. Diese Positionen von Kelly/Bastian werden für die Demo am 10.6. prägend sein, die Vertreter, die für die deutsche Friedensbewegung reden sollen, liegen ebenfalls auf dieser Linie. Der Hauptredner ist selbst Mitautor des oben teilweise zitierten Briefes.

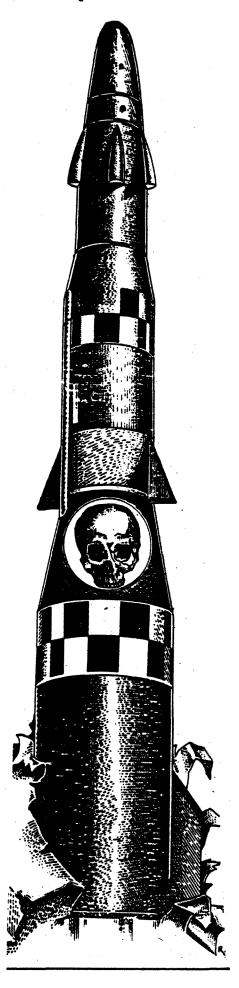
Es sei denn, innerhalb der friedenspolitischen Öffentlichkeit regt sich noch erheblicher Widerstand, der einen entsprechenden Druck auf den Koordinierungsausschuß ausüben würde.

Für die Vertreter der BAF stellt sich nun die Frage, ob sie weiterhin in verantwortlicher Position (d.h. im Koordinierungsausschuß) in der zentralen Vorbereitung mitmachen wollen, ob sie die sich abzeichnende Entpolitisierung der Demonstration mittragen können.

Diese Frage kann nur beantwortet werden im Zusammenhang mit grundsätzlichen Überlegungen, mit welchen Vorstellungen wir in Bündnissen innerhalb der Friedensbewegung arbeiten. Der BAF nahestehende Gruppen innerhalb des Koordinierungsausschusses - und das sind nicht wenige argumentieren gegen einen Ausstieg aus der zentralen Vorbereitung: Sie sagen, man darf nicht nur die negativen Punkte aufzählen, sondern man muß auch die positive Entwicklung unter langfristigen Aspekten sehen. Ohne den Druck der "neuen Friedensbewegung" hätte z.B. die Demo niemals am 10.6. in Bonn. also vor Ort, stattgefunden. Durch diese Demo vor Ort ist ohnehin eine eindeutige Richtung gegen den Nato-Gipfel gegeben. Weiterhin argumentieren sie (und auch ein Teil der BAF-Leute, die bisher an den Treffen teilgenommen haben), daß in den nächsten Wochen noch viele entscheidende Konflikte im Koordinierungsausschuß auftreten werden, wo es enorm wichtig ist, vernünftige Positionen durchzusetzen bzw. grobe Schnitzer zu verhindern. Die Voraussetzung dies punktuell erfolgreich machen zu können, ist relativ günstig. In der für die Öffentlichkeitsarbeit wichtigen Geschäftsführung sind mit BUKO und ESG immerhin zwei der BAF nahestehenden Gruppen vertreten. Außerdem dürfe man nicht zu eng auf den 10.6. starren, sondern die langfristige Entwicklung in der Friedensbewegung sehen. Und es gebe eben eine deutlich positive Entwicklung.

Die Verankerung unserer Positionen kann nur in der Auseinandersetzung innerhalb der Friedensbewegung fortschreiten. -Schmollend aus der Vorbereitung auszusteigen, weil die eigenen Positionen nicht durchsetzbar sind, sei eine Überbewertung der Situation und könne auch nur deswegen in Erwägung gezogen werden, weil die BAF, zumindest in der breiten Öffentlichkeit, kaum eine Bedeutung hat, und so ein Ausstieg die gemeinsame Demo nicht gefährden würde. Wenn aber andere Gruppen das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen würden, würde die Demo am 10.6. auseinanderfallen. Allein die Pressekonferenz der Grünen hätte die Demo ja schon fast gespalten. Und hinter dem Aufruf können viele Gruppen kaum stehen, aus den unterschiedlichsten Gründen heraus.

Diese Argumente sind sicherlich berechtigt. Auf der anderen Seite muß man aber auch sehen, daß man sich in einer gemeinsamen Demonstration noch irgendwo wiederfinden kann. Und da gibt es bestimmt eine Gren-



ze, die nicht überschritten werden kann, wenn man nicht sein eigenes Selbstverständnis aufgeben will. Diese Grenze ist bei einzelnen Gruppen sicher verschieden hoch, bei Gruppen wie der BAF wahrscheinlich besonders hoch.

Wenn man es realistisch einschätzt, bleiben von den Vorstellungen, wie sie die BAF anfangs eingebracht hat, folgende übrig:

– daß die Demonstration am 10.6. in Bonn stattfindet:

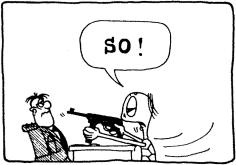
- daß Vertreter der "Dritten Welt" reden;
- daß auf der Nebenkundgebung eine Auseinandersetzung mit der Politik der Nato und der Perspektive der Friedensbewegung möglich erscheint, in die sich die BAF einbringen kann.

Ob diese Punkte ausreichen – bei der gleichzeitigen politischen Verwässerung der Inhalte der Demo zu einem allgemeinen Friedensspektakel – um guten Gewissens weiter in der zentralen Vorbereitung mitzuarbeiten, das muß die Diskussion der nächsten Wochen zeigen.

Unabhängig davon werden die Gruppen der BAF in der Mobilisierung vor Ort ihre eigenen Schwerpunkte setzen, den eigenen - Aufruf verwenden und sich auf die regionalen Aktivitäten während der Anti-Nato-Woche konzentrieren.

Allein an uns wird es liegen, ob diese Demonstration noch eine Prägung gegen die Kriegstreiber der Nato bekommt, durch die Vorbereitung der Demo (Anti-Nato-Woche in allen Städten und Dörfern) und durch unser Erscheinen mit Transparenten etc. auf der Demo selbst.







BAF-Treffen in Göttingen

1.Wir begrüßen das Zustandekommen eines breiten Bündnisses für eine Demonstration am 10.6. in Bonn anläßlich des NATO-Gipfels und des Reagan-Besuches in der Bundesrepublik. Wir werden diese Demonstration voll unterstützen und uns an der zentralen Vorbereitung weiter beteiligen.

Im gemeinsamen Aufurf der Friedensinitiativen zu dieser Demonstration kommt zum Ausdruck, wogegen sich die Demonstration richtet:

- gegen den Nato-Gipfel, weil auf ihm die Nato auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltwelte Vormachtstellung festgelegt werden soll
- gegen die Gefahren der weltweiten Aufrüstung
- gegen den Nato-"Nach"rüstungsbeschluß
- gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der USA in Mittelamerika
- gegen eine Unterstützung der Militärreglerung in der Türkei durch die Nato
 gegen jegliche Einmischung in Polen
- gegen jegliche Einmischung in P und Afghanistan.

Wir unterstützen diese Ausrichtung der Demonstration. Gleichzeitig wenden wir uns gegen alle Versuche verschiedener politischer Kräfte, die Zielrichtung der Demonstration zu verwässern. Durch öffentliche politische Erklärungen (z.B. die von P.Kelly und G.Bastian) und durch eine einseitige Orientierung der Hauptkundgebungsreden auf allgemeine Rüstungsfragen sehen wir die Gefahr, daß der ursprüngliche Anlaß, nämlich das Nato-Gipfel-Treffen in Bonn, in seiner zentralen Bedeutung stark abgeschwächt wird und der Charakter der Demonstration in eine allgemeine Abrüstungsdemonstration umgemünzt wird. Auch wir

sind selbstverständlich für Abrüstung, aber eine Demonstration gegen den krieg muß auch die Verantwortlichen nennen. Deshalb treten wir allen Versuchen entgegen, die Demonstration so darzustellen, als richte sie sich gar nicht gegen Reagan und den Nato-Gipfel.

Für uns ist eine Ablehnung der Kriegspolitik von Reagan und der Nato insgesamt von zentraler Bedeutung. Eine scharfe und konkrete Kritik an der Nato-Politik zu diesem Anlaß erfolgt auf dem Hintergrund unseres Verständnisses als unabhängige Friedensbewegung, sich weder für die Interessen der einen, noch der anderen Großmacht funtkionalisieren zu lassen. Illoyalität gegenüber den beiden Machtblöcken heißt für uns Kampf für die Loyalität aller Kriegsgegner und Friedensfreunde untereinander.

Der gemeinsame Aufruf beinhaltet zwei Forderungen, die auf die Genfer Verhandlungen und auf eine "Fortsetzung der Entspannungspolitik" durch die Bundesregierung orientieren. Für uns als autonome Friedensbewegung sind diese Forderungen grundfalsch. Wir wissen, daß Reagan überhaupt keine "ernsthaften" Verhandlungen führen will. Wir können uns nicht auf die "ernsthafte" Verhandlungsbereitschaft von Politikern verlassen, die das Geschäft des Krieges betreiben. An diese Ernsthaftigkeit wird aber in den Forderungen appelliert. Grundprinzip einer autonomen Friedensbewegung ist es, nicht auf die Verhandlungsbereitschaft oder den guten Willen von Regierungen zu vertrauen oder an sie zu appellieren, sondern auf die Entfaltung der eigenen Kräfte im praktischen Wderstand und eine massenhafte Basisbewegung - gemeinsam mit den Befreiungsbewegungen der 3.Welt zu orientieren.

Daraus folgt für uns:

- Wir unterstützen den Aufruf zur Demonstration'am 10.6.
- gleichzeitig erklären wir, daß wir die Orientierung auf die Genfer Verhandlungen und den Appell an die Bundesregierung zur Fortsetzung ihrer Entspannungspolitik ablehnen.
- wir treten dafür ein, daß auf der Hauptkundgebung unbedingt ein Vertreter der befreiungsbewegung in El Salvador spricht, wie dies auch dem Aufruf entspäche.
- wir treten dafür ein, daß sich auf der Hauptkundgebung ein Sprecher gegen den Nato-Gipfel und die Nato-Politik insgesamt wendet.
- wir treten dafür ein, daß die Demonstration auf beiden Rhein-Seiten stattfinden kann.
- wir fordern die Geschäftsführung auf, sich in den Verhandlungen mit der Polizei auf keine regelungen einzulassen, die den Anmarsch und die Demonstration selbst durch schikanöse Auflagen behindern

Vom 1.6.-10.6. wird eine Anti-Nato-Woche stattfinden. In dieser Woche ist Gelegenheit, in der international gespannten Aufmerksamkeit vor dem Nato-Gipfel von uns aus klarzumachen, in welchem Umfang und mit welcher Konsequenz der Kriegskurs der Nato von uns abgelehnt wird. Sie gibt den Rahmen und Zeit für sehr viele Aktionen gegen Einrichtungen der Nato und der USA, Zeit für viele Diskussions-und Informationsveranstaltungen, mit anderen Worten:

Die Durchführung der Anti-Nato-Woche ist für uns die politische Basis unserer Mobilisierung nach Bonn.

Presseerklärung der BAF vom 25.4.82

Diese Presseerklärung wurde auf dem BAF-Treffen am 25.4. in Göttingen ohne Gegenstimmen angenommen!

Weitere Ergebnisse des BAF-Treffens:

Unsere inhaltliche Grundlage für die Mobilisierung zur demo ist die in Osnabrück (als Aufrufvorschlag) verabschiedete politische Erklärung. Auf dieser Grundlage wird eine Readaktionsgruppe ein zentrales Flugblatt der BAF erstellen, daß am 10.6. auf der Demo verteilt werden soll.

Die BAF druckt weiterhin ein 8-seitiges Informationsblatt über "Die Geschichte der Nato" (Nachdruck des Atomexpress-Artikels).

"Die Geschichte der Nato" kann bestellt werden bei:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie

Anti-Kriegsgruppe -Postfach 45 Marienstr.10 (0551/7700158) 34 GÖTTINGEN

voraussichtlicher Preis: 0.20 DM

Camisso-Sizilien - dort werden zur Zeit die Abschußrampen für die ersten cruisle missiles gebaut, es gibt einen starken Widerstand der Bevölkerung, der aber international unterstützt werden muß. Die auf Sizilien stationierten cruise missile sind nach sicheren Informationen gegen Libven gerichtet.

Kontaktadresse: Lissy Schmidt - Limburger Str.23 - 6270 Idstein (06126/53118)

Anti-Nato-Wochen sind in Vorbereitung in Bremen, Hamburg, Bruanschweig, Göttingen, NRW, Osnabrück.

Es wurde noch einaml daraufhingewiesen, in Bonn auf der Demo einen geschlossenen Eindruck zu machen und z.B. untergehakt in Ketten zu laufen.

Das Herumschicken der Protokolle an den BAF-Verteiler, der mittlerweile 700 Gruppen umfaßt, ksotet viel Geld. Bitte spendet deshalb auf das BAF-Konto der Hamburger Friedenskoordination

Konto: Alexander Kaestner Kto.1238/467292 BLZ 200 505 50 0 Hamburger Sparkasse - Stichwort: Frieko BAF-Verteiler

Nächstes BAF-Treffen: Sonntag, 23.Mai

in Bochum

Schacht Konrad

Ausflug in die Steinzeit

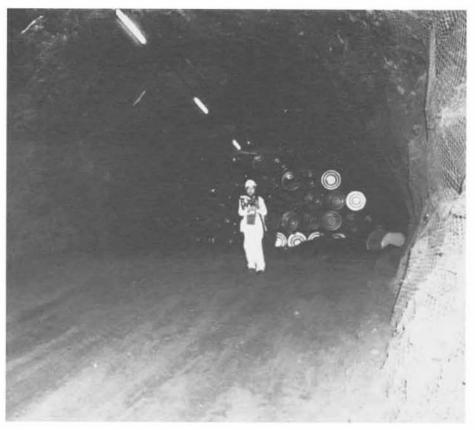
Ende März waren wir mit 20 anderen AKWGegnern zu Besuch auf Schacht Konrad.
Neben den Leuten vom Arbeitskreis
Braunschweig und Salzgitter, die diesen
Termin beantragt hatten, waren unter anderm Leute von der Gruppe Ökologie, die
TAZ und Jens Scheer dabei. Von Seiten der
Betreiber waren der Betriebsleiter, Vertreter der Belegschaft für Strahlen- und Umweltforschung GSF, die den Schacht auf seine
Eignung zur Endlagerung untersucht, anwesend.

Zehn Tage später legte die GSF dann überraschend den Endbericht ihres Gutachtens vor: wie nicht anders zu erwarten, hält sie den Schacht Konrad für die Endlagerung für geeignet. Dies teilte ein Sprecher der GSF mit. Das Gutachten soll in nächster Zeit von der physikalisch-technischen Bundesanstalt PTB veröffentlicht werden. Somit kann in der zweiten Hälfte 82 das Planfeststeluungsverfahren eingeleitet werden. Wie der Sprecher der GSF bei Bekanntgabe des Gutachtens mittellte, ist der Schacht Konrad, der auf die Einlagerung von schwach- und mittelaktiven Müll. sowie von Großkomponenten aus Abrißkraftwerken untersucht worden ist. NUR FÜR DIE ENDLAGERUNG VON SCHWACH-AKTIVEN MÜLL GEEIGNET I

Der Sprecher teilte ferner mit, daß der Abschlußbericht gegenüber dem Zwischenbericht keine neuen Erkenntnisse gebracht hat.

Das ist um so skandalöser, weil der Zwischenbericht noch derart viele Ungereimtheiten und Mängel aufwies, wie auch im folgenden aufgezeigt, daß die Bi's schon sagten, "der Zwischenbericht ist nicht das Papier wert, auf das er geschrieben ist". Ein weiterer Skandal: nach den Teilerrichtungsgenehmigungen von Grafenrheinfeld und Grohnde enthält jetzt auch die 3.TEG für das AKW Brokdorf den Schacht Konrad als Entsorgungsnachweis. Und das, obwohl nach wie vor keine Genehmigung für Konrad vorliegt.

Der Besuch begann mit einer mündlichen Einführung und Fragen zum Zwischenbericht. Im Gegensatz zu den Leuten von der Schachtanlage selber erwies sich Dr.Brewitz erneut als unfähig, an einer Diskussion teilzunehmen. Nach einigen fragwürdigen Erläuterungen und Weigerungen, auf Fragen Antwort zu geben, verließ er dann nach weiteren kritischen Äußerungen den Termin. Aus seinen Äußerungen war wieder einmal zu entnehmen, daß er sich nicht mit einer Eignungsprüfung beschäftigte, sondern mit einer Durchsetzung. Der Höhepunkt kam dann. als er auf Widersprüche zwischen den Aussagen der GSF und dem Kernforschungszentrum Karlsruhe angesprochen wurde, worauf er nur erwiderte: "In einer heterogenen Demokratie kommt es vor, daß der eine das so sagt, und der andere so".



Er ging auch wieder nicht auf das Problem der Gebirgsfeuchte (Feuchtigkeitsgehalt des Gesteins unter Tage), noch auf neue Erkenntnisse über Gefahren der Niedrigstrahlung ein (siehe Brief von Jens Scheer).

Im Anschluß an diese Diskussion begaben wir uns dann alle unter Tage. Mit 10 m pro Sekunde rauschten wir im Förderkorb auf 1200 m Tiefe.

Zuerst fallen einem die an den Wänden hängenden auskristallisierten Salztropfen auf, dies kommt von der Verdunstung des aus dem Erzgebirge ausgetretenen Salzwassers. Die "Feuchte" verdunstet, das Salz bleibt zurück.

Mit Dieselautos und Elektrobahn werden wir dann durch die ganze Schachtanlage gefahren und Betriebsleiter Alperts gab auf alle Fragen bereitwillig Antwort, im Gegensatz zu Brewitz über Tage.

Hier zeigte sich auch, daß das Hauptaugenmerk der GSF nicht auf der Eignungsuntersuchung, sondern auf der Erprobung der geeignetsten Einlagerungsmethoden liegt.

- Auf der 1200 m Sohle wird eine neue Grubenkammer errichtet, um die geeignetsten Abbaumethoden zu testen. Zu diesem Zweck wurden extra neue Maschinen entwickelt, die aus den 60 Millionen Forschungsgeldern mit bezahlt werden.
- In einer anderen Kammer wird die Einlagerung von Atommüllfässern simuliert. Hier wird, mit noch leeren Fässern, getestet, welche Art der Einlagerung am wirtschaftlichsten ist. Wenn die Kammer mit Fässern aufgefüllt ist, dann wird sie mit einem Sand-Kies-Gemisch verfüllt und dicht gemacht.

Neben diesen Arbeiten wird auch das Problem der Zerr-Tektonik (Spannungsverhalten des Gebirges) untersucht. Doch im Gegensatz zur Fachzeitschrift "Erzmetall", die schon 1974 eine relativ geringe Standfestigkeit attestierte, behauptet die GSF, die Grube sei über längere Zeiträume standhaft, wobei natürlich nicht gesagt wird, welche Zeitspanne gemeint ist.

Nach dem 3 stündigen Besuch in der "Unterwelt" gab es zum Schluß noch auf Kosten des Betreibers einen kleinen Imbiß, bei dem der Betriebsleiter und der Betriebsrat weiterhin für Fragen zur Verfügung standen. Dabei kamen denn auch noch einige merkwürdige Dinge zu Tage. So z.B.: Damit die Einlagerung des strahlenden Mülls eine optimale Rentabilität für den Betreiber bringt, müssen noch erst einige Kammern neu erstellt werden, damit das Fassungsvermögen des Schachtes auch optimal genutzt werden kann. Das heißt, daß mit der eventuellen Einlagerung nicht schon 1986/87, sondern erst 1990 begonnen werden könnte. Damit wären eigentlich eini-"Entsorgungsnachweise" nicht mehr rechtskräftig.

Und z.B. der Standpunkt des Betriebsrates er ist nur mit der Einlagerung von schwachaktivem Müll einverstanden, ansonsten wolle er sich dem entgegenstellen. Wie er "schwachaktiv" definiert, weiß er auch nicht, das soll ja demnächst vom BMFT kategorisiert werden. So gibt es Überlegungen, die Abfälle nur an Hand der Oberflächendosis zu kategorisieren. Mit entsprechender Ummantelung kann man dann auch hochaktiven Müll als schwachstrahlend klassifizieren. So sind

auch für Schacht Konrad derartige Behälter für mittel- und hochaktiven Müll ausgelegt. Und ein Sprecher der Kernforschungsanlage Karlsruhe gab auf Befragung zu, daß die Abrißkomponenten aus AKW's auch höhere Aktivitäten enthalten werden - diese werden etwa 1% des Mülls ausmachen. Also müßte der Betriebsrat eigentlich schon jetzt streiken. Nichts desto trotz wird weiter ausgebaut. Obwohl im Bericht der GSF nach wie vor wichtige Dinge fehlen:

- Die GSF kann nicht angeben woher wieviel Wasser kommt, und wohin es später verpreßt wird. Die GSF geht von einer Wassermenge von 4o-8o I/min aus. Diese sollen verdunsten und vom Belüftungsstrom aufgenommen werden. Dieser Belüftungsstrom ist aber nach Verfüllung und Schließung nicht mehr vorhanden. Nach Berechnung des AK Braunschweig läuft der verbleibende Porenraum dann innerhalb von 3 Jahren mit Wasser voll und wird dann in andere Gebirgsschichten verpreßt. Die GSF hat keine Untersuchung darüber angestellt, wie sich diese Verpressung auf die Konvergenzen des Gebirges auswirkt.

- Es fehlen Untersuchungen über die Belüftung nach Verfüllen der Grube. Nach Angaben des Kernforschungszentrum Karlsruhe ist eine dauernde Belüftung notwendig, da sich ansonsten ein hochexplosives Knallgasgemisch entwickelt. Würde diese notwendige Belüftung aber beibehalten, dann würden mit der Abluft (100-130cbm/s) aber natürlich auch radioaktive Stoffe mit zutage kommen.

 Es fehlen ausreichende kerntechnische Störfalluntersuchungen. Beim Absturz des Förderkorbs geht man von äußerst günstigen Bedingungen aus.

 - Auf die Zwischenlagerung des angelieferten Mülls in den Lagerhallen auf dem Schachtgelände wird nicht eingegangen.

Aber diese Fragen haben natürlich erst hinter dem Dringlichkeitsproblem Platz. Denn die Zwänge sind geschaffen, und da wird man dann auch von dem Planfeststellungsverfahren wohl kaum Objektivität erwarten können:

- Mitte des Jahres wird mit dem Abriß des AKW's Niederaichbach begonnen, dessen Komponenten in Schacht Konrad eingelagert werden sollen.
- Entsorgungsnachweis für die AKW's in Grafenrheinfeld, Grohnde und Brokdorf.

Ein tolles Argument, um eine kritische Bevölkerung einzulullen, hat zum Schluß auch noch der Betriebsleiter zur Hand:

"Wenn sie betrachten, wie andere Länder ihren Müll lagern, - einfach ins Meer kippen oder in der Wüste vergraben - dann ist dies doch wohl die sauberste Lösung".

Die Leute vom Arbeitskreis Braunschweig sehen denn auch schon, nachdem die Stadt Salzgitter kein Interesse mehr an einem Gegengutachten der Gruppe Ökologie hat und es auch nicht für nötig hält, Informationsveranstaltungen zu organisieren, geschweige denn daran teilzunehmen, nicht mehr allzu viel Sinn darin, hier auf wissenschaftlicher Ebene weiter zu argumentieren und zu arbeiten. So konnten Anfang März die Einwohner von Braunschweig und Salzgitter Briefe aus ihren Briefkästen holen, in denen die Stadtverwaltungen auf die Gefahren einer Einlagerung von atomaren Müll in Schacht Konrad und Asse II hinweisen. Die Kripo ist dort schon auf der Suche nach den Übeltätern.



Im Zuge der Ermittlungen der Kripo wurden bei mehreren AKW-Gegnern Hausdurchsuchungen - teilweise ohne Durchsuchungsbefehl - durchgeführt. Sogar am Arbeitsplatz einiger Leute erschien die Kripo, was für die direkt Beteiligten eine große psychische Belastung darstellt. Und so wird auch schon an der Organisation einer Großdemo gearbeitet. Sie soll eine Woche nach Beginn des Planfeststelungsverfahrens also etwa Juli/August - stattfinden. Falls dort jemand mitarbeiten möchte, wende er sich bitte an eine der Adressen.

Im Moment wird von den Braunschweigern aber noch vorwiegend auf Info-Arbeit gesetzt. So erscheinen jetzt regelmäßig das Anti-AKW-Info (0.50 DM) und zudem die "Nachrichten aus der Provinz" (2:-DM). Zudem wurde von der Regionalkonferenz Süd-Ost-Niedersächsischer Bürgerinitiativen ein "Fragenkatalog zur Atommüllagerung in Südostniedersachsen" herausgegeben. Dies alles und weitere Infos, sowie tolle Aufkleber erhaltet ihr beim AK Braunschweig.

Zum Schluß noch ein Beispiel der Arroganz von Wissenschaftlern. Prof.Dr.Erich Merz, Kernforschungsanlage Jülich in "Energiewirtschaftliche Tagesfragen Heft 2/82":

"Die Endlagerung nimmt nur ca 1% des Gesamtrisikos ein ... An erster Stelle steht mit über 90% das Kernkraftwerk mit seinen zwar sehr unwahrscheinlichen, aber nicht völlig auszuschließenden schweren Unfälien. Das Lehrbeispiel ist der Reaktorunfall von Three Miles Island in der USA vor einigen Jahren. Es wird in der Weit auch in Zukunft schwere Reaktorunfälle geben, daran kann und darf die friedliche Nutzung der Kernenergie aber nicht scheitern."

Adressen:

AK gegen Atomenergie Braunschweig Spitzweg Str.22 3300 BRAUNSCHWEIG

ode

Peter Dickel, Sophienstr.14 3300 BRAUNSCHWEIG Tel.0531/891632

AK gegen Atomenergie Salzgitter Werner Gent, Buchenwall 6 3325 LENGEDE Tel.05344/6563

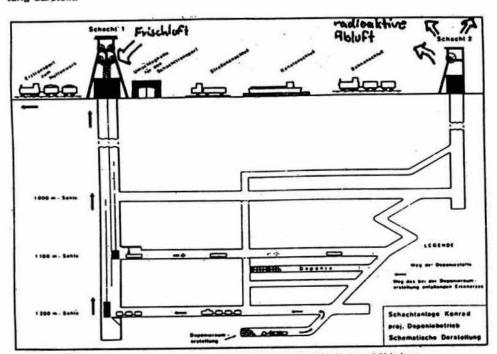


Fig. 28: Schemabild für einen Einlagerungsbetrieb im südlichen Feldesteil der Grube Konrad

Gefährliche Niedrigstrahlung

Im Rahmen der Schachtbesichtigung kamen wir auch auf das Problem der Niedrigstrahlung zu sprechen und die damit
verbundene Gefährdung der SchachtArbeiter. In der Folge bot Jens Scheer, Physikprofessor aus Bremen und Atom Express-Mitarbeiter, dem Betriebsrat an, der
Belegschaft einen Vortrag über die Gefahren der Niedrigstrahlung zu halten und auf
weitere Fragen Antwort zu geben. Im
Anschluß veröffentlichen wir den Brief von
Jens an den Betriebsrat, in dem er sein Angebot auch noch mal förmlich unterbreitet.

Liebe Kollegen,

ich komme zurück auf unser Gespräch anläßlich meines Besuches in Ihrem Betrieb und möchte mein Angebot erneuern, bei Ihnen ein Referat zum Thema "Strahlenschutz im Arbeitsschutz aus der Sicht unabhängiger Wissenschaft" zu halten.

Dies Thema scheint mir schon deshalb angebracht, weil zahlreiche Erkenntnisse gerade über die Gefährlichkeit von Strahlen im unteren Dosisbereich, die in den letzten Jähren in den Vereinigten Staaten gewonnen wurden und dort zur verbreiteten Forderung nach Senkung der zulässigen Belastung auf ein Zehntel geführt haben, hierzulande noch allzuwenig bekannt sind.

Es handelt sich einerseits um die Erfassung von über 30 000 Arbeitern in der Atomindustrie seit den vierziger Jahren bis in die Gegenwart heran, andererseits um Experimente im Labor über den Mechanismus der Strahlenwirkung.

Die erstgenannten Untersuchungen wurden durchgeführt von dem Arbeitsschutzexperten Mancuso, der seit Jahrzehnten zusammen mit den amerikanischen Gewerkschaften über verschiedene Belastungen am Arbeitsplatz geforscht hat, dem Mathematiker Kneale und der Ärztin Stewart, die schon vor Jahren Aufsehen erregte durch die Feststellung, daß Kinder häufiger an Leukämie erkrankten, wenn sie im Mutterleib mit einer einzigen Röntgenaufnahme bestrahlt worden waren.

Das Ergebnis war, daß die Kurve, die angibt, wieviel Krebs-Todesfälle als Folge einer bestimmten Strahlungsmenge zu erwarten sind, gerade im Bereich kleinerer Strahlungsmengen (wie sie in der Praxis der Arbeit in atomtechnischen Anlagen üblich sind) sehr steiler ansteigt, als man schon aus älteren Untersuchungen bei höheren Strahlungsmengen erwartet hatte. Dabei bog dieser steile Anstieg bei mittleren Werten um und näherte sich dann dem von hohen Werten bekannten Verlauf.

Professor Morgan, der als "Vater der Wissenachaft vom Strahlenschutz" gilt und jahrzehntelang den Strahlenschutz im Atomforschungszentrum Cak Rigde leitete, gibt aus diesen Ergebnissen als Faustformel für den unteren Bereich von Strahlenmengen an:

Werden 1000 Menschen im Durchschnitt mit einer Strahlungsmenge von einem Rem bestrahlt, so sterben von ihnen in den folgenden Jahrzehnten 6-8 an Strahlenkrebs.

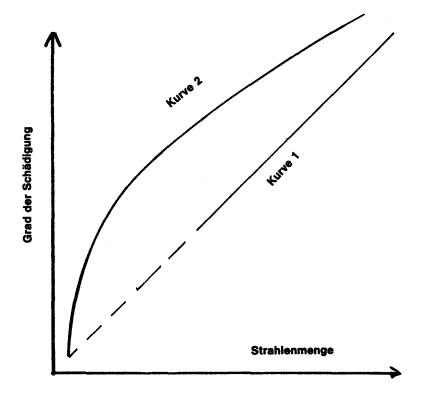
Dies ist 10 bis 100 Mal mehr, als man früher aus Ergebnissen bei hohen Bestrahlungsmengen für den unteren Bereich abgeschätzt hatte. Dabei sind die neueren Ergebnisse aus mehreren Gründen als zuverlässiger anzusehen:

- waren die Messungen der Strahlenbelastung viel genauer, als etwa bei den Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, von denen man früher die meisten Erkenntnisse gewonnen hatte,
- handelt es sich hier um gesunde Normalbevölkerung, während von den japanischen Überlebenden der Katastrophe viele in den folgenden Jahrzehnten aus anderen Gründen dahinstarben, bevor der durch die Strahlung eingepflanzte Krebs (der manchmal 20-30 Jahre bis zum Ausbruch braucht) sich zeigen konnte. und

3. war bei den Atomarbeitern die Strahlenbelastung über längere Zeit verteilt, und es zeigt sich immer mehr, daß jedenfalls bei den kleinen Gesamtstrahlungsmengen eine zeitlich verteilte Belastung gefährlicher ist, als eine zeitlich konzentrierte.

Diese zunächst überraschende Tatsache wird verständlich aufgrund der Laborergebnisse von Petkau, einem Wissenschaftler der kanadischen Atomenergiebehörde. Es handelt sich um einen neuartigen Mechanismus der Strahlenwirkung, in dem die Strahlung nicht direkt die Zellen des Körpers schädigt. Vielmehr werden durch die Strahlung gewisse chemische Substanzen bebildet, die den Organismus schädigen. Und wenn zuviel dieser Substanzen auf einmal gebildet werden, so behindern sie sich gegenseitig; wenn sie aber zeitlich verteilt gebildet werden, kommt ihre schädigende Wirkung voll zum Tragen.

Man muß sich vor Augen führen, daß die von Prof.Morgan genannten Bestrahlungswerte im praktischen Umgang mit radioaktiven Substanzen, auch wenn sie als "schwach aktiv" bezeichnet werden, schnell erreicht sind. Solche schwach-aktiven Materialien sind dadurch gekennzeichnet, daß man an ihrer Oberfläche 200 millirem pro Stunde, in 1 m Abstand 10 millirem pro Stunde erleidet. Hält man sich in 2 m Abstand auf, so erhält man 2,5 millirem pro



Früher ging man davon aus, daß der Grad der Schädigung durch Strahlung exponential mit der Strahlenmenge ansteigt (Kurve 1). Neuere Messungen haben ergeben, daß die Schädigungen im Bereich der Niedrigstrahlung viel stärker sind als vorher angenommen (Kurve 2) Stunde, also in einer 40 Stunden-Woche gerade die zulässigen 100 millirem, was sich im Jahr zu den gesetzlich zulässigen 5000 millirem oder 5 Rem addiert.

Es kann nicht genug hervorgehoben werden, daß diese Strahlungsmengen niemals als unschädlich galten. Allzuoft wurden sie in der Praxis asl solche mißverstanden, so daß man glaubte, "auf der sicheren Seite zu sein", wenn man nur weniger als diese Gesamtbelastung erlitt. In Wahrheit hat man früher gesagt, das Risiko aus der Bestrahlung in der Atomtechnik soll ähnlich groß sein, wie das durchschnittliche Risiko in anderen Industriebranchen, und ganz grob über den Daumen gepeilt ergaben sich daraus die berühmten 5 Rem pro Jahr. Heute, wo man weiß, daß as Strahlenrisiko viel größer ist, wäre es nur logisch, die Grenzwerte entsprechend zu senken, was wie gesagt in den USA von immer mehr unabhängigen Wissenschaftlern gefordert wird.

Die Strahlung bewirkt also, daß im menschlichen Körper sich Keime von Krebs bilden, der viel später zum Ausbruch kommt. Das heißt aber auch, daß der Körper die Belastung aufeinanderfolgender Jahre aufsummieren.

Nimmt man also eine Belegschaft von 100 Bersonen, die 10 Jahre lang jedes Jahr nur 1 Rem, also ein Fünftel des Zulässigen erleiden, well sie sich im Schnitt 3 m von den "schwach aktiven" Behältern entfernt halten, so muß man immer noch damit rechnen, daß in den kommenden Jahrzehnten 6-8 von ihnen an Strahlenkrebs sterben.

All dies sind natürlich für die Atomindustrie höchst unwillkommene Tatsachen. Kein Wunder also, daß die amerikanische Regeirung den drei Wissenschaftlern die Mittel für weitere Untersuchungen gestrichen hat. Für Prof.-Mancuso in seinem langem Leben im Dienste des Arbeitsschutzes allerdings keine neue Erfahrung.

Zahliose im Dienste der Atomindustrie stehende Wissenschaftler wurden darauf angesetzt, ihre Ergebnisse zu widerlegen, allerdings ohne Erfolg. Man kann eher sagen, daß die Kritik an den Arbeiten von Mancuso, Kneale und Stewart nur dazu führte, daß diese ihre Ergebnisse immer besser abgesichert haben. Eine gewissermaßen vorbeugende Bemerkung möchte ich anschließen: Während sich nämlich immer stärker die Forderung nach Senkung der Grenzwerte erhebt, schlägt ein internationales Gremium von Experten, die allerdings durchweg an der Atomindustrie interessiert sind, sogar eine Erhöhung der Belastung für zahlreiche einzelne Organe vor.

Dies betrifft Sie, liebe Kollegen, solange nicht, wie Sie nur von den Fässern von außen bestrahlt werden, die Fässer also geschlossen bleiben. Es wird sehr wohl bedeutsam, wenn sich Lecks ergeben sollten und Sie die radioaktiven Substanzen einatmen oder sonstwie aufnehmen.

Die Internationale Strahlenschutzkommission schlägt nämlich für viele Organe eine Erhöhung der zulässigen Bestrahlung vor, auffälligerweise für jene Elemente, die bei der Wiederaufbereitung von Atombrennstoffen eine Rolle spielen. Die Begründung ist, daß die Belastung verschiedener Organe verschieden stark zur Gesamtbelastung des Körpers beitrage. Das wird durch einen Anschwächungsfaktor ausgedrückt. Wird etwa ein bestimmte Organ mit dem theoretischen Abschwächungsfaktor von einem Zehntel versehen, so heißt das, wenn keine anderen Organe betroffen sind, daß dies Organ mit 50 Rem belastet werden darf, denn es trägt dann formal nur mit 5 Rem zur Gesamtbelastung bei.

Konkretes Beispiel: Das Knochenmark darf bisher mit 5 Rem pro Jahr belastet werden. Wenn dann ein Arbeiter mit Plutonium verseucht wird, das sich vorwiegend im Knochen festsetzt, darf sein Knochenmark mit 40 Rem bestrahlt werden, denn formal trägt das nur mit einem Achtel, also mit 5 Rem, zur Gesamtbelastung bei.

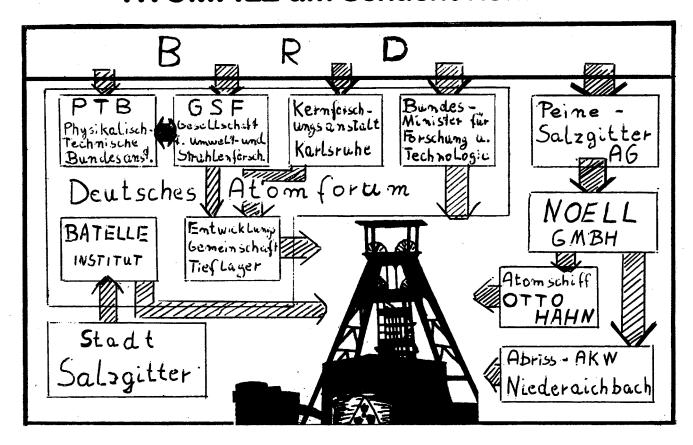
Diese für viele Organe drastische Erhöhung der zulässigen Belastung wurde bereits von der amerikanischen Atomenergiekontrollbehörde NRC als unzumutbar abgelehnt. In England haben sich die Gewerkschaften so entschieden dagegen gewandt, daß der Vorschlag vom Tisch ist. Dagegen hat die europäische Atomenergiebehörde Euratom die Vorschläge leider begrüßt, und von Schweden wurden sie bereits übernommen. Für die Bundesrepublik steht eine Entscheidung meines Wissens noch aus. Um zu verhindern, daß die Regierung dem schwedischen Beispiel folgt, muß das Problem jedoch zunächst einmal bei den betroffenen Kollegen bekannt werden, weshalb ich es auch hier angesprochen habe.

We gesagt, bin ich gern bereit, zu einer gründlicheren Diskussion dieser Probleme nach Salzgitter zu kommen. Falls Sie vorziehen sollten, dies in Form einer Podiumsdiskussion mit einem Wissenschaftler, der anderer Ansicht ist als ich, zu kleiden, so wäre mir das auch recht, zumal ich die Tatsachen und die neueren Erkenntnisse auf meiner Seite habe. Allerdings haben solche Podiumsdiskussionen häufig die Neigung, in einen Expertenstreit zu entarten, von dem die Zuhörer wenig haben: Die Entscheidung darüber aber möchte ich Ihnen überlassen.

Mit gewerkschaftlichem Gruß

Jens Scheer

ATOMFILZ um Schacht Konrad



Asse II — Nur 10 Jahre sicher?

Antworten des Bundesforschungsministeriums

In unserer letzten Nummer hatten wir noch gemeldet, unter Vorbehalt, "Asse 2 am Ende". Der Vorbehalt hat sich mai wieder bestätigt.

In dem von den Bürgerinitiativen herausgebrachten "Fragenkatalog zur Atommüll-Lagerung in Süd-Ost-Niedersachsen" werden auch Fragen zur Asse 2 gestellt. Der Katalog wurde an einige offizielle Stellen verschickt, darunter auch das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), dessen Antwort am 24.2.82 einging. Mit wieviel Zynismus hier von höchster Stelle gehandelt wird, sollen die nächsten Zellen aufzeigen. Wir drucken hier wechselweise die Fragen der Bis und die Antworten des BMFT ab.

In Asse II sind von 1967 bis Ende 1978 124000 Fässer mit schwachaktiven und 1300 Fässer mit mittelaktiven Atommüll eingelagert worden. Damit wurde der gesamte in diesen Jahren angefallene schwach- und mittelaktive Atommüll der BRD unter dem Deckmantel des Versuchs endgelagert. Die GSF ist offenbar bis heute nicht in der Lage einen Sicherheitsbericht für die Schachtanlage zu erstellen. Trotz der bis heute unklaren Zukunft von Asse II werden umfangreiche Forschungs-,Entwicklungs- und Ausbauarbeiten durchgeführt.

Die zukünftigen Sicherungsmaßnahmen in der als Forschungsstätte weiterbetriebenen "Versuchsanlage" sollen darin bestehen,die noch etwa 120 offenen Kammern des Grubengebäudes mit Salzschotter und Braunkohle-Flugasche zu verfüllen. Kostenaufwand: Zusätzlich mehr als 100 Millionen DM aus Steuermitteln.

Die bisherigen Einlagerungen in der Asse sind auf der Grundlage von Sicherheitsberichten erfolgt. Auf dieser Grundlage könnten auch weiterhin Einlagerungen durchgeführt werden, nachdem die rechtlichen Vorraussetzungen (Planfeststellungsbeschluß) hierfür geschaffen sind. Als Übergangslösung ist 1979 die rückholbare Zwischenlagerung von schwachradioaktiven Abfällen in der Asse geplant worden. Die GSF hat hierfür aufgrund ihrer Erfahrungen einen Sicherheitsbericht vorgelegt. Wegen der grundsätzlichen Schwierigkeit, rechtlich die Rückholbarkeit gewährleisten zu müssen, ist diese Zwischenlösung 1981 wieder aufgegeben worden.

Die Asse II soll auch in Zukunft vorrangig für Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Endlagerung genutzt werden. Die derzeitigen Ausbauarbeiten werden für diesen Zweck durchgeführt. Nach Abschluß der zur Zeit laufenden hydrogeologischen Untersuchungen soll auch geprüft werden, ob die Schachtanlage Asse II für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen genutzt werden kann. Die Kostenträgerschaft für eine evtl. Verfüllung der Südflanke hängt vom zukünftigen Nutzungskonzept ab.

Die GSF beabsichtigt, außer den genannten Füllmaterialien (Salzschotter,Braunkohle-Flugasche) im Rahmen eines Forschungsprogramms versuchsweise auch Fässer mit radioaktivem Abfall zu verwenden (laut Öffentlichkeitsreferent der GSF, Wallmüller, am 14.10.81).

Welche Mengen sollen in der oben beschriebenen Weise eingelagert werden?

Handelt es sich um schwach- oder mittelaktiven Müll?

Wo kommt der Atommüll her?

Die Planungen für die Nutzung der Schachtanlage Asse II als Endlager sind zur Zeit noch nicht so konkret, daß über Menge, Art und Herkunft von dort evtl. endzulagerndem radioaktivem Abfall Aussagen gemacht werden können.

Warum wurde bisher nicht öffentlich bekanntgegeben, daß die Asse nicht als Endlager geeignet ist, da der Sicherheitsbericht nicht zu erstellen ist?

Über die Nutzung der Asse II als Endlager soll nach Abschluß der hydrogeologischen Untersuchungen entschieden werden. Die Bundesregierung hat dies u. a. öffentlich in der Antwort auf die Große Anfrage zum Thema "Verantwortung des Bundes für Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Bundesrepublik Deutschland" am 22.12.81 dem Deutschen Bundestag mitgeteilt.

Unter welchen Vorraussetzungen kann Atommüll ohne ein Planfeststellungsverfahren eingelagert werden?

Die Wahl des Genehmigungsverfahrens für die Lagerung radioaktiver Abfälle wird vom Zweck bestimmt, zu dem die Abfälle gelagert werden. Für die Endlagerung ist nach dem Atomgesetz ein Planfeststellungsverfahren vorgeschrieben. In all den Fällen, in denen radioaktive Stoffe nur vorübergehend eingelagert werden, ist von demjenigen, der die Lagerung beabsichtigt, eine Genehmigung nach \$3 der Strahlenschutzverordnung einzuholen.

Welche "schwerwiegenden bergrechtlichen Vorbehalte" sprechen gegen eine Eignung von Asse II als Endlager (Birgit Breuel, laut Wolfenbüttler Zeitung vom 12./13.9.81)?

Die Schachtanlage Asse II ist zur Gewinnung von Kali- und Steinsalzen betrieben worden. Der Abbau ist dabei stellenweise auf 10-20 m in die Nähe des Deckgebirges vorgetrieben worden. Die Entfernung dieser Abbaue von wasserführenden Horizonten ist z. Zt. nicht bekannt. Die in der Frage zitierten "schwerwiegenden bergrechtlichen Vorbehalte" beziehen sich auf diesen Sachverhalt und die im Zusammenhang damit diskutierte Möglichkeit eines Wassereinbruches. Die laufenden hydrogeologischen Untersuchungen sollen u. a. über den Abstand zu wasserführenden Horizonten Aufklärung bringen.

Wie sind trotz dieser Bedenken und tatsächlichen Unsicherheit der Asse die umfangreichen Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbauarbeiten zu verantworten?

Zur Frage der Standsicherheit des Salzgebirges Asse II wurde 1979 eine Untersuchung durchgeführt, die zu dem Ergebnis kommt, daß in den näch sten 10 Jahren nicht mit einem Zusammenbruch des Salzbergwerkes zu rechnen ist. Dieser Zeitraum kann ggfls. unter Zugrundelegung sorgfältiger Beobachtungen über das Konvergenzverhalten des Gebirges auch verlängert werden. Im Hinblick auf diese Aussage zur Standsicherheit sind die derzeit laufenden Ausbauarbeiten in vollem Umfang gerechtfertigt.

Für welche in Betrieb befindlichen oder zu genehmigenden Atomanlagen diente Asse II als Entsorgungsnachweis?

Der Nachweis zur Entsorgung einer Anlage kann geführt werden durch den Nachweis eigener Einrichtung oder verbindlicher Verträge. In diesem Sinne kann die Schachtanlage Asse II aufgrund der derzeitigen Planungen nicht zum Entsorgungsnachweis herangezogen werden. Dem BMFT sind keine Anlagen bekannt, die im Genehmigungsverfahren, im Bau oder im Betrieb sind und ihren Entsorgungsnachweis auf die Schachtanlage Asse II abstützen.

Daß hier von höchster Stelle gelogen wird, wollen wir nur noch an der Frage 13 aufzeigen:

- In der 5. TEG des AKW Grohnde vom 23.12.81 heißt es:,...Sie (die Bundesreglerung) erwägt für die Anlage Asse einen Endlagerantrag für das Jahr 1983."
- In der 3. TEG für das AKW Brokdorf vom 9.1.82 wird die Asse ebenfalls als Entsorgungsnachwels aufgeführt: "Für die Endlagerung von schwach- und mittelaktiven Abfällen ist ebenfalls der Bund bzw. die PTB zuständig. Ihre Lagerung ist im Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel und in der Erzgrube 'Konrad' bei Salzgitter vorgesehen."

Und noch was zum Datum 1983 - Prof. Merz schreibt dazu:

"Zur Verbesserung der Standsicherheit des Grubengebäudes wird zuvor die Verfüllung der Südflanke gefordert. Sie kostet viel Zeit und Geld. Bevor ein umfassendes Planfeststellungsverfahren für das Bergwerk Asse II durchgeführt werden kann, muß das zur Zeit am Standort laufende hydrogeologische Untersuchungsprogramm abgeschlossen sein. Dies ist vorraussichtlich Ende 1984 der Fall. Außerdem muß eine radioökologische Sicherheitsanalyse angefertigt werden. Sollte seitens der Bundesregierung die Absicht bestehen, Asse II zu einem Bundesendlager herzurichten, so kann mit seiner Betriebsbereitschaft zur Einlagerung kaum vor dem Jahre 1990 gerechnet werden."



In dem letzten Wochen ist die Diskussion über den Schnellen Brüter in Kalkar zum Arbeitsschwerpunkt vieler Bls geworden.

Bis zur Bundestagsentscheidung im September '82 soll eine breite Öffentlichkeit geschaffen werden, denn schließlich werden bei dieser Abstimmung nicht "nur" für Kalkar sondern für die Brütertechnologie schlechthin die Weichen gestellt.

In zahlreichen Ausarbeitungen ist auf die gefährlichkeit der Brüter und einer WAA als logische Konsequenz dieser Technologie eingegangen worden; der militärische Aspekt blieb zumindest bei der Diskussion um Kalkar im Hintergrund.

Bei einem Unfall in einem Schnellen Brüter kann es zu einer explosionsartigen Energiefreisetzung kommen, die den Auswirkungen einer Atombombe gleich sein wird. Als Kühlmittel wird Natrium verwandt, da dies im Gegensatz zu Wasser die für die Atomkernspaltung notwendigen schnellen Neutronen nicht abbremst.

Natrium reagiert explosiv mit Sauerstoff und Wasser. Insofern müssen enorme Qualitätsanforderungen an die Natriumleitungen gestellt werden, denn schon das kleinste Leck hat verheerende Folgen. Doch gerade die starke Neutronenstrahlung führt zu einer Versprödung der Materialien, sodaß ein langjähriger Betrieb eines Schnellen Brüters infrage gestellt werden muß.

Ist für die herkömmlichen AKWs eine WAA nicht von Nöten, so ist sie für Schnelle Brüter ein absolutes Muß. Ohne Wiederaufbereitung kann das erbrütete mit radioaktiven Spaltprodukten verunreinigte Plutonium nicht als neuer Brüter-Brennstoff verwendet werden. Die Aufbreitung von Brüter-Brennelementen ist erheblich komplizierter als bei Leichtwasserreaktoren: 1. Die enorm hohe Hitzeabstrahlung der abgebrannten Brennelemente erfordert deren ständige Kühlung. Die Transportbehälter müssen wiederum mit dem umstrittenen Natrium gekühlt werden. 2. Der hohe Plutoniumgehalt im Brennstoff kann leichter zur Bildung einer kritischen Masse während des Aufbereitungsprozesses führen. 3. Auch bei einwandfreiem Betrieb aller Rückhaltevorrichtungen ist die kontinuierliche Abgabe radioaktiver Stoffe unter anderem auch von Plutonium an die Umwelt nicht vermeidbar.

Traurig, aber Kalkar

Erfahrung mit der Aufarbeitung von Brüterbrennstoff in Großanlagen gibt es noch nicht. Lediglich Pilotanlagen haben den Betrieb aufgenommen.

Im Herbst 1957 begann der Traum vom Schnellen Brüter; damals fand in der BRD das erste Seminar über die Physik schneller Neutronen statt.

Die Industrie zeigte anfangs kein sonderliches Interesse, denn die Leichtwasserreaktoren versprachen wirtschaftlicher zu sein. So wurde der Brüter zu einer staatlichen Angelegenheit. Jegliche Kalkulation wie sie in der subventionierten Elektrizitätswirtschaft üblich sind, fehlten somit von Anfang an.

Wolf Häfele, einstmals im Kernforschungszentrum Karlsruhe heute in Jülich tätig und Mitglied der Enquete-Kommission "Zukünftige Kernenergiepolitik, hatte die Projektleitung inne. Die Szenarien zur Weltenergieversorgung, die er entwickelte, sind irrwitzig. 80% des Weltenergiebedarfes sollte durch Schnelle Brüter gedeckt werden. Natürlich hauptsächlich durch Brüter "made in Germany"! Der Jahrtausend-Export-Schlager schien gefunden; jedenfalls gelang es Häfele nicht nur sich, sondern auch Geldgeber bis hin zu den Forschungsministerien zu faszinieren.



Freilich, seine Einschätzung der Kalkarbaukosten lassen keinen Zweifel an Häfeles Kompetenz aufkommen. 1968 veranschlagte er 340 Mio DM. 1972 erfolgte die erste Teilerrichtungsgenehmigung; die Kosten werden nun auf 1,5 Mrd. DM beziffert.

1981 gedachte man Kalkar ans Stromnetz anschließen zu können. Ende 1978 hatten sich jedoch die Kosten schon verdoppelt, man sprach nun von 3,2 Mrd. DM, erhoffte sich ein Bauende um 1984.

Anfang 1982 kalkulierte man bereits 5,6 Mrd. DM ein, falls Kalkar bis 1986 fertiggestellt werden könnte.

Mittlerweile waren zusätzlich schon 3,5 Mrd. DM für die Grundlagenforschung und einen Versuchsreaktor in Karlsruhe ausgegeben worden.

Die Kostenexplosion wurde begünstig, da sich Bund und Länder bereiterklärt hatten, eventuell entstehende Mehrkosten zu übernehmen, um die Lieferverträge mit den Baufirmen einhalten zu können. Die Industrie hatte eine Goldgrube entdeckt. Kommentar eines Managers: "Vermögen Sie mit mir zu spüren, welche beglückende und erregende Aufgabe vor den Männern liegt, die an diesem Werke arbeiten und es vollenden helfen?"

Die jüngsten Kosteneinschätzungen schwanken zwischen 6 bis 10 Mrd. DM. Ein Bauende wird erst nach 1990 denkbar sein. Doch schon heute steht fest, daß Kalkar-Strom – falls es je dazu kommen sollte – mindestens doppelt so teuer sein wird, wie der Strom aus Leichtwasserreaktoren (und der ist ja auch schon ziemlich teuer, d. S.).

Die Lebensdauer von Kalkar wird nur ca. 15 Jahre betragen, da der Druckbehälter durch unsachgemäße Behandlung bereits jetzt Mängel aufweist.

Ein richtiger Brüter ist Kalkar ohnehin schon lange nicht mehr. Aufgrund der hohen Betriebskosten entschied man sich 1972 die Brutrate unter 1 zu lassen. Doch erst wenn die Brutrate über 1 liegt, vollzieht sich das ursprüngliche Ziel der Brütertechnologie: das mehr Erbrüten als Verbrauchen von Spaltmaterial.

Öffentliche Gelder (Steuern) fehlen derzeit für die Finanzierung von Kalkar. Der Differenzbetrag soll durch Stromtariferhöhungen

ausgeglichen werden. Die E-Wirtschaft hat ihre (unsere) Finanzbeteiligung von etlichen Bedingungen abhängig gemacht. So soll sich der Deutsche Bundestag positiv zu Kalkar und weiteren Brüterprojekten entscheiden; ferner soll über die schon erpresste schnellere und vereinfachte Genehmigungspraxis für Leichtwasserreaktoren (Baulinie 80) die Atommüllfrage inclusive WAA politisch gelöst werden.

Anzeichen, daß die Atomparteien das Atomprogramm jetzt massiv durchdrücken wollen, spiegeln sich in der dritten Fortschreibung des Energieprogrammes und den zahlreichen Aktivitäten an den Brennpunkten des Widerstandes zwischen Brokdorf und Wyhl wider.

Noch ist die Bundestagsentscheidung nicht gefallen. Doch für Forschungsminister von Bülow gibt es keinen Zweifel am Ja zu Kalkar. Großzügig verspricht der die Übernahme des Betriebsrisikos durch den Staat falls der Bau von Kalkar dank erhöhter Stromtarife realisiert werden kann.

Finanziell ist Kalkar wohl nur schwer zu kippen, denn die Kosten werden ja, sei es nun in Form von Steuern oder erhöhter Strompreise auf den Bürger abgewälzt. inwieweit ein gut vorbereiteter Stromzahlungsboykott Erfolg haben kann, ist noch nicht abzusehen.

Politisch wäre Kalkar fast im Dezember 1978 gekippt worden. Mehrere F.D.P.-Abgeordnete weigerten sich einer Entschließung zum Weiterbau zuzustimmen. Doch die massiven Rücktrittsdrohungen von Vizekanzler Genscher bewog sie, sich der Stimme lediglich zu enthalten, zumal ihnen zugesichert wurde, daß der Bundestag eine Enquete-Kommission zur künftigen Energiepolitik einrichten würde.

Im Juli 1980 forderte die erste Enquete-Kommission zur Ermittlung des zu erwartenden Reaktorrisikos zwei Studien in Auftrag zu geben. Neben den abhängigen Nuklearforschungsinstitutionen sollten auch kritische Wissenschaftler beteiligt werden, die Ergebnisse der beiden parallel arbeitenden Forschergruppen sollten in einem gemeinsamen Arbeitsbericht wieder gegeben werden. Acht Monate waren die Befürworter bereits schon an der Arbeit, als die Kritikergruppe ihren Arbeitsauftrag erhielt. Die Sicherheitsstudie, die die Höhe der Explosionsenergie ermitteln sollte, war mittlerweile an das Kernforschungszentrum Karlsruhe vergeben worden, deren finanzielle Basis erst durch die Schnelle Brüter Technologie geschaffen wurde.

Auf Betreiben des Pro-Kernkraft-Papstes Prof.Birkhofer und Leiter der Enquete-Kommission wurden wichtige Fragen aus dem Arbeitsprogramm der Kritiker gestrichen. Nicht genug damit, Birkhofer verweigerte den kritischen Wissenschaftlern Einblick in wichtige Unterlagen. Anfang Dezember wurde ihnen sogar der Zutritt zur Brüterbaustelle verwehrt.

Aufgrund dieser Behinderungen sahen sich die drei Atomkritiker außerstande ein fundiertes Gutachten bis zu dem ursprünglich anberaumten Abgabetermin, dem 31.Juli vorzulegen. Ihre Drohung, die Enquete-Kommission platzen zu lassen, bewog die Koalitionsfraktionen im Bundestag die Frist für den Bericht bis zum 23.September zu verlängern.

Doch ohne den Druck der Öffentlichkeit wird es den kritischen Wissenschaftlern nicht gelingen, den Bundestag zu einem Kalkar-Stop zu bewegen. Forschungsminister von Bülow, der sich von der E-Wirtschaft allerlei Zuges-



tändnisse (siehe oben) abpressen ließ, um sein und das Image der Bonner Atompolitik zu wahren, hat kürzlich behauptet, der Bundestag könne gar nicht anders als für Kalkar stimmen. Ein beispielloses Demokratieverständnis. Doch mißachtet gefühlt haben die Bonner Parlamentarier sich durch die Vorwegnahme ihrer noch ausstehenden Entscheidung nicht.

Bis zum Herbst 82 wird es uns wohl gelingen, dem Bundestag die Kalkarentscheidung verdammt schwer gemacht zu haben. Schon haben die ersten Bls begonnen, "ihren Abgeordneten" durch eine detaillierten Fragekatalog zu Kalkar in eine Zwickmühle zu treiben.

Arbeitstreffen zu Kalkar 19./20.5.82 in der Bildungsstätte Schloß Gnadental, Kleve. Kontaktadressen:

Jo Leinen c/o BBÜ, Hellbergstr.6, 7500 Karlsruhe 21,

Thomas Hartmann, Kreuzbergring 21, 3400 Göttingen.

Kontaktadresse Stromzahlungsboykott "Kalkar-Groschen", Die Grünen NRW, Oberbilker Allee 17, 4Düsseldorf 1

Der Terrorist

Sein wahres Gesicht zeigte der Atomstaat BRD als die Enqute-Kommission " Zukünftige Kernenergiepolitik " das Thema " Bewertung verschiedener Energieversorgungsstrukturen im Ausnahmefall von Sabotage, Terror und Krieg " aufgriff.

Kommissionsmitglied Prof.Dr. Dr. Altner, Mitbegründer des Freiburger Öko-Instituts, wurde von der Tellnahme an der Erörterung ausgeschlossen, weil er es abgelehnt hatte, sich zuvor von Geheimschutzbeauftragten des Bundestages auf seine Zuverlässigkeit prüfen zu lassen.

Die Mehrheit der Enquete-Kommission sprach daraufhin Altner das rechte Staatsverständnis ab. Schließlich müsse der Staat seine ihm übertragene Schutzfunktion wahrnehmen, um mutmaßlichen Angreifern nicht öffentlich sozusagen von vornherein die Sicherheitsvorkehrungen preiszugeben. Im Klartext: Prof.Dr.Dr.Altner, Mitglied einer Bundestagskommisssion und mutmaßlicher Terrorist!! Das AKW Stromerzeuger und Mordinstrument.

Das Thema AKW als Terrorwaffe wird zum Staatsgeheimnis. Die Schutzfunktion dieses Staates bedeutet Desinformation selner Bürger.

So kann mit einer Gratisjodtablette für den zügigen Ausbau der Atomenergie geworben werden, die Angst vor der latenten Bedrohung schweit vorerst weiter.



So heißt eine von den Frankfurter GRÜNEN herausgegebene Broschüre, in der die Ereignisse der Nacht vom 3. November 81 im Frankfurter Stadtteil Bornheim und die Reaktionen der Presse sowie der Betroffenen selbst umfassend dokumentiert sind. Die Nacht vom 3. November - das war die Nacht der langen Polizeiknüppel, die Nacht des Wütens und des Terrors gegen eine Demonstration von ca. 1000 Startbahn-Gegnern, die Nacht der Prügelorgien von völlig enthemmten Polizeispezialeinheiten. In der Dokumentation berichten Augenzeugen -Demo-Teilnehmer, Passanten, Anwohner - von der zunächst fröhlichen und ausgelassenen Stimmung, von der Vorbereitung eines regelrechten Hinterhaltes durch die Polizei, von dem plötzlichen Überfall in der Rohrbachstraße, von der versuchten Flucht vieler Demonstranten in Hinterhöfe. in Hauseingänge und auf Dächer und von der wirklich kaum faßbaren Polizeibrutalität. Die meisten von uns wissen, wie sehr sich die Auseinandersetzungen in den ökologischen und sonstigen sozialen Konflikten der letzten Jahre verschärft haben, und die meisten wissen, daß es auch mit einem zunehmend größeren Risiko verbunden ist. auf eine Demo zu gehen. Großes Wehkla-

gen darüber oder lautstarke Empörung über das "unverhältnismäßige" Vorgehen der Polizei hilft da meist nicht weiter. Dennoch: Was sich in der Rohrbachstraße abgespielt hat, bedeutet eine bisher beispiellose Eskalation polizeilichen Terrors. Diese Eskalation wird durch die Schilderungen der Betroffenen eindringlich vermittelt;

Der zweite Hauptteil dokumentiert die Berichterstattung der Lokalpresse und erzählt die politischen Reaktionen der Startbahn-Gegner: den Fackelzug in die Rohrbachstraße, die Anfragen der GRÜNEN im Ortsbeirat und im Römer (Stadtparlament), die Strafanzeige gegen die für den Polizeieinsatz Verantwortlichen sowie die Vorbereitung zu der vorliegenden Dokumentation.

Die 76-seitige Broschüre kostet 5.- Mark; ab 5 Expl. gibt es 25% Rabatt. Sie kann gegen Vorauskasse auf das

Sonderkonto Jutta Ditfurth,

Kto.Nr. 181216-601 PSchA Frankfurt

Stichwort: Rohrbachstraße bestellt werden bei:

Die GRÜNEN im Römer 6000 Frankfurt 1 Tel. 0611/283701-03.

Diatonbildschau

Die Friedenspädagogische Medienwerkstatt hat die Diatonbildschau "Funktion und Gefahren von Kernkraftwerken" überarbeitet und bietet sie nun wieder interessierten Gruppen zum Verleih (20.-DM) und Verkauf (120.-DM) an. Die Tonbildschau behandelt Themen wie Folgen von AKWs im Normalbetrieb, Schnelle Brüter, Wiederaufbereitungsanlage, Probleme der Entsorgung, militärisch/politische Aspekte usw. Sie enthält 63 Dias und dauert 20 Minuten. Die Schau eignet sich sehr gut für die Öffentlichkeitsarbeit und läßt sich auch im Physikunterricht einsetzen.

Bestelladresse: Erwin Eisenhardt Goethestr. 16 7253 Renningen Tel.: 07159-8127

"Energie-Bote"

Die Büchertisch-Gruppe der Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen hat ein DIN-A 3-Infoflugblatt zum Thema Alternativenergie erstellt. Inhaltlich ist diese Informationsschrift in folgende Bereiche unterteilt:

Energiebedarf/Energiesituation/Atomenergie als Ersatz für Öl?/Arbeitsplätze/Energieverschwendung/ Industrieabwärme/Wärme-Kraft-Koppelung/Blockheizkraftwerke/Dezentrale Energieversorgung/Sonnenener-

gie/Biogas/Windenergie.

1000 Blatt, beidseitig bedruckt auf weißem oder Umweltschutzpapier, geben wir zum Selbstkostenpreis von 55.-DM weiter.

Bestellt werden kann der "Energiebote" bei: Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen

c/o Wilfried Knerr Wielandstr. 3 8500 Nürnberg 90

"Bericht Wiederaufarbeitung"

In der Studie werden erstmals seit dem Gorleben-Hearing umfangreiche Informationen zum Thema Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen zusammengestellt und kritisch gewertet, vor allem unter Berücksichtigung des neuesten Entwicklungsstandes auf diesem Gebiet.

BAND I behandelt folgende Themenkomplexe:

 Die Entsorgungspolitik in der BRD und Alternativen zur Wiederaufarbeitung;

Internationale Erfahrungen mit der Wiederaufarbeitung;

- Radioökologie;

 Energieversorgung und Energiepolitik.
 BAND II (erscheint voraussichtlich im Herbst '82) und wird folgende Themenkomplexe umfassen:

 Funktionsweise, technische Probleme und Unfallmöglichkeiten von Wiederaufarbeitungsanlagen;

- Behandlung radioaktiver Abgase;

 Verarbeitung des Atommülls und Beurteilung der Verfestigungsprodukte.

Das Buch hat 370 Seiten mit etwa 50 Tabellen und 10 Abbildungen, kostet 15.-DM (Bls ab 5 Expl. 11.-DM) und ist zu beziehen über:

Gruppe Ökologie Immengarten 31 3000 Hannover



Kläger Technik Recht

Vom 23.-25.10.81 fand in Schweinfurt ein Arbeitswochende zu dem Thema "Kläger, Technik, Recht" statt. Veranstalter war die Projektgruppe Reaktossicherheit des Öko-Instituts.

Die an diesem Wochenende gehaltenen Vorträge bilden – teilweise in überarbeiteter Fassung – die Grundlage dieses Buches. Im Anhang werden die Referate durch Übersichten über die Prozeßgeschichten einzelner Atomkraftwerke ergänzt.

Der Preis des 180 Seiten Werkes beträgt 8.-DM.

Bestelladresse: Projektgruppe Reaktorsicherheit Wittmannstr. 45 6100 Darmstadt

Alternative Mormationsdienst Kommunalpoli

Mit aktuellem Magazinteil, mit kommunalpolitischen Fach-Aufsätzen und mit Diskussionsforum. Die einzige umfassende Informationsschrift der grün/alternativen Wahlbewegung. Regelmäßig alle 2 Monate ...

Einzelexemplar DM 4,50 · Jahres-Abo (= 6 Hefte) DM 25,-

Bezugsadresse:

c/o Bunte Liste Bielefeld, E.-Brändström-Str. 13, 4800 Bielefeld 1; Telefon 05 21 / 17 95 42

Schwerpunktthema 3/82: Alternative Ausländerpolitik Erscheint am 17. Mai



DER PLEITE-REAKTOR: THTR

Nach über 10,2 steht der THTR 300 bei namm L'entrop kurz vor seiner Inbe-L'entrop kurz vor seiner Inbe-l'entrop kurz vor seiner Inbe-Nach über 13 jähriger Bauzeit # triebnahme, ohne daß ihm von der Öffentlichkeit (auch in den Bürgerinitiativen) eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet #wurde! wurde!

wurde!

Über die Funktionsweise und Gefahren des THTR, die ihn von alfahren des THTR, die ihn von Len anderen Reaktorlinien unterscheiden und über den juris-tischen und direkten Widerstand tischen und direkten Widersta berichtet diese 24seitige Bro-schüre.

Einzelpreis: 1,50 DM+0,50 DM Porto (in Briefmarken), sonst ab 10 Ex. 30 % Rabatt.

10, 4700 Hamm 1.



Aus dem Inhalt:

- Baubeginn in Gorleben
- Widerstand an WAA-Standorten
- Schacht Konrad Schwerpunkt

Abriß von Atomanlagen

Bestellbedingungen:

Einzelverkaufspreis 3,- DM plus Porto ab 10 Exemplaren a 2,20 DM plus Porto

Bestellungen bei: **Gunther Harms**

Sültenweg 57

2120 Lüneburg

Postscheckkonto 37814-206

"GORLEBEN AKTUELL", Günther Garbers,

PSchA Hamburg

Aufruf zur Mitarbeit

Ich bin Schülerin und gebe im päd.extra buchverlag ein Lesebuch heraus. Dieses Buch behandelt die Auswirkungen und zwischenmenschlichen Prozesse gesellschaftlicher Konflikte wie Brokdorf, Startbahn West, Hausbesetzungen usw. auf Schüler/ innen, aber auch auf Lehrer/innen in der Schule wie auf deren Alltag insgesamt. Allerdings sind nicht nur große Konflikte, sondern auch ähnliche Ereignisse, von denen bundesweit wenig oder nichts bekannt geworden ist, für dieses Buch interessant. Zur Mitarbeit aufgerufen sind vor allem Schüler/ innen, aber auch Lehrer/innen.

Schickt mir bitte Berichte, Gedichte, Fotos, Zeichnungen - was immer Ihr meint, was zur Veröffentlichung geeignet sein könnte. Alles möglichst bald an Katarina Bohm, Lärchenweg 6B, 6940 Weinhelm.

Weil der Wahnsinn weltweit wie verrückt ins

schießt, kann es für Satire kein Nullwachstum geben.

Darum verdoppelt PARDON sein Erscheinen:

Ab 14. Mai zweimal im Monat. Alle zwei

Darum legt PARDON 20 % Humor zu, steigert den Witz um 35 %, ver-doppelt den Tiefsinn. Plus Häme

Darum präsentiert sich PARDON am 14. Mai bunt und vielfarbig w gehabt und NEU NEU NEU im revolutionären Euro-Falt.

Und - Achtung, Freunde, festhalten: Preissturz! Das neue PARDON kostet 2 Mark 90 an jedem Kiosk.

Für Abonnenten jetzt noch billiger: Doppelt soviel Hefte (25) zum alten

Sichem Sie sich Ihre Lustprobe: 4x PARDON für nur DM 8,-.

4 ner	ue PARDON für 8 Mi	erk
☐ mochte ich naben und spare damit 3 Mark popenöber dem Einzeherkauf / PARDON erhattel mit dem nächstan Helt. Wenn mir PARDON mit den ersten beiden zugesat ten Hetten nicht gefällt, jalle ich das innernab von Tagen nach dem Z. Heltt mit, und alle seit für nicht digt. Nicht bei innerhalb dieser Frist nichts vom mit, bin in Paraben zu honnere und beziehen pro Jahr 25 Hei PARDON, 144gelich im Euro-Fall, zum Jahrespreis in und 88 Mark (Ausland zggl. Ausland gotte).		en zugesam erhalb von 1 für mich erh en mir, bin ic ahr 25 Heft hreepreis vo
	gen als 🗅 Scheck 🗆 Briefn	
Name	Vorname	
Strafte/Nr.		
PLZ C	Drt .	
Wann ich Ab		
	onnent werden sollte,	
möchte ich		112
	chnung	112
möchte ich	chnung	112
Möchte ich Jahresre Bankeiru Kontonumme	chnung	112
Möchte ich Jahresre Bankeiru Kontonumme	chnung rug v vom Schack abachreiben)	112
möchte ich Jahresre Bankeitu Kontonumme Banksettrahl i	chnung rug v vom Schack abachreiben)	Dehum.

Vertrauens-Gerantie: Ich welf, daß Ich diese Bestellung Innerhalb von zwei Wochen widerrufen kann.



Gorleben: Düstere Zukunft Ein fast vertuschtes Gutachten

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg gab Ende der 70er Jahre der atomfreundlichen Schweizer "Prognos AG" den 310.000 DM Auftrag, ein Gutachten zu erstellen, das den Einfluß der Atomanlagen auf die Regionaufzeigen sollte.

Was anfänglich einmal als Entscheidungshilfe gedacht war, passt heute den Kreispolitikern nicht mehr ins Konzept. – Denn die Hoffnung ein Gefälligkeitsgutachten zu bekommen erfüllte sich nicht. Obendrein waren den "Prognos"-Wissenschaftlern wichtige Informationen von der Atomlobby, Bund, Land und Kreis vorenthalten worden, so die Daten zur Strahlenbelastung

Da nach den Kommunalwahlen etliche AKW-Gegner Parlamentarier geworden sind, gelang es Einblick in das "Prognos"-Gutachten zu bekommen.

"Prognos" kommt zu dem Ergebnis, daß das einheimische Gewerbe nicht einen blühenden Aufschwung zu erwarten hat. Die DWK hat sich zwar verpflichtet, ortsansässige Betriebe vorrangig zu beschäftigen, aber nur, soweit deren Angebote konkurrenzfähig sind. Das Lohnniveau der DWK-Arbeitsplätze wird vermutlich über dem Lohnniveau vergleichbarer Arbeitsplätze im Landkreis liegen, so daß eine Abwerbung von Arbeitskräften aus regionalen Handwerksbetrieben zu erwarten ist. Eine Anpassung der Lohnkosten ansässiger Gewerbe an das Lohnniveau der DWK würde erstere ruinieren.

Der Bau atomarer Anlagen kann zum größten Teil nur durch Betriebe durchgeführt werden, die über Spezialisten und ein hohes technisches Niveau verfügen. Es ist also mit einer Zuwanderung qualifizierter Arbeitsplätze zu rechnen. Die einheimische Bevölkerung dürfte in erster Linie Hilfskräfte stellen, die nach der relativ kurzen Bauphase arbeitslos wären.

Nach Beendigung der Einlagerungsphase im Endlager wird die Arbeitslosigkeit in Lüchow-Dannenberg mit allen ihren Folgelasten verheerend sein. Obendrein ist mit der Zerrüttung der öffentlichen Finanzen zu rechnen, weil mit ihnen eine für die Atombetriebe aufgeblähte Infrastruktur bezahlt werden müßte. (Das integrierte Entsorgungskonzept WAA plus Endlager wäre natürlich die ideale Lösung der Probleme, die der Kreis dann wohl verlangen würde. Anm. des Schreiberlings) Auf Tourismus und Terrorismus eingehend meint "Prognos", daß

 die Nutzung von Privatpensionen und Ferienhäusern durch Bauarbeiter zu einer Verdrängung von Touristen führe, der immens hohe Baustellenverkehr w\u00e4hrend der acht bis zehnj\u00e4hrigen Bauzeit des Endlagerbergwerkes erhebliche Emissionsbelastungen und Unf\u00e4lle zur Folge h\u00e4tte,

 insbesondere im Nahbereich (nicht nur dort) der Baustelle durch verstärkte Präsenz von Landespolizei und BGS auf der einen und durch Aktivitäten von Kernkraftgegnern auf der anderen Seite der Erholungsgenuß beeinträchtigt sei.

Die Abteufung des Endlagerbergwerkes hätte eine hundert Meter hohe Salzhalde zur Folge, die die höchste Erhebung des Kreises überragen würde – schöne Aussicht?:wohl höchstens auf die schwer bewachten Castor-Transportbehälter, die auf den total gespertten Straßen mit einen Geschwindigkeit von 15 Km/h zum Zwischenlager kriechen werden.

Grundwasserabsenkung und -beeinträchtigung sind weitere Folgen der Salzbohrungen, wodurch in naher Zukunft erstmal der Wald bedroht sein wird.

Aufgrund solcher düsterer Aussichten ließen sich die "Prognos"-"Wissenschaftler" zu follgender Bemerkung herab:"Die Politiker heute tragen die Verantwortung dafür, daß mit dem Bau des Endlagerbergwerkes für radioaktives Material den nachfolgenden Generationen ein zweifelhaftes Erbe hinterlassen wird, das ihnen keinen Nutzen mehr bringt, aber Kosten verursacht und die Gefahren und Risiken in sich birgt."

Doch die Betreiber kontern mit aktuellen Fakten: So setzte die "Brennelementelager Gorleben GmbH" eine Anzeige folgenden Inhalts auf: Der Tourismus wird nicht beeinträchtigt, denn nicht "einmal die von Kernkraftgegnern durchgeführten Demonstrationen oder die Anschläge auf Firmen und Einrichtungen und die dafür notwendig gewordene Anwesenheit von größeren Polizeikräften waren dazu in der Lage, den Fremdenverkehr zu beeinträchtigen, die beweisen z.B. die gestiegenen Übernachtungszahlen im Bereich der Samtgemeinde Gartow".

Die Atomparteien singen neue Versionen der alten Weise: von wegen der Arbeitsplätze und Wirtschaftsblüte. Und es dürfte mich nicht wundern, wenn bald AKWs gefordert werden, weil die Auseinandersetzungen mit den Atomkraftgegnern soviel Energie erfordert.





"Solange es keinen Baustop in Gorleben gibt, werden wir uns queriegen!" Gesagt, getan. Am 10.3.82 blockierten Wen-

Gesagt, getan. Am 10.3.82 blockierten Wenden die Zufahrt zum geplanten Atommüllzwischenlager. Sie hatten sich in Ketten gelegt und konnten aus eigener Kraft den Platz nicht verlassen. Ketten nicht nur als Hilfsmittel für die Blockade, sondern auch als Symbol für unser Ausgeliefert-Sein an die militärisch und technisch überlegene Koalition von Atomlobby und Staatsmacht.

Faschistoide Sprüche mußten sich die "Gorleben-Terroristen" von den Wachmannschaften und Bauarbeitern anhören. Schließlich vereinzelte der BGS die Wenden mit Bolzenschneidern und körperlicher Gewalt und transportierte sie zur erkennungsdienstlichen Behandlung ab.



Führungswechsel bei der BI LÜ-DAN

Auffrischender Wind in Lüchow-Dannenberg?

Nach fünf Jahren aufopfernder Arbeit als BI-Vorsitzende gab die Mutter des wendländischen Widerstandes Marianne Fritzen ihr Amt ab. "In Anerkennung für die Dienste die Sie der Internationalen Umweltschutzbewegung im Geiste der Schweitzerschen Ehrfund vor dem leben geleistet hat" wurde ihr die silberne Medaille des Albert Schweitzer Friedenszentrums überreicht.

Neue Vorsitzende ist Rebecca Harms. Pressesprecherin wird Lilo Wollny in Zukunft sein. Beide Frauen sind im BRD-Alsland ja bestens bekannt und wir können wohl einen Widerstandsfrühling im Wendland erhoffen.

Brandaktuelles:

Die Genehmigung zum Bau der Zwischenlagerhallen wurde erteilt!



Pfingsttreffen in Gorleben:

Rock-Theater-Film-Info-Happiness plus Widerstand

Kontaktadresse:

BI-Büro 15.30-18.30 Uhr Tel.05841/4684



Wahl im Wendland

Bei den Landtagswahlen 1982 verbesserten die GRÜNEN das Ergebnis von 1978 Nur um 1% (auf 14,1%). Die CDU baute ihre absolute Mehrheit auf 54,1% aus. Die SPD kam auf 21,9%, die FDP auf 3,7%.

Wahllokale in Trebel, Marleben und Gedelitz meldeten zum Teil über 50% für die GRÜNEN.

Bemerkenswert erscheint es jedoch, daß das schwarz-braun-rosa-grüne Bündnis der Unabhängigen Wählergemeinschaft, die zu den Kommunalwahlen 1981 antrat, nur unwesentlich mehr Stimmen als die GRÜNEN erhielt. Lokal haben jedoch erhebliche Wählerbewegungen stattgefunden. So erhielt die UWG bei der Kommunalwahl 81 in Gartow, wo Graf Bernsdorf Spitzenkandidat war, 25,6%, während die GRÜNEN bei der Landtagswahl 82 291 Stimmen weniger erhielten und auf 19,4% kamen.



Hausdurchsuchung

An die 150 Wendland-Besatzer riegeln die 40 Seelen Gemeinde Meuchefitz ab. Gewaltsam – ohne einen Durchsuchungsbefehl vorzuzeigen – dringen die "Grünen" in eine Wohngemeinschaft ein. Über drei Stunden schnüffeln sie auf dem Grundstück herum, verwehren selbst der Presse den Zutritt. Gesucht wurden Gerätschaften, mit denen Sicherungsanlagen auf dem Zwischen und Entiligentungen de bei chädigt worden waren. Beschlagnahmt wurden us eins fockanne und ein rabakscheife Carsten, erfolgreicher Wildestweinzüchter, wurde auf die Wache nach Lüchow abgeschleppt. Ihm wird Landfriedens bruch und Sachbeschädigung vorgeworfer.